4/87
HEFT 4 APRIL 1987 6,- DM C 4143 E

Konkret

MAGAZIN FÜR POLITIK UND KULTUR

Flüchtlinge:
VERRECKEN ODER VERSTECKEN

Hessen:
DIE UMWELTSAU STEHT ZUR WAHL

AIDS

Am deutschen Wesen soll die Welt genesen

VOLKSZÄHLUNG
Alles boykotti

Konkret

in konkret April 1987

von konkret

Buch des Monats: Der Countdown läuft von Wolfgang Schneider
über neue Analysen zur Schuldenkrise der Dritten Welt

an konkret

Immer mehr mit immer mehr oder weniger? von Hermann L. Gremliza

Die Umweltsau steht zur Wahl von Detlef zum Winkel
Hessen vorn. Erste Landtagswahl nach den Bundestagswahlen. Was kann sich schon ändern? Krollmann statt Börner? Fischer ohne Turnschuhe? Oder doch der Umweltminister aus Bonn, der in der Vergangenheit bewiesen hat, daß die Militarisierung der Umweltpolitik - die Molke lagert bei der Bundeswehr - nicht Ausrutscher, sondern Programm ist. Nur Wallmann garantiert in höchster Reinheit die Gleichbehandlung von Molke und Plutonium

Vertreibung aus dem Paradies von Harald Irnberger
In El Paraiso, eine der südöstlichen Grenzprovinzen von Honduras, lungern seit Jahren die Contras herum und terrorisieren auch die einheimischen Kaffeepflanzer. Nun wächst der Druck auf die Regierung, diesen wilden Haufen Einhalt zu gebieten. Doch die Regierung kann nicht anders, als nach der Pfeife der USA zu tanzen, die indes auch endlich militärische Erfolge der Contra sehen wollen.

Eins, zwei, drei, vier Eckstein, alles soll verreckt seinFlüchtlinge in Mitteleuropa (Westberlin, Bremen, BRD, Schweiz) von Christine Raschke; Andreas Herzau; Hans Heinz Heldmann; Urs Zwicky
Mitteleuropa ist keine besonders gastfreundliche Region. Flüchtlinge, die hier um politisches Asyl nachsuchen, erfahren schnell, daß die Ausländergesetze für die Einheimischen und gegen die Fremden gemacht sind. Die Folgen: Abschiebung oder Untergrund. KONKRET dokumentiert den Stand des Umgangs mit Flüchtlingen in einem Gespräch mit einer Frau, die einen Flüchtling versteckt hält, in einem Text über die bundesweiten Hilfs-Bewegungen, in einer Darstellung der Verschärfung der Ausländergesetze und schließlich in einem Bericht über eine Fluchthilfeorganisation in der Schweiz

Kommandozentrale von Otto Köhler
Die Deutsche Bank ist über alles, über alles zumindest in der Welt der Bundesrepublik Deutschland. Eine neue Veröffentlichung über dieses Imperium stellt die Coups der letzten Jahre dar: Daimler, Springer, Flick

Jeder Schritt unter Kontrolle von Konrad Ege
In den USA sind die Kassen leer end die Knäste voll, in etlichen Bundesstaaten werden Verurteilte nach Hause geschickt und durch ein elektronisches Überwachungssystem, das sie am eigenen Leib zu tragen haben, unter Hausarrest gestellt. Doch das ist erst der Anfang. Die Pläne nicht nur dieses Überwachungsstaats gehen noch viel weiter

Magazin

Platzanweiserin von Dietrich Kuhlbrodt

Bücher von Thomas Schreiber

Hein geht stiften von Detlef zum Winkel

Die Grünen wollen auch eine Parteistiftung. Von wg. Staatsknete. Runde 60 Millionen DM könnten rüberkommen, wenn die Öko-Partei erst einmal als »dauerhafte politische Kraft« anerkannt ist – von Staats wg. Der Verteilungskampf ist schon im Gange

Der Saatgut-Kolonialismus von Ruben Scheller

Nutzpflanzen, die sich den Dünger selbst aus der Luft holen, maßgeschneiderte Getreidesorten, die auf trockenen und salzhaltigen Böden gedeihen und gegen Schädlinge resistent sind- die Gen-Technologen versprechen eine zweite Grüne Revolution. Schon die erste war eine von ganz weit oben, inszeniert und dirigiert aus den Konzernetagen der Agrar- und Chemie-Industrie. Mit bösen Folgen für die Dritte Welt

Der andere Entwurf der Menschlichkeit von Gerd Fuchs

Vor fünf Jahren starb Heinar Kipphardt - einer der wichtigsten, vor allem für die Linke dieses Landes wichtigsten Autoren. Die ersten Bände einer Werkausgabe sind jetzt erschienen

Wir sind ein Club von Peter O. Chotjewitz

Wenn PEN zu einer Jahresversammlung lädt, dann weiß man schon vorher: Passieren wird nichts, aber der Vorstand muß wieder gewählt werden. Diesmal war Darmstadt dran, und Peter O. Chotjewitz ist trotzdem hingereist. Sein Bericht ist Garantie dafür, daß er beim nächsten Mal bestimmt nicht Schriftführer oder Protokollwart oder wie das auch immer heißen mag, werden kann.

Amerikanischer Tagtraum von Corinne Schelbert

Die US-amerikanische Kleinstadt ist wiedererwacht. Das ländliche Hinterland, »Reagans America«, ist zwar immer noch provinziell beengend und voller Korruption, doch die Filmemacher werfen einen durchaus liebenswürdigen, von Sehnsucht nach heiler Welt erfüllten Blick auf Smalltown. Ob nostalgisch wie in Coppolas »Peggy Sue Got Married«, ob bizarr wie in David Byrnes »True Stories« oder alptraumhaft wie in David Lynchs »Blue Velvet« - mit der Ironie der Aufgeklärtheit wird die »City of Dreams« (Byrne) rehabilitiert

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Die Kranken und die Grünen von Wolfgang Pohrt

Bayern hat einen aidskranken Mann eingesperrt, der nach eigener Aussage nicht zölibatär lebt. Ein Vorgriff auf jene Gesundheitserziehungsdiktatur, auf die grüne Lebensschützer lange genug hingearbeitet haben

Mord für Mord von Peggy Parnass

Ein Callgirl, das erdrosselt aufgefunden wird. Ein Ehemann, der im Alleingang den Mörder sucht. Eine untätige Polizei. Und ein Freier, der am Ende zerstückelt im Wald liegt: Die Geschichte einer Besessenheit

Sex im Safe von Michael Kunitzsch

Über eine Verkehrsregelungsdebatte. Nach Karl Kraus

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 04/87, S. 4

von konkret

l. Die »Emma« ist zehn Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß schreibt Herausgeberin Alice Schwarzer Geschichte:

Konkret wurde es an einem vernieselten Nachmittag im Januar 1976. Im Il Gattopardo am Berliner Breitenbach-Platz. Mir gegenüber saß Kollege Hermann Gremliza. Sag mal, Hermann, stimmt das wirklich, daß man zum Start einer Monatszeitschrift mindestens vier Millionen Mark braucht? – Quatsch, antwortete besagter Hermann, der es als KONKRET- Verleger ja wissen mußte, für die ersten drei Ausgaben genügt eine Viertelmillion. Und, fügte er großzügig hinzu: Mach bloß nicht denselben Fehler wie ich, miete die Redaktionsräume nicht zu klein, sonst mußt du gleich wieder umziehen. Für diesen Rat bin ich ihm heute noch dankbar...

26. Januar 1977. Die erste Emma erscheint. Spätestens an diesem Tag muß KONKRET-Herausgeber Gremliza den guten Tip bereut haben. Der Genosse nämlich ließ in seinem strammen Blatt umgehend eine gewisse Frau Rotkohl (sic) »die schwärzeste Schwarzer« mit dem »schwärzesten Kurs«, den es je gab, rügen.

Das ist – die Verballhornung der Autorin Brigitte Rohkohl zu einer beziehungsvollen »Frau Rotkohl (sic)« deutet es an – die Wende auch in dieser Geschichtsschreibung. Vorher las man's anders:

Im Februar l976 traf ich mich in Berlin mit meinem Kollegen Gremliza. Er hatte einige Zeit zuvor die einst von Meinhof und Röhl gegründete Zeitschrift KONKRET übernommen und mußte doch Erfahrung haben, was die Machbarkeit einer Zeitschrift dieser Größenordnung betraf. Was kostet das Papier für die ersten zwei Nummern? Was der Druck? Wieviel Geld ist nötig, wenn man unter den minimalsten Aufwendungen – keine Gehälter, keine Werbung – den Start versucht? Gremliza gab mir nüchtern-kolligiale Auskunft. Nach dem Gespräch mit ihm wußte ich: es ist machbar.

So steht es geschrieben in Alice Schwarzers Buch »Mit Leidenschaft«. Und so ähnlich erinnert sich auch Gremliza, der nie ein Verdienst an der Gründung von »Emma« reklamiert hat, sondern davon überzeugt ist, daß Alice die paar Auskünfte, die sie von ihm erhielt, genau so gut oder besser bei anderen hätte einholen können. Das Gespräch im 11 Gattopardo war unter dem Gesichtspunkt, ob Alice ihre »Emma« machen würde, nicht der Rede wert. Bemerkenswert sind nur die Anstrengungen, die Alice Schwarzer unternimmt, ihre Erinnerung daran öffentlich zu korrigieren. Ob es wohl daran liegt, daß Gremliza – anders als all die anderen fortschrittlichen Kräfte: Augstein, Geißler, der Chefreporter von »Playboy«, die Chefredakteurin von »Bild der Frau«, Cohn-Bendit, Werner Höfer, Glotz, Gräfin Dönhoff usw. – partout nicht auf die Jubiläumsumfrage »Lieben Sie Emma?« antworten wollte? Ein guter Rat für künftige Fassungen der Geschichte: Was gestrichen ist, kann nicht durchfallen, sagte der Regisseur Brahm. Davon profitierte dann auch die Biographie der Ulrike Meinhof, die manches gegründet hat, bloß nicht – vor dreißig Jahren – die Zeitschrift KONKRET.

2. Die meisten Sachen erfährt man früher oder später. Im »Spiegel«, am 2. März 1987 aus dem Interview mit dem Fußballer Paul Breitner, später:

Spiegel: In dem von Ihnen herausgegebenen Buch »Kopf-Ball« haben Sie sich allerdings auch nicht als Aufklärer hervorgetan. Zum Thema Doping haben wir darin nichts gefunden.

Breitner: Ich habe einmal konkret begonnen, etwas zum Thema zu schreiben...

Ganz konkret, im Sonderheft SPORT KONKRET, 1982, erfuhr man es früher:

KONKRET: Wird in der Bundesliga gedopt?

Breitner: Ja. In den meisten Fällen ist es so, daß die Spieler das selbst irgendwann einmal probieren.

KONKRET: Und woher wissen Sie das?

Breitner: Das stellt man auf dem Spielfeld ganz leicht fest, denn solche Mannschaften sind für eine gute Gegnermannschaft am leichtesten auszurechnen. Wer sich eine Kapsel reinhaut, braucht, damit sie länger wirkt, ziemlich schnell ein Erfolgserlebnis, damit die Euphorie anhält. . . usw.

Und schließlich, was wir auch nicht ganz vergessen wollen: Unmittelbar vor Beginn der Fußball-WM in Mexiko im vergangenen Jahr erschien in KONKRET 6/86 ein Text, der über die mannigfachen Vorteile der unterschiedlichsten im Fußball verwendeten Dopingmittel berichtete. Alles also nicht neu, was der mittlerweile ehemalige Torhüter der bundesdeutschen Fußballnationalmannschaft, Toni Schumacher, durch einen Geisterschreiber hat ausplaudern lassen.

3. Und weil es ja auch ein bißchen albern ist, nehmen wir ab sofort eine kleinere Schrift für diese Mitteilung, die uns nur vor größerem Ärger bewahren soll: In KONKRET 12/86 hatten wir gehabt eine winzigkleine Meldung über den Niedergang vonnem Plusquamperfekt. »päd. extra – Magazin für Erziehung, Wissenschaft und Politik« besteht darauf, daß KONKRET publik macht, daß diese Meldung, anders abgefaßt, zuerst dorten und dann in KONKRET veröffentlicht wurde, ansonsten gäbe es eine Eintragung ins Buch der Abkupferer.

Jetzt dürfen wir wieder frei atmen.

Konkret 04/87, S. 6

Wolfgang Schneider

Buch des Monats: Der Countdown läuft

über neue Analysen zur Schuldenkrise der Dritten Welt

Kaum hat die internationale Finanzwelt die Mitteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom Dezember 1986 zur Kenntnis genommen, daß ihr »derzeit kein Kollaps mehr droht«, da befindet sie sich auch schon in der bedrohlichsten Situation seit Beginn der Schuldenkrise im August 82: –

Am 25.1.87 konstatiert die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika, der südamerikanische Kontinent sei außerstande, die den Industriestaaten geschuldeten 400 Mrd. Dollar zurückzuzahlen. –

Mitte Februar schließen sich die Mitgliedsländer der 'Westafrikanischen Währungsunion' Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Mali, Niger, Senegal und Togo zu einem Schuldnerkartell zusammen, um sich gemeinsam gegen die rigiden Kredit-Auflagen des Internationalen Währungsfonds zu wehren. –

Am 20.2. verkündet Brasilien die vorläufige (aber unbefristete) Einstellung der Zinszahlungen an seine Gläubigerbanken. Zwar haben die Brasilianer zwischen 1970 und 1986 bereits die phantastische Summe von 153 Mrd. Dollar für ihren Schuldendienst aufgebracht, ihre Schulden sind aber dennoch im gleichen Zeitraum auf 110 Mrd. Dollar angewachsen: »Würde das Land weiterhin Zinsen zahlen«, so der 'Spiegel', »dann hätten die Gläubiger in fünf Jahren das Doppelte von dem kassiert, was sie den Brasilianern in den vergangenen 17 Jahren geliehen haben.« –

Das Handelsblatt meldet am 25.2., die Dominikanische Republik wolle dem Beispiel Brasiliens folgen, und einen Tag später, daß jetzt auch Ecuador und Sudan die Einstellung ihrer Zinszahlungen angekündigt haben. –

Ende des Monats erwägen die Philippinen sich dem brasilianischen Boykott anzuschließen. In den ersten drei Quartalen des Jahres 1986 haben sie auf ihre 28-Mrd.-Dollar-Schuld fast 3 Mrd. Zinsen gezahlt und dafür 80 Prozent ihrer Exporteinnahmen ausgeben müssen. –

Nach dem im selben Monat veröffentlichten Schuldenbericht der Weltbank ist die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer von 992 Mrd. (1985) auf 1,035 Billionen Dollar (1986) gestiegen. Für 1987 wird eine weitere Zunahme von 4,35 Prozent erwartet. Nachdrücklich warnt die Weltbank »vor den unabsehbaren Folgen, die ein Zusammenbruch der Beziehungen zwischen Schuldner- und Gläubigerländern für die Weltwirtschaft und das internationale Finanzsystem nach sich ziehen müsse« (FAZ, 23.2.).

Vor dem Hintergrund dieses in den letzten Monaten dramatisch forcierten Wirtschaftskrieges der Metropolen gegen die unterentwickelten Länder gewinnt der gerade erschienene isp-pocket-Band zur 'Schuldenkrise in der Dritten Welt' zusätzliche Aktualität. In ihm sind vier Texte gesammelt, die sowohl die Geschichte des zu Beginn der 70er Jahre installierten 'Schuldendienst-Kapitalismus' beschreiben als auch die 1982 aufgebrochene Krise des internationalen Finanzsystems analysieren.

In einem ausführlichen Interview, das Fidel Castro im März 1985 der mexikanischen Zeitschrift 'Excelsior' gab, breitet der kubanische Staatschef die Ergebnisse jener Untersuchungen über die Lage Lateinamerikas aus, die er zur Vorbereitung seiner 'Konferenz von Havanna' hatte anstellen lassen. Zu dieser Konferenz im Sommer 85 hatte er Gewerkschafter, Wissenschaftler und Politiker eingeladen, um mit ihnen ein koordiniertes Vorgehen in der Verschuldungs-Frage zu beraten. Ausgehend von der Annahme, daß unter dem Diktat des Schuldendienstes selbst revolutionäre Umwälzungen in den Ländern der Dritten Welt allenfalls die Not gerechter verteilen könnten, eine Abkoppelung der Drittweltländer vom kapitalistischen Weltmarkt also vorausgehen müsse, verfolgt(e) Castro ein doppeltes Ziel: Zum einen möchte er Gläubigerbanken und kapitalistische Staaten von der Kontraproduktivität ihres neuen Finanzkolonialismus überzeugen, mithin zur Streichung aller Schulden auf Kosten des Rüstungsetats überreden, zum anderen die nationalen Bourgeoisien der Schuldnerländer für ein Schulden-Moratorium gewinnen.

Castro konzentriert sich auf drei Themenbereiche:

1. Mit Ausbruch der Schuldenkrise hat sich die Fließrichtung der Kapitalströme umgekehrt: Die Drittweltländer sind zu Kapitalexporteuren geworden. Allein Lateinamerika transferiert – bei stetig wachsender Schuldensumme – jährlich wenigstens 70 Mrd. Dollar mehr in die kapitalistischen Industriestaaten, als es von dort an Neukrediten und Entwicklungshilfe erhält.

2. Die Bemühungen der nationalen Bourgeoisien Lateinamerikas, wenigstens die Zinsforderungen zu bedienen, hatten und haben eine katastrophale Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung zur Folge: Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist Anfang der 80er Jahre um bis zu 25 Prozent zurückgegangen.

3. Castro rechnet einige der unter den Gläubigernationen und Großbanken diskutierten Umschuldungsmodelle durch. Zum Beispiel: Bei einem Schuldendienst von lediglich 20 Prozent der jährlichen Exporteinnahmen Lateinamerikas (1984: 100

Mrd. Dollar) und einer Verzinsung von maximal 10 Prozent »hätten wir in 20 Jahren 400 Mrd. Dollar gezahlt und hätten schließlich eine Schuld von 1,161 850 Billionen Dollar – wir hätten 400 Mrd. gezahlt und unsere Schuld wäre dreimal höher als heute«.

Die Wirkungen eines imperialistisch dominierten Weltmarktes auf die Dritte Welt erläutert Winfried Wolf: Da die Weltmarktpreise der Waren durch die Unternehmen mit der höchsten Produktivität bestimmt werden, sind die neokolonialen Länder gezwungen, für ihre Importe Güter zu exportieren, in denen ein gegenüber den Einfuhren Mehrfaches an lebendiger Arbeit steckt. Der Unterschied zwischen den kapitalintensiv produzierten industriellen Fertiggütern, die die Entwicklungsländer beziehen müssen, und den arbeitsintensiv gewonnenen Rohstoffen und Agrarerzeugnissen, die sie dafür liefern, verschlechtert das Austauschverhältnis weiter zuungunsten der Dritten Welt. Von 1980-86 sanken die Rohstoffpreise um 30 Prozent auf den niedrigsten Stand seit Ende des Zweiten Weltkriegs, während die Preise für Industriegüter kontinuierlich stiegen. Gleichzeitig haben die Industriestaaten mit hohen Einfuhrzöllen und massiver Subventionierung der eigenen Produktion ihre Märkte gegenüber der Dritten Welt abgeschottet.

Bleibt die von Wolf nicht erwähnte Kapitalflucht: Nach einer Untersuchung der Morgan Guaranty Trust Company hätte bspw. die Verschuldung Mexikos ohne Abzug der Kapitalfluchtgelder Ende 1985 nicht 97 Mrd. sondern lediglich 12 Mrd. Dollar betragen, diejenige Argentiniens nicht 50 Mrd. sondern I Mrd. und Venezuela hätte gar statt einer Schuld von 31 Mrd. einen Überschuß von 12 Mrd. Dollar verbuchen können.

Jeffrey Bortz, Leiter eines Studienprogramms über Mexiko an der University of California (Los Angeles), analysiert in seinem Aufsatz 'Die lateinamerikanischen Schulden und die Zyklen der Weltwirtschaft' die ungleichzeitige Entwicklung Lateinamerikas und der übrigen kapitalistischen Welt. Während sich das Wachstum in den kapitalistischen Industriestaaten 196979 deutlich verlangsamte, blieb die Aufwärtsentwicklung der lateinamerikanischen Wirtschaften ungebrochen. Folge: Der Überschuß an Liquidität auf den Weltfinanzmärkten, der nach Ende der Nachkriegs-Expansionsphase 1947-69 entstand, weil mit einsetzender Stagnation Kapitalanlagen im Finanzsektor höhere Profite versprachen als die Realinvestitionen, wurde in die Dritte Welt transferiert. Bortz zeigt, daß dieser Prozeß bereits 1970 in Gang kam – die nach Lateinamerika vergebenen Kredite wuchsen allein von 1971-73 um 190 Prozent – und widerlegt damit die gängige, auch im Januar-Monatsbericht dieses Jahres von der Bundesbank wiedergekäute Behauptung, Ursache der internationalen Schuldenkrise sei die unüberlegte Weiterleitung jener Gelder, die im Gefolge der Ölpreiserhöhungen 1973/74 als 'Petro-Dollars' die Finanzmärkte überschwemmten.

Wie Bortz betont auch der marxistische Ökonom Ernest Mandel die Bedeutung »des Kredits als Motor der Wirtschaft im Spätkapitalismus«: »Nach dem Zweiten Weltkrieg ist der Kapitalismus auf der Welle der Schulden in die Prosperität geschwommen.« Die »Aufblähung aller Formen von Schulden« zu Beginn der 70er Jahre – der Anteil der Drittwelt-Verschuldung am weltweiten Schuldenstand beträgt nicht einmal 10 Prozent! – sollte den Ausbruch der Krise hinauszögern. Seit Anfang der 80er Jahre auch die Wachstumseuphorie der Drittweltländer zerstob, wissen wir, daß dies nur kurzfristig und zum Preis einer weiteren Verelendung von beinahe 80 Prozent der Menschheit gelang.

Die Ereignisse der letzten Monate jedenfalls machen wahrscheinlich, was Fidel Castro bereits im Mai 1985 prognostizierte: »Der Bruch wird 1987 zum Vorschein kommen. Der Countdown der Schuldenkrise kann 1988 zu Ende gehen.«

Bortz/Castro/Mandel/Wolf: Schuldenkrise in der Dritten Welt... Eine tickende Zeitbombe, isp-pocket 24, 120 S., 14.80 DM

Konkret 04/87, S. 8

an konkret

UNBEQUEM

KONKRET 3/87: »85 MINUTEN KINO SIND 1 GEWALT« VON PETER KRAUSS

Ich weiß ja nicht, wie es Peter Krauss schafft, von Würzburg kommend, mit der Bahn nach Frankfurt/Hbf. zu fahren und »rechter Hand« den besagten »Henninger-Turm« zu entdecken. In Wirklichkeit liegt der nämlich links, aber der Rest des Textes hat mich dann mehr als versöhnt. Da stimmt dann die Richtung, wie ich mir eine linke Filmkritik vorstelle. Und ich glaube, über einen längeren Zeitraum festgestellt zu haben, daß KONKRET die einzige bundesdeutsche Zeitschrift ist, die es sich da nicht bequem macht. Gut so.

JIM E LLOYD

FRANKFURT

JULIANE IST KLASSE

KONKRET 3/87: TOMAYERS DEUTSCHE HITPARADE

Wir sind 5 Mitglieder vom Juliane-Werding-Club-Kiel und lassen uns das nicht gefallen. In Kiel gibt es auch Supermärkte zum Einzukaufen. Und zwar: mit Einkaufswagen. Und das meinte Juliane auch, wenn sie singt: Einkaufsfahrt im Supermarkt. Der verehrte Herr Tomayer läßt sich wohl alles per Telefon bestellen, sonst wüßte er das.

Trotzdem viele Grüße!

HEIKE, ERIKA, BÄRBEL, KRISTEN, SONNY

AUFKLÄRUNG

KONKRET 3/87: »WÜRDEN SIE DEN AIDS – TEST MACHEN, HERR PRÄLAT?« INTERVIEW VON MICHAEL WOLFF

Der Wolff im Schafspelz und sein Prälat sind sich darin einig, daß endlich mit der potentiell subversiven sexuellen Freiheit der letzten 20 Jahre aufgeräumt werden muß, um die AIDS-Viren zu retten. Strittig ist nur die Art und Weise.

Sind Kirche, USA (siehe Ege's Artikel) und Gauweiler ihrer Zeit schon etwas »voraus«, schwenken Geißler, Süßmuth und KONKRET's Revoluzzer noch die Fahne der »Aufklärung«! Ah ja, die Aufklärung! Voltaire, Helvetius, Marx, Reich und Hoevels. Nun hocken die CDU pp. gemeinsam mit den Kleinstlingen von KONKRET, um für die »Aufklärung« zu sprinten, sei es auch nur eine »AIDS-Aufklärung«.

Adenauers unerotischer Gummitütenfick (möglichst im Dunkeln) mit Todesverachtung (»das war ein Kondopeng«) oder Schonkost im Eheelend, als Höhepunkt menschlichen Liebesglücks.

Hier wird der »neue Mensch« verwirklicht. Was kann der geneigte Leser daraus lernen! Weiter so, CDU!

MARIO KOCH

HAMBURG

LOBENDE WORTE

KONKRET 3/87: »SCHICK DER BOLSCHEWIK« H.L. GREMLIZA ZUM REVOLUTIONÄREN REFORMKURS GORBATSCHOWS

Da beschreibt Gremliza treffend die Bandbreite von zustimmendem Kopfnicken vieler politischer Schattierungen bei uns. Selbst das Finanzkapital findet lobende Worte über Gorbatschows Politik.

Das sollte schon eine Betrachtung wert sein. Welche Hoffnungen setzen die denn in den Sozialismus? Doch nur das Wittern eines riesigen Geschäfts, das sich anbahnen könnte, wenn, ja, wenn der bestehende Sozialismus aufzurollen ist.

Warum also stimmt unsere Bourgeoisie Gorbatschows Politik zu? So lese ich es jedenfalls täglich in den Gazetten, die sie drucken läßt. Auch im 70. Jahr der Oktoberrevolution findet sich kein Ansatzpunkt für eine Konterrevolution, wohl aber findet eine Evolution zu einer höheren Stufe des Sozialismus statt.

Es werden sich wahrlich nicht nur die Herren der Vorstandsetagen umschauen, wenn Gorbis Politik Erfolg hat.

WALTER DREXLER

WOLFSBURG

ENTSETZT

KONKRET 3/87: »DIE BLAMAGE IST ANGESAGT« INTERVIEW MIT DEM MDB DER GRÜNEN, THOMAS EBERMANN

Daß Ihr Ebermann zusammen mit Lenin auf dem Titel hattet, ist sicherlich sehr passend, denn die Grünen wenden dessen Konzept von Strategie und Taktik doch – bewußt oder unbewußt – relativ erfolgreich an.

Die »Ökosozialisten« und »Fundamentalisten« sind quasi für die Strategie zuständig indem sie ihre radikalen Vorstellungen einer Gesellschaftsreform formulieren. Allein aber wären sie eine »wahlirrelevante Kleingruppe«, die bestenfalls noch in KONKRET zu Wort käme. Sie könnten nur entsetzt zuschauen, wie die jetzt herrschenden Kräfte ihre Macht immer weiter ausbauen.

Deshalb brauchen sie Taktiker, die »Realpolitiker«, die auch Bündnisse mit dem vermeintlichen Gegner eingehen, um möglicherweise das berühmte kleinere Übel an die Macht zu bringen, somit das schlimmste zu verhindern und gegebenenfalls Teilaspekte der »Strategie« zu verwirklichen. Die Taktiker aber brauchen die Strategen, die ihnen ins Gewissen reden, sie, und den vermeintlichen Gegner, an die »Strategie« erinnern und damit die Integration verhindern.

UDO STROHWALD

STADTHAGEN

Emphatisch behauptet Thomas Ebermann Politik heute sei nur als »radikale Reformpolitik« möglich. Er träume »von nichts anderem«, sagt er. Bescheiden. Nicht abenteuerlich.

Damit gibt er zu erkennen, daß er jedenfalls kein revolutionärer Linker ist. Denn er verzichtet auf die Utopie, das heißt auf das Streben nach aufklärungsorientierten gesellschaftlichen Veränderungen, die sich hier und jetzt noch nicht verwirklichen lassen. Eine lange historische Erfahrung lehrt aber daß das, was jetzt unmöglich ist, nur dann überhaupt möglich werden kann, wenn es, während es noch als unmöglich gilt, programmatisch verkündet wird.

HANS WITTEK

GANZ BRAUCHBAR

KONKRET 3/87: BILDUNTERSCHRIFT SEITE 24.

Auf der vierundzwanzigsten Seite der Ausgabe vom März befindet sich eine konkrete Formulierung.

Immerhin schrieben Sie nicht

»SELEKTIFIZIERT«

nein! Auch nicht

»SELEKTIONANIERT«,

(obwohl dies Wort es voll gebracht hätte).

»SELEKTIONIERT«

iss ja auch schon gang brauchbar.

WILFRIED KAISER

TRIER

FISCH KEIN SÄUGETIER

KONKRET 3/87: »BRUCE SPRINGSTEEN« VON HARALD INHÜLSEN

Natürlich hat man Recht und alle Fakten auf seiner Seite, wenn man nachweist, daß der Fisch kein Säugetier ist; bzw. Bruce Springsteen kein sozialistischer Avantgardmusiker.

So sagt auch diese ungemein kritische Kritik mehr über den Kritiker als über Springsteen, seine Lieder und Fans: Harald Inhülsen kommt nicht ohne ihn aus! Allein auf Seite 62 in der dritten Spalte über 40 Bindestriche!

Auch wenn sein Text es wert wäre, Zeile für Zeile analysiert zu werden, beschränken wir uns, darauf hinzuweisen, daß Inhülsen Brecht als Kronzeugen zu zitieren versucht, nur ist Brecht als Marxist wesentlich realistischer, als der Kritiker es sich vorstellen kann. »Volkstümlich heißt: den breiten Massen verständlich, ihre Ausdrucksform aufnehmend und bereichernd/...« (Brecht wa 19/325)

Würde ein Kritiker das berücksichtigen, müßte er sich mit der sozialen, politischen und kulturellen Realität der Massen (denn das sind die Hörer von Springsteens Musik) befassen; nur mit werkimmanenter Kritik ist das nicht zu leisten.

UWE HIRSCHFELD

AXEL PETRICH

KASSEL

Harald Inhülsen hat in seinem »Essay« glatt unterschlagen, daß sich Springsteen in keine Schublade einordnen läßt – außer vielleicht in die des einfachen Rock'n'Roll's! Kein naiver, patriotischer oder »linker« Zeitgenosse, sondern'n primitiver Rock-Sänger, der rüberbringt, was er fühlt und denkt. Stories aus seinem Leben – zugegeben, teilweise doch zuviel des Pathetischen, Patriotismus und der Träumerei von den gerechten USA... dafür ein ehrlicher, unverfälschter Sänger von gutem alten Rock'n'Roll. Springsteen ist eben kein Ideologe, sondern Rock'n'Roller – Und: Es muß auch solche Rock'n'Roller geben.

AXEL ROSENBERG

BREMEN

Durch verbale Kunstgriffe und inhaltliche Vergewaltigung der Tatsachen biegt Harald Inhülsen den Springsteen auf die rechtsradikale Schiene, wobei er eine Cover-Version des Springsteen-Titels »Johnny 99« durch Johnny Cash und die Verwendung einiger typisch amerikanischer Accessoires (Jeans, Schirmmütze) als Belege für die angeblich faschistoide Tendenz des Bruce Springsteen anführt. Tatsache ist jedoch, daß dieser der Reagan-Regierung sehr kritisch gegenübersteht und sich für die Freeze- und Anti-Apartheid-Bewegung einsetzt. (No-Nukes und -Sun-City Konzerte.)

JURGEN GERKE

GÖTTINGEN

Als ich in KONKRET 10/86 den Artikel über Lou Reed und Velvet Underground las und mit ungläubigem Erstaunen feststellte, daß solche einlullende Schwuchtel- und Drogenkonsumentenmusik als Rock'n'Roll hingestellt wurde, glaubte ich an eine einmalige Entgleisung eines Unwissenden.

In einer objektiven Zeitschrift wie KONKRET sind verzerrte Artikel dieser Art fehl am Platz und gehören eher in »Bravo« oder »Bild«. Weder Lou Reed noch Bruce Springsteen haben etwas mit dem Rock'n'Roll zu tun. Sie sind lediglich Rock-Musiker, wie 100.000 andere auch (nur erfolgreicher). Es fehlt nur noch, daß der »Musikrezensent« auch Heino, Trio, Heintje oder Wilma als Rock'n'Roller bezeichnet! Ich empfehle ihm, sich die Hörfunksendung des Rock And Roll Museums von Werner Voss im NDR 2 anzuhören, damit er endlich erfährt, was Rock'n'Roll tatsächlich ist.

RAMON FRIEDRICHS

JVA WOLFENBÜTTEL

Konkret 04/87, S. 10

Hermann L. Gremliza

Immer mehr mit immer mehr oder weniger?

Nichts fördert die Verblödung so sehr wie die Beschäftigung mit der Kriegskunst. Bei höheren Militärpersonen gilt sie weiterhin als anerkannte Berufskrankheit. Leider bleiben auch Pazifisten, die studienhalber die Backrooms der Strategen aufsuchen, nicht verschont. Während Generäle sich dort die Überzeugung holen, die Anhäufung mörderischster Waffen bringe Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen, sehen Friedensfreunde im Endstadium aus jedem verrosteten Panzer einen Friedensengel emporsteigen. Nur der pazifistische Generalist H. Kohl glänzt mit beiden Symptomen: Immer mehr Frieden schaffen mit weniger Waffen (die er deshalb auch sofort bei MBB bestellt hat).

Ziviles Nachdenken legt die Erkenntnis nahe, daß – in der überblickbaren Menschheitsgeschichte – Waffen noch nie einen Krieg angefangen und fehlende Waffen keinen Frieden gestiftet haben. Darf man daraus schließen, daß auch heute angehäufte oder nicht angehäufte Waffen das eine so wenig tun werden wie das andere? Mit den angehäuften kann man Krieg führen oder es bleibenlassen. Wer mit ihnen Krieg führen wollte, könnte die Welt ein paar Dutzend Male in die Luft sprengen. Wer es in einem halben Jahr, wenn die USA und die Sowjetunion ihre Pershing II und SS 20 abgezogen haben sollten, probierte, müßte vielleicht schon nach dem dreißigsten Weltuntergang aufhören. Gelänge es, die atomaren Waffen, wie Gorbatschow es vorschlägt, bis zum Jahre 2000 gänzlich zu beseitigen, bliebe ein konventionell genanntes Arsenal, dessen Zerstörungskraft die Schlachten des letzten Weltkriegs als Scharmützel erscheinen ließe. Die Kenntnisse und die technischen Möglichkeiten, Atomwaffen herzustellen, sind eh nicht mehr aus der Welt zu bringen. Die ganz große Null-Lösung ist eine Illusion.

Und die kleine, die Entfernung landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen größerer und mittlerer Reichweite – schöne, militärische Sprache – aus Europa? Ist das nicht die friedenspolitische Wende, ein s Himmelszeichen neugeborener Friedensliebe? Ja, Kuchen! Die Sowjetunion, die, anderslautenden Gerüchten zum Trotz, ihre Rote Armee nie die Füße im Rhein waschen und Alabama befreien lassen wollte, will auf Teufel komm raus ihren Rüstungsetat zugunsten wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung kürzen und ihren Militärs einen bescheideneren Platz in der Gesellschaft zuweisen.

In seiner (in deutscher Übersetzung) 78 Seiten langen Rede vor dem ZK der KPdSU hat Gorbatschow dem Militär nur einen einzigen Absatz gewidmet, der sinngemäß lautete: Die Armee hat uns vor Überfällen zu schützen, dafür bezahlen wir sie – danke, wegtreten! Die US-Diplomatie hingegen hatte sich ein bißchen in die Kacke geritten. In dem Bestreben, den Westeuropäern die sogenannte Nachrüstung schmackhaft zu machen, hatte sie eine Null-Lösung vorgeschlagen, von der sie zu wissen glaubte, daß die Sowjetunion sich niemals darauf einlassen könnte. Entsprechend voll dröhnte damals Reagans Lautsprecher Kohl: »Unser endgültiges Ziel bleibt – gemeinsam mit unseren Partnern in der Allianz – die Null-Lösung. Das heißt: Die Sowjetunion wie die USA verzichten auf die Stationierung landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen.«

Daß die Verlogenheit offenbar würde; daß da mal ein Parteichef kommen würde, der seinen Militärs den Verzicht auf ebenbürtige Rüstung abverlangte, schien nicht zu befürchten. Aber es gibt Augenblicke, in denen man die »Frankfurter Allgemeine« richtig knuddeln möchte, etwa wenn ihr Korrespondent meldet: »Nicht ohne selbstkritische Ironie wurde vermerkt, daß diese Variante früher gelegentlich als 'wünschenswert, aber nicht realisierbar' galt, weil nicht ernsthaft mit Moskaus Zustimmung gerechnet worden sei. Von einer Null-Lösung jetzt abzurücken und das Vorhaben als 'realisierbar, aber nicht wünschenswert' zu kritisieren, würde einen für demokratische Regierungen schwer zu überwindenden Vertrauensverlust bei ihren Bürgern und Wählern bedeuten.«

Als hätten sich diese »demokratischen Regierungen« nicht häufig bei geringeren Anlässen aus dem Vertrauen ihrer Bürger und Wähler einen gemütlichen Sonnabendnachmittag gemacht. Und das täten sie auch in diesem Fall, wenn er ihre Interessen ernstlich berührte – vor allen anderen *das* Interesse der USA: *Die* Weltmacht zu bleiben, die auf Kosten des Rests der Welt lebt, und jene andere Macht, die das erschwert, einzukesseln, niederzudrücken und auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen, tot oder lebendig (wie die amerikanischen Klassiker, John Wayne und Randolph Scott, gesagt haben). Daran und an nichts anderem orientiert sich ihre politische und militärische Strategie. Nur weil es ihnen selbst noch zu gut ging und die Sowjetunion atomar bewaffnet war, schreckten die USA bis heute vor einer gewaltsamen Lösung zurück. Denn es ist durchaus wahr, was H. Kohl und andere sagen: Die Atomwaffen haben uns vierzig Jahre Frieden erhalten. Nämlich: die sowjetischen.

Inzwischen aber ist der Krieg, der sich friedliche Koexistenz nannte, zu teuer geworden. Die Sowjetunion hat sich nicht totrüsten lassen, ihre ökonomischen Wachstumsraten sanken unter dem Druck militärischer Bedrohung und der nicht zuletzt dadurch geförderten Mißwirtschaft von 16 auf 3 Prozent – doch es bleibt ein Wachstum, das nun, unter Gorbatschow, wieder zu steigen beginnt. Die USA stehen vor der vielleicht schwersten Krise ihrer Geschichte: Aus Lateinamerika ist nichts mehr herauszupressen, Argentinien, Brasilien, Peru und demnächst andere können den US-Banken

keine Zinsen mehr bezahlen; und wo noch Geld ist, in Westeuropa, will keiner den Pofel haben, den die heruntergekommene US-Industrie früher den Indios aufgezwungen hat, nicht einmal, wie sich an den Exportzahlen ablesen läßt, zu dem durch die Abwertung des Dollar halbierten Preis.

Noch sind die verschiedenen Fraktionen der US-Bourgeoisie sich nicht einig, wie sie darauf reagieren sollen. Auf die Null-Lösung werden sie sich vielleicht noch verständigen, denn sie verändert das atomare Kräfteverhältnis zugunsten der USA, und ökonomisch ist die Verschrottung produzierter und bezahlter Atomraketen nicht weniger sinnvoll als ihre Verfeuerung in einem Krieg: Es wird überschüssiges Kapital vernichtet und gleichzeitig Bedarf geschaffen. Andererseits geben die Einwände gegen die Null-Lösung deutliche Hinweise, was nun folgen soll: Nach dem Abzug der Mittelstreckenraketen sei die Sowjetunion an chemischer und konventioneller Bewaffnung weit überlegen (Was gelogen ist – aber kam es darauf je an?); und bei seinen Gesprächen mit Schewardnadse über die Null-Lösung will Außenminister Shultz auch die Menschenrechte und Afghanistan zur Sprache bringen.

Das heißt: Erstens wird Gorbatschows Zwangslage, die ihn zu einer fast einseitigen Abrüstung treibt, gnadenlos zum Ausbau westlicher Überlegenheit im chemischen und konventionellen Bereich ausgenutzt; zweitens werden alle Sacharow-Komitees (benannt nach dem in sibirischer Zwangsarbeit verhungerten Widerstandskämpfer S., den man sogar hatte zwingen wollen, seine kranke Frau in Moskau zum Arzt zu schicken, damit dieser - und nicht ein US-Spezialist – ihr hätte sagen können, sie solle mit dem Rauchen aufhören) instrumentiert, um die sowjetischen Verhältnisse zum Tanzen zu bringen; drittens, natürlich: Afghanistan den Alabamern! Russen raus aus Angola, Äthiopien, Mozambique, Kuba, Nicaragua... Amis rein!

Die Null-Lösung könnte ein paar Waffen wegschaffen. Das bleibt immer erfreulich. Aber eine der beiden hohen vertragschließenden Seiten ändert nur die Schlachtordnung. Die Erstschlagsplaner des Pentagon dürfen sich mit neuen, aufregenden Daten an neue, aufregende Pläne machen. Von Frieden keine Spur.

Konkret 04/87, S. 12

Detlef zum Winkel

Die Umweltsau steht zur Wahl

Hessen vorn. Erste Landtagswahl nach den Bundestagswahlen. Was kann sich schon ändern? Krollmann statt Börner? Fischer ohne Turnschuhe? Oder doch der Umweltminister aus Bonn, der in der Vergangenheit bewiesen hat, daß die Militarisierung der Umweltpolitik - die Molke lagert bei der Bundeswehr - nicht Ausrutscher, sondern Programm ist. Nur Wallmann garantiert in höchster Reinheit die Gleichbehandlung von Molke und Plutonium

Am 8. Januar schrieb Ulrich Steger, Wiesbaden, an Walter Wallmann, Bonn. Die Antwort kam postwendend. Der Bundesminister mit dem eigenartigen Ressort Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bat den hessischen Wirtschaftsminister um Aufklärung eines widersprüchlichen Sachverhalts. Am 30. Januar zeigte der Christdemokrat den Medien einen Stapel vertraulicher Behördenpapiere. Daraus ging hervor, daß der sozialdemokratische Kollege seinen Aufgaben mit einfacher Intelligenz aber mehrfacher Zunge nachgeht. Dieser verteidigte sich noch am gleichen Tag mit einer umständlichen Erklärung des Sinnes, die veröffentlichten Unterlagen aus seinem Haus seien veraltet und irrelevant. Am 31. Januar trat Steger in demonstrativer Gelassenheit eine Reise nach Japan und Südkorea an, um dort Wirtschaftsgespräche zu führen. Als er am 11. Februar zurückkam, war sein Ministerpräsident zusammengeklappt und wieder aufgestanden, der Umweltminister gefeuert, die Koalition beendet, der Rücktritt Börners zum Ende der Legislaturperiode verkündet, die Landtagswahl vorgezogen, ein neuer Spitzenkandidat gekürt und sein eigener Name noch nie so oft gedruckt wie in den zwölf Tagen seiner Abwesenheit. Eine stolze Bilanz. Leider verbot der angelaufene Wahlkampf die eigentlich fällige Konsequenz.

Im Unterschied zu dem »etwas dappischen« Wirtschaftsminister, wie sein Mitstreiter im Wiesbadener Sozialressort, Armin Clauss, zu formulieren beliebt, erreichten der scheidende Parteisoldat Börner und sein talentiertester Rekrut, Fischer, zeitweise hohe Popularitätswerte im karnevalistisch heiter gestimmten Hessenland. Mit einem störrischen »Joschkas Schwellkopp bleibt« weigerten sich Frankfurts organisierte Narren, sonst keine Sympathisanten des progressiven Lagers, ihrem Umzug der veränderten Großwetterlage anzupassen. Noch allgemeiner war die Anerkennung über das Finale, mit dem der Landesvater seine politische Bühne abräumte, auf daß die Kulissen wankten und die Mitspieler bleich die Flucht ergriffen. So geht ein Nibelunge ab, murmelte das Volk beifällig, wenn auch leicht erschrocken ob der allgegenwärtigen Treulosigkeit und Wortbrüche.

Die Inszenierung hatte man zwar schon von Helmut Schmidt gesehen, damals aber wegen hanseatischer Unterkühlung kaum genießen können. Endlich das lange versprochene Chaos! Und jenes so überzeugend, daß es die Opposition zu Spaßverderbern stempelte: Die FDP stotterte von Unsinn, der zum Staatsziel erhoben worden sei, die CDU bemühte griesgrämig das historische Montenegro, das ein vergleichsweise ordentliches Gemeinwesen gehabt haben soll. Wallmann soll jetzt die Balkanisierung zwischen Rhein und Main stoppen. Montenegro allerdings hatte einen im Vergleich zu bundesdeutschen Molkefahrten vorbildlichen Güterverkehr.

Als die tollen Tage vorbei und die Scherben zusammengekehrt waren, begannen die Rot-Grünen etwas ratlos, sich über sich selbst zu wundern: Was war eigentlich los letzte Nacht? Im Grunde sei die Koalition prima gewesen, und man würde sie am liebsten gleich nach dem 5. April fortsetzen, hieß es übereinstimmend bei Sozis und Ökos. Der »Spiegel« sah eine unglückliche Verstrickung von Zufällen am Werk, die »Frankfurter Rundschau« fand den Streit nachgerade grotesk. Beide waren traurig und wurden darin von der »taz« noch übertroffen. Ein Affentheater also, wie die neue Nummer eins der SPD, Krollmann, in einem Anflug von Selbstkritik meinte? Ganz sicher nicht. Für das Scheitern der Koalition hätte es keinen triftigeren Grund geben können als denjenigen, der den Bruch in Wiesbaden schließlich auslöste: das Atomzentrum in Hanau.

Schon im Herbst 1984 war die Tolerierung der Landesregierung durch die Grünen daran geplatzt, daß Steger der Brennelementefabrik NUKEM eine atomrechtliche Genehmigung erteilte. Diesmal ging es um die Plutoniumfirma ALKEM. weil die Koalitionspartner aus dem Schaden keineswegs klug geworden waren. Vielmehr hatten sie unter der Bedingung wieder zusammengefunden, ALKEM nicht zu genehmigen, den entsprechenden Antrag der Firmen aber auch nicht formell zurückzuweisen. Eine Genehmigung, das war klar, ließ sich mit grüner Identität nicht vereinbaren.

Gegen eine Zurückweisung sperrten sich Börner und die SPD-Führungsriege, weil sie auf eine Politik der Stillegung des durch Demonstrationen, Prozesse und Skandale in die Schlagzeilen geratenen Betriebs hinausgelaufen wäre. Bonn habe in Atomfragen Weisungsbefugnis gegenüber den Ländern, und Wallmann würde jeden Stillegungsversuch ohnehin vereiteln, argumentierten die Sozialdemokraten, darin heftig vom DGB unterstützt. Deshalb dürfe man nicht zulassen, daß» sich die CDU auch noch als Retterin von Arbeitsplätzen profiliert.« In diesem Sinn trug die ach so ohnmächtige Landesregierung, wo sie nur konnte, aktiv dazu bei, daß der von ihr behauptete Sachzwang auch wirklich unüberwindlich erschien.

Andererseits hatte auch die SPD, vor allem deren Bezirk Südhessen, ihre Skrupel mit der mysteriösen ALKEM. Das Unternehmen mit ca. 400 Beschäftigten hat die Brennelemente für die Erstbeschickung des Schnellen Brüters von Kalkar bereits fertiggestellt und produziert ansonsten Spaltstoff für Leichtwasserreaktoren (sog. MOX- oder Mischoxid-Brennelemente). Das dazu notwendige Plutonium bezieht es aus den staatlichen Beständen der BRD, die sich in einem stark gesicherten Betonbunker auf dem Firmengelände befinden. Wieviel dort lagert und von welcher Güte es ist, wird von Bonn - egal wer dort regiert und egal, ob die früher Regierenden inzwischen die Oppositionsbank drücken und daselbst gründlich die Meinung geändert haben – als Staatsgeheimnis ersten Ranges behandelt . Aus ALKEM-Kreisen waren schon mal Andeutungen über zwei Tonnen zu hören. Hanauer Atomgegner der Initiative Umweltschutz (IUH) gehen von sechs Tonnen aus. Das muß nicht heißen, daß damit die obere Grenze erreicht wäre.

Jedenfalls darf ALKEM zur Zeit mit einer Umgangsmenge von 460 kg Plutonium hantieren. Die bestehende Rechtsgrundlage für diese Tätigkeit ist vom Zartesten, die Macht des Faktischen dafür umso robuster. Neben den spektakulären Atomprojekten von Brokdorf bis Wackersdorf fiel ALKEM lange Zeit kaum auf, bis das Management im öffentlichen Genehmigungsverfahren, das nach einer Änderung des Atomgesetzes 1975 notwendig geworden war, beantragte, ihr Plutoniuminventar auf 6,7 Tonnen zu erweitern. Einige wenige Atomgegner wurden stutzig und beließen es nicht beim allgemeinen, ökologisch begründeten Protest. Wozu eine derart massive Aufstockung der Plutoniummenge auf das Vierzehnfache? Die Fragestellung hat sich bis heute nicht verändert, wohl aber die Zahl derer, die sich die Antwort allmählich denken können.

Es nutzt ja fast gar nichts, Politikern etwas zu erklären, was jeder weiß, sie aber nicht hören wollen: daß Plutonium der Stoff für die Atombombe ist. Sie werden immer sagen, unseres aber nicht. Um der SPD wenigstens elementares Schulwissen einzupauken, muß man mindestens aus US-amerikanischen Lehrbüchern zitieren. Eine noch unter Carter durchgeführte Untersuchung der Gefahren militärischer Nutzung von zivilen Atomanlagen (Ford-Bericht) ergab: Bei der Plutoniumlagerung und der Brennelementefabrikation ist der Zugang zur Bombe besonders direkt. Denn an dieser Stelle des Brennstoff-Kreislaufs ist das Plutonium in einer relativ leicht zu verarbeitenden Form vorhanden. Demnach fiele den Hanauer Betrieben in einem militärischen Atomprogramm der BRD eine Schlüsselfunktion zu.

Solche Vorwürfe kontert ALKEM mit der Behauptung, man gehe ja nur mit Reaktorplutonium um, welches waffentechnisch gesehen die ungünstigste Isotopenmischung besitze. Es dauerte unglaublich lange, bis die SPD zur Kenntnis nahm, daß mit diesem Zeug durchaus »schmutzige« Atomexplosionen herbeizuführen sind. Das Beispiel zeigt sehr gut, wie gemauert wird, indem man eine Debatte auf Nebenfragen lenkt und verzettelt. Tatsächlich geht es keineswegs nur um das Reaktorplutonium, das beim gewöhnlichen AKW-Betrieb entsteht, in französischen oder englischen Wiederaufbereitungsanlagen abgetrennt und von ALKEM zur Verwendung im Schnellen Brüter oder in MOX-Elementen bearbeitet wird. Daneben liegt im Hanauer Bunker auch anderes Plutonium der höchsten Reinheitskategorien, das von den USA gekauft oder im Laufe von Jahrzehnten im Karlsruher Kernforschungszentrum (Mehrzweckreaktor, Brüter-Vorrichtung und Demonstrations-WAA) gewonnen wurde. Dieser eigentliche Kernsprengstoff ist es, der den weit fortgeschrittenen nuklearen Status der Bundesrepublik markiert und dem die begehrlichen Blicke nicht nur bayerischer Politiker gelten. Aber darüber schweigt man in Hanau und Wiesbaden und in Bonn sowieso – nicht aus Unwissenheit, sondern weil man es allzu gut weiß.

Der rot-grüne Kompromiß, nicht zu genehmigen aber auch nicht abzulehnen, war faul, weil man die Plutonium-Problematik nur vage umschrieb, weil man glaubte, mit der Aufrechterhaltung des Status quo die brisantesten Probleme irgendwie zu entschärfen, und weil man den bequemsten Weg des zeitlichen Aufschiebens wählte. Das hinderte die Akteure nicht daran, Unfähigkeit und Unwilligkeit, essentielle Fragen anzupacken, wählerwirksam als Pragmatismus und vernünftige Reformpolitik zu verkaufen. Doch die Wahrheit holte sie ein (Krollmann) und die Zeit der Formelkompromisse ging zuende (Fischer). Ob der Druck aus Bonn oder das hessenspezifische Kalkül den Ausschlag gab, lieber die erste rot-grüne Koalition zu riskieren als eine zweite schon an den Verhandlungen scheitern zu lassen, mag dahingestellt bleiben. Steger kündigte eine eingeschränkte ALKEM-Genehmigung an: Umgangsmenge wie bisher 460 kg, Fortsetzung der MOX-Produktion für zehn Jahre, keine weiteren Fertigungen für den Schnellen Brüter. Die Grünen protestierten laut. Aber insgeheim hofften die taktischen Zauberkünstler beider Parteien, daß Wallmann schnell von seiner Weisungsbefugnis Gebrauch machen, die Auflagen kippen und die Landespolitik vor vollendete Tatsachen stellen würde. Der tat ihnen nicht den Gefallen, sondern veröffentlichte erstmal den ausgearbeiteten Entwurf des hessischen Wirtschaftsministeriums für eine »1. TG ALKEM« (erste Teilerrichtungsgenehmigung), in der im Einvernehmen zwischen Bonn, Wiesbaden und dem Firmenmanagement 2,5 Tonnen Plutonium für ALKEM erlaubt werden sollten. Damit war Stegers Doppelspiel offenkundig, und es bleibt nur anzumerken, daß jeder seiner Schritte peinlichst genau von der Staatskanzlei des Ministerpräsidenten angeleitet wurde. Der Rest war wirklich Theaterdonner. Börners Kraftakte sollten davon ablenken, daß es die SPD war, die die Suppe eingebrockt hatte und nun auslöffeln muß.

Und wieder taucht die Kernfrage nur am Rand der Turbulenzen auf. Wahlkämpfer Fischer ist zwar in der Lage, ohne Ablesen den bedeutungsschwangeren Satz zu formulieren, das eigentliche politische Geheimnis beim Festhalten an der

Atomwirtschaft bestehe darin, daß die Bundesregierung ohne den direkten Zugriff auf eine deutsche Bombe Schwellenmacht bleiben wolle. Genaueres dazu scheint jedoch für rhetorische Zwecke ungeeignet zu sein.

Noch weniger sind SPD-Politiker bereit, Klartext zu reden. Immerhin hatte Steger die hessischen Auflagen damit begründet, eine Ausdehnung der Plutoniumwirtschaft würde zu einer Ansammlung von Gefahrenpotentialen führen, die mit herkömmlichen Mitteln der Verwaltung nicht mehr überwacht werden könnten. Von Proliferationsgefahr war die Rede und der Möglichkeit unentdeckter Abzweigungen von Plutonium.

Einzig Wallmann nennt den bösen Verdacht beim Namen, um ihn empört zurückzuweisen. Wer der Bundesrepublik Atomwaffen-Ambitionen unterstelle, schade ihrem Ansehen im Ausland (warum nicht im Inland?). Unter den Argusaugen internationaler Kontrollen könne nicht ein Milligramm des Stoffes zu militärischen Zwecken abgezweigt werden. Eine Unverschämtheit sei es auch, den Ruf anständiger Unternehmen zu untergraben.

Mag sein, daß die Biedermann-Pose, im Frankfurter Römer wie auch nach Tschernobyl erfolgreich, ihre Wirkung noch nicht verloren hat. Vielleicht sind aber auch die Pauken und Trompeten, mit denen der Marsch in die schöne neue Plutoniumwelt angetreten wird, einfach zu laut, wenn man nicht einmal bei radioaktivem Milchpulver einen Rat weiß. Tatsache ist, daß bei ALKEM ein Versuch bekanntgeworden ist, die Buchung der Plutoniumbilanzen zu fälschen. Ferner, daß die Schwesterfirma RBU ihren Umgang mit dem Bombenstoff jahrelang bewußt der Öffentlichkeit verschwiegen hat; daß beide mehrfach die vorgeschriebenen Höchstmengen ihres radioaktiven Inventars überschritten haben; daß die vielbeschworene Kontrolle nur als Prüfung der Firmenbücher, substantiell also überhaupt nicht stattfindet.

Schließlich gibt es nachweislich keine militärische Unschuld des Hanauer Atomzentrums. Dazu braucht man nicht einmal auf das südafrikanische, brasilianische oder pakistanische Atomprogramm zu verweisen, die sich samt und sonders westdeutscher Entwicklungshilfe erfreuen. NUKEM hat auch schon Aufträge des Bundesverteidigungsministers erledigt, beispielsweise ein Tritium-Target als Neutronen-Spallationsquelle geliefert. Berichtet man US-amerikanischen Experten, die nicht ganz so wortkarg sind wie ihre hiesigen Kollegen, über das nette unscheinbare Ding, so kann man schon mal erleben, wie ein Gesprächspartner elektrisiert vom Stuhl auffährt und nach Luft schnappt. Denn das ist für die Wasserstoffbombe interessant, und so weit sollten die treuen Verbündeten gar nicht sein. Es gibt keine Möglichkeiten für die Landesregierung, solche Firmen stillzulegen? Natürlich nicht – solange man ihnen bescheinigt, daß dort alles mit rechten Dingen zugeht, weil man selbst kompromittiert ist.

MdB Wolfgang Roth (SPD) hat vor einiger Zeit eine wenig beachtete Presseerklärung herausgegeben, in der er mehrere Forschungsprojekte nannte, die bereits in den siebziger Jahren angelaufen sind und bei denen es jeweils um Teile atomarer Waffentechniken ging oder geht. »Sandkastenspiele der Militärs« heißt das in eingeweihten Kreisen. Auch wenn man ihre Bedeutung tunlichst höher einschätzen sollte: Am Sand und an den Kuchenformen sind NUKEM und ALKEM beteiligt. Und sogar ohne diese mühsam zu erhaltenden Informationen ist klar, daß solche Unternehmen nur dann mit Gewinn arbeiten können, wenn sie bei ihren in- und ausländischen Geschäftsfreunden genau in dem Ruf stehen, den Wallmann so kräftig zurückweist.

Vielleicht ist es Absicht, daß ihre Dementis so wenig überzeugend daherkommen. Das stärkste Argument für den Nachweis militärischer Interessen, die mit diesem Wirtschaftszweig verfolgt werden, kommt von ALKEM selbst: Die beantragte Plutonium-Spezifikation (Isotopen-Zusammensetzung) entspricht den Kriterien des nach US-Normen als Waffenplutonium bezeichneten Materials, wie die Hanauer IUH herausfand. Für die Herstellung von Brennelementen braucht man das nicht, nicht einmal beim Schnellen Brüter.

Wallmann, der Wiesbaden zwingen will, den Wünschen der Plutoniumwirtschaft nachzukommen, sofern er nicht selbst bald die Richtlinien der Landespolitik bestimmt, trifft damit drei Vorentscheidungen: für Kalkar, für Wackersdorf und für die Option, den 1995 auslaufenden Atomwaffen-Sperrvertrag nicht zu verlängern.

Dieses Programm unter dem Titel »Umwelt und Naturschutz« zu präsentieren, spricht von beachtlichem sprachlichen Talent. Alles das hätten die rot-grünen Koalitionäre früher wissen und früher aussprechen müssen, auch und gerade grüne Realpolitiker. Mit dem untauglichen Versuch, einem strategischen Problem taktisch aus dem Weg zu gehen, haben sie viel verschenkt, nicht nur Zeit. Nach Tschernobyl konnte man in Hessen noch hoffen, der Mensch würde an den Aufgaben wachsen, denen er sich stellt. Aber es kam wieder mal so, daß er schrumpft, wenn er sich drückt.

Konkret 04/87, S. 16

Harald Irnberger

Vertreibung aus dem Paradies

In El Paraiso, eine der südöstlichen Grenzprovinzen von Honduras, lungern seit Jahren die Contras herum und terrorisieren auch die einheimischen Kaffeepflanzer. Nun wächst der Druck auf die Regierung, diesen wilden Haufen Einhalt zu gebieten. Doch die Regierung kann nicht anders, als nach der Pfeife der USA zu tanzen, die indes auch endlich militärische Erfolge der Contra sehen wollen.

In Honduras häßlicher Hauptstadt Tegucigalpa soll demnächst ein wichtiges städtebauliches Projekt in Angriff genommen werden: Der Rio Choluteca, jene vor allem zur Trockenzeit infernalisch stinkende Brühe, deren Flußbett direkt an jenem Zuckerbäckerschlößchen vorbeiführt, in dem Staatspräsident Jose Azcona Hoyo amtiert, wird an dieser Stelle in einen unterirdischen Kanal geleitet. Seine Exzellenz soll durch den Gestank nicht länger bei der Führung der Staatsgeschäfte abgelenkt werden. Eine Maßnahme, die sich trefflich in jenes System selektiver Wahrnehmung einfügt, nach dem Azcona – ein Mann von Reaganscher Geistesgröße – Politik macht.

Bis vor kurzer Zeit nahm er beispielsweise nicht wahr, daß Tausende Contras mehr als 400 Quadratkilometer der südöstlichen Provinz El Paraiso kalt annektiert hatten, um von dort aus ihre Überfälle gegen Nicaragua zu starten. Es käme lediglich zu gelegentlichen Grenzüberschreitungen der Contra in diesem unübersichtlichem Terrain, lautete die Version des Präsidenten. Von einer ständigen Präsenz der Contra in Honduras könne jedenfalls nicht gesprochen werden. Mehr als zehntausend honduranische Kaffeepflanzer, die in El Paraiso von der Contra terrorisiert, beraubt und schließlich von Haus und Hof vertrieben wurden – was nicht ohne Mord und Totschlag abging – wissen es besser: Sie drohten mit einen Protestmarsch nach Tegucigalpa, was schließlich sogar Rafael Leonardo Callejas, den Chef der unter den Kaffeepflanzern gut verankerten ultrakonservativen Nationalen Partei, dazu bewog, öffentlich über die Notwendigkeiten eines Contra-Abzuges aus Honduras nachzudenken.

Im Frühsommer 1986 war selbst die kleine und von westeuropäischen Parteifreunden gemiedene christdemokratische Partei mit einem Parteitagsbeschluß vorangegangen, in dem ultimativ verlangt wird, Ronald Reagans hochdotierten »Freiheitskämpfern« den Weg zum Ausgang zu zeigen.

Für die vertriebenen Cafetaleros ergeben solche Worte freilich keine Lösung ihrer Probleme. Tausende von ihnen drängen sich nun mittelos in der Stadt Danli zusammen. »Hier, dieses Haus hat vier Zimmer, und in denen leben nun 22 Familien – also an die 100 Leute«, weist Modesto Basulio, ein 30jähriger Kaffeepflanzer aus dem Dorf Amparo, auf seine gegenwärtige Unterkunft in Danli hin.

Für ihn ist die Lage klar: »Es ist die Schuld der USA, daß die Contras hier sind, die uns aus Las Vegas, Arenales, Espanol Grande, Amparo, Tapalchi und all den anderen Dörfern vertrieben haben. Also verlangen wir von den USA unsere Wiederansiedlung: neue Häuser, neue Anbauflächen, Saatgut und Schadenersatz für die verlorenen Ernten.«

Antonio Erazo Oliveros, Funktionär des Kaffeebauernverbandes von El Paraiso, sieht das zwar nicht anders, aber weiß inzwischen, wie gering die Chancen auf Erfüllung dieser Forderungen sind. Letztes Jahr im September, berichtet er, hätte es in Danli zu Verhandlungen mit Vertretern der US-Regierung über die Anliegen der Cafetaleros kommen sollen: »Zuerst hat man uns mehrere Stunden lang warten lassen und dann kam niemand von der Regierung, sondern zwei Männer von der Hilfsorganisation AID haben sich arrogant umgesehen und zuletzt die Lieferung von Zelten für die Flüchtlinge versprochen. Doch wir wollen keine Almosen, wir wollen 50 Millionen Dollar Schadenersatz.«

Zustimmung bei den Cafetaleros: »Wir s wissen hier nicht, was wir morgen essen sollen, unsere Kinder leiden an Infektionskrankheiten – wir bekommen nichts, und die Nicaraguenser in den Flüchtlingslagern hier, wo die Familienangehörigen der Contras sitzen, haben neue Häuser erhalten und werden vom Roten Kreuz verpflegt«, erregt sich ein jüngerer Mann. »Weil wir Flüchtlinge im eigenen Land sind, ignoriert man uns.«

Für Präsident Azcona dagegen gibt es in Honduras keine von der Contra Vertriebenen, sondern nur Menschen, die wegen der benachbarten sandinistischen Gefahr ihre Dörfer im Südosten verlassen hätten. Und denen würde er nun neue Arbeit im Zuge eines mit 300.000 Dollar dotierten Straßenbauprogramms verschaffen, das von den USA finanziert werde.

»Das ist keine Kompensationszahlung, sondern eine humanitäre Hilfe aufgrund einer Bitte der Regierung von Honduras«, will Athur Skop, der Pressesprecher der US-Botschaft in Tegucigalpa, ausdrücklich festgehalten wissen. Doch die Straßen werden hier vorerst noch von anderen gebaut: Zu Jahresanfang wurden aus Fort Bragg in North Carolina erneut an die 4.000 US-Pioniere nach Honduras eingeflogen, um im Zuge der bis Mitte 1987 dauernden Manöver »Terencio Sierra« und »Ahuas Tara« die bestehenden Luftwaffenbasen von Palmerola, San Lorenzo, Jamastran und Puerto Lempira auszubauen sowie neue Transportwege in der Gegend von San Lorenzo und im Tal von Jamastran – jeweils in Grenznähe zu Nicaragua – anzulegen.

Diese Fortsetzung der seit 1982 anhaltenden Serie von US-Manövern dient eindeutigen Zwecken: Aufmarsch- und Nachschublinien an Nicaraguas Nordgrenze zu schaffen und die verdeckte Aufrüstung der Contra voranzutreiben. Die bei einem solchen Manöver im Oktober 1983 errichtete honduranische Basis El Aguacate gelangte beispielsweise anschließend unter das Kommando des US-Geheimdienstes CIA, der dort das Hauptnachschublager für die Contra einrichtete, was spätestens durch die Aussagen des im letzten Herbst über Nicaragua abgeschossenen US-Söldners Eugene Hasenfuß belegt ist.

In Honduras weiß dann auch jeder Interessierte, daß große Mengen an Waffen, Munition und Material, die von der US-Army vorgeblich für Manöverzwecke nach Honduras transportiert werden, bei der Contra landen, ohne daß irgendwelche kontrollierenden US-Parlamentarier genauen Einblick gewinnen können.

An Material scheint es der Contra im Moment zumindest in ihrem honduranischen Hinterland nicht zu mangeln. Die Cafetaleros in der Gegend von Danli berichten, daß schon seit Wochen regelmäßig große Transportflugzeuge auf den grenznahen Pisten landen und daneben immer wieder große Ladungen an Lastfallschirmen über dem Contra-Gebiet im südöstlichen Honduras niedergingen. Ungewöhnlich starken Flugbetrieb mit Transportmaschinen bestätigt auch der Leiter der Fremdenpolizei von Catacamas, Jose Aguilar, für das benachbarte El Aguacate.

Die Gründe für diese Betriebsamkeit sind mehrschichtig, jedoch klar: Da ist einmal die verschärfte innenpolitische Situation in Honduras, seitdem sich die Bevölkerung zwar seit wenigen Jahren – wieder nach einer entsprechenden Vorselektion durch die wahren Machthaber – ihre führenden Politiker formal nach demokratischen Spielregeln wählen darf, aber die wahre Macht weiterhin traditionell bei den Militärs des Landes liegt und bei den USA, die das Land finanzieren.

Sogar ein hoher Regierungsfunktionär, der natürlich nicht benannt sein will, bestätigt: »Die Anwesenheit der Contra bedeutet klar die Besetzung eines Teiles unseres Landes. Aber wir dürfen das offiziell nicht zugeben, denn erstens bringt das auch uns viel Geld ein, und zweitens müssen wir alles vermeiden, was die Regierung der USA verstimmen und zu einer Einstellung der Hilfszahlungen bewegen könnte. Sie sehen: Das ist eine sehr delikate Sache.«

Der Nationalökonom und Soziologe Victor Meza, einer der wenigen kritischen und mutigen Intellektuellen des Landes, nennt die Dinge gleichwohl beim Namen: »Unsere Wirtschaft ist aus eigener Kraft im Rahmen der gegenwärtigen Strukturen nicht finanzierbar. Wir schaffen jährlich ein riesiges Defizit, das von den USA abgedeckt wird, und ohne diese Defizitabdeckung wäre der gesamte Staat bankrott. Das bedeutet: Wir sind Washington vollkommen ausgeliefert.«

Das Desaster in Zahlen: Honduras mit seinen vier Millionen Einwohnern ist, nach Haiti, das zweitärmste Land des Kontinents und steht mit 2,6 Milliarden Dollar im Ausland in der Kreide. Jährlich fallen mehr als 280 Millionen Dollar allein an Zinszahlungen an.

Offiziell soll Honduras in diesem Jahr von den USA 237 Millionen an Militär- und Wirtschaftshilfe erhalten. Fakt ist aber auch, daß immer wieder größere Zahlungen aus den USA für die Contra über honduranische Institutionen geschleust werden, wobei entsprechende Anteile in Tegucigalpa hängenbleiben. Daneben macht Washington immer wieder Sonderzahlungen locker, um die Zahlungsbilanz von Honduras aufzubessern: In diesem Sinne läuft gegenwärtig ein 61 -Millionen-Dollar-Programm, das über die staatliche US-Hilfsagentur AID abgewickelt wird.

Wie ein Teil aller dieser Zahlungen zustande kommt, enthüllte der im vergangenem Sommer wegen mangelnder Durchsetzungskraft (»Man wollte nicht einen diplomatischen Vertreter sondern einen Pro-Konsul«) von seinem Posten als US-Botschafter in Tegucigalpa abberufene Diplomat John Ferch vor einem »Contragate«-Untersuchungsausschuß in Washington: Anfang letzten Jahres sei demnach US-Staatssekretär Elliot Abrams nach Tegucigalpa gereist und habe Präsident Azcona ultimativ aufgefordert, brieflich bei der Regierung in Washington um eine »Nothilfe« im Umfang von 20 Millionen Dollar anzusuchen, die dann an die gerade in Liquiditätsschwierigkeiten geratene Contra weiterzuleiten gewesen sei.

Fakt ist auch, daß etliche hohe honduranische Militärs beim Geschäft mit der Contra-Ausrüstung kräftig in die eigenen privaten Taschen wirtschafteten – was sowohl zu Verstimmungen bei jenen Offizieren führte, denen der Zugang zum großen Geld bislang versagt geblieben war, als auch bei jenen US-Offiziellen, die ihr kreuzzüglerisches Engagement für die Contra durch honduranische Korruptionisten in Mißkredit gebracht sahen.

Wohl nicht zuletzt so ist es zu erklären, daß die Amtszeit des honduranischen Armeechefs General Humberto Regalado Hernandez, der Ende Januar 1987 abgelöst werden sollte, am 29. Dezember 1986 verlängert wurde – auf massiven Druck aus Washington, wie militärische Insider in Tegucigalpa versichern. Regalado Hernandez stammt aus jener 5. Promotion (Ausmusterungsjahrgang der Militärakademie), deren Angehörige als besonders reaktionär und korrupt gelten. Doch der Armeechef steht zudem im Ruf, eine »machtlose Marionette« zu sein. Dafür spricht einiges: Als er sich im Herbst 1986 im Miami aufhielt, besetzte eine Fraktion seiner Jahrgangskameraden handstreichartig an die 20 wichtige Kommandoposten neu, was Regalado dann nur noch nachträglich akzeptieren konnte. Nun jedoch, Anfang 1987, nachdem der General in seinem Amt als Chef der Streitkräfte neuerlich einzementiert war, wurden gleich an die 30 hochrangige Offiziere

buchstäblich über Nacht von ihrem Kommando abberufen, was in einem Land, in dem die Armee eine derart starke politische Position einnimmt wie in Honduras, faktisch einem Staatsstreich gleichkommt.

Nachdem vom Staatspräsidenten abwärts alle Beteiligten und Betroffenen den »Kasernenputsch« im Schweiße ihres Angesichts zur »unbedeutenden Routineangelegenheit« abgewiegelt hatten, wurde klar, daß hier in einem entschlossenen Zugriff Angehörige jener jüngeren 6. Promotion die Macht an sich gerissen hatten, die zwar auch als durchwegs US-gläubig, jedoch bei weitem volksnaher, nationalistischer und weniger korrupt gelten als die 5. Promotion.

Im kleinen und einflußlosen linken Flügel der in Tegucigalpa regierenden Liberalen Partei wird der jüngste »Kasernenputsch« sogar als ein aus der Armee kommender Versuch gewertet, die fatale Anbindung der honduranischen Politik an das Schicksal der Contra aufzulösen: »Der zivile Protest gegen diese Politik unserer Regierung ist somit durchaus nicht erfolglos gewesen.«

Fakt ist, daß es diesen Protest deutlicher und intensiver gibt als noch vor einem Jahr – und er konzentriert sich gegen die Anwesenheit der Contra in Honduras ebenso wie gegen die zunehmende Präsenz von US-Truppen. So nennt Jorge Arturo Reina, zentrale Figur des nach Eigendefinition sozialdemokratischen Flügels der Liberalen Partei, den Contra-Krieg gegen Nicaragua öffentlich eine »persönliche Angelegenheit des Präsidenten der USA«. Und an die Adresse der US-Army gerichtet: »Die bewaffneten Streitkräfte von Honduras reichen aus, um die Souveränität unseres Staates und die Sicherheit unserer Grenzen zu garantieren. Wir brauchen dazu keine ausländische Armee in unserem Land.«

In der Tageszeitung »El Tiempo« wiederum, die zum Unternehmensimperium des Vizepräsidenten des Staates, Jaime Rosenthal, gehört, hält ein Leitartikel unmißverständlich fest: »Solange Reagan regiert, ist es unmöglich, die Feindseligkeiten in Zentralamerika zu überwinden.«

In einem am 16. Januar in diesem Blatt veröffentlichten Kommentar heißt es mit einem Schlenker gegen die »Contragate«-geplagte US-Regierung: »Den reaktionärsten Kreisen müßte nun klar sein, daß die Contra ein Fiasko darstellt – Ausdruck der verrückten Idee, die revolutionäre und legitime Regierung der Sandinisten zu stürzen... Reagan ist auf Weltniveau diskreditiert.«

Warnend bis genüßlich werden gegenwärtig in der honduranischen Tagespresse kritische Urteile über die Contra aus dem Mund von US-Funktionären zitiert. So die Aussage des Ex-Sicherheitsberaters Robert McFarlane, wonach die Contra eine Versammlung von »Coca-Cola-Abfüllern und Bürobeamten« sei, die »wenig Chancen« habe, »die Regierung in Managua zu stürzen.« Oder die von Jack Anderson in der »Washington Post« publizierte vertrauliche Einschätzung des neuen Sicherheitsberaters des US-Präsidenten, Frank Carlucci, wonach die Contra den Krieg schlicht nicht gewinnen könne. Sogar Präsident Azcona versucht sich zaghaft von Reagans »Freiheitskämpfern« abzusetzen. Es wäre am günstigsten, wenn sie ihren Kampf in Nicaragua selbst führen würden, verschaffte sich seiner Gedanken Blässe kürzlich Gehör. Er glaube jedenfalls fest daran, daß die Contra bald abziehen und im Falle einer militärischen Niederlage von den USA in andere Länder transportiert werde, ließ sich der Präsidentendarsteller von Honduras mitte Januar vernehmen.

Schon seit Dezember streuen Azcona-Vertraute das Gerücht, ihr Chef habe bei seinem jüngsten Washington-Besuch Ronald Reagan das Versprechen abgebettelt, daß die Lösung der Contra-Frage bis April 1987 gefunden sein werde.

Eines ist jedenfalls klar: Die Contra-Freunde in Washington, die jahrelang alle erlaubten und unerlaubten Tricks angewendet haben, um ihre »Freiheitskämpfer« mit finanziellem Segen auszustatten, und die nun dafür vor den diversen Untersuchungsausschüssen ihren Kopf hinhalten müssen, wollen endlich militärische Erfolge im Kampf gegen das »marxistische Regime« Managuas sehen. Mit Versprechungen geizt die Contra einmal mehr nicht. Adela Icasa, ihre Sprecherin in Tegucigalpa, kündigt kühn die Einnahme nicaraguensischer Städte für die nächsten Monate an: An die 10.000 Kämpfer ihrer Organisation befänden sich bereits innerhalb von Nicaragua und weitere Tausende würden demnächst nachrücken.

Eine Behauptung, die allenfalls von ihr selbst geglaubt wird. Die von der Contra-Präsenz im Südosten von Honduras betroffenen Cafetaleros können über diese Worte nur noch bitter lachen: »Die und in Nicaragua! Unsinn. Die sitzen hier bei uns herum und hüten sich davor, ihren Arsch über die Grenze zu bewegen. Als sie es im Oktober und November letzen Jahres versucht haben, sind sie schon nach wenigen Tagen voll panischer Angst zurückgelaufen gekommen bis nach Danli herein.«

Tatsächlich ist es in den nicaraguensischen Kriegsgebieten ruhig wie schon seit Jahren nicht mehr. Laut Darstellung der Regierung in Managua verlor die Contra im Jahre 1986 ein Drittel bis die Hälfte ihres Mannschaftsstandes. »Soviel wird es vielleicht nicht gewesen sein, aber sie haben im letzten Jahr sicher einige ordentliche Schläge aufs Haupt bekommen«, schätzt in Tegucigalpa ein ständiger Szene-Beobachter die Lage der Contra ein: »Vor allem haben sie kaum noch personelle Reserven und können ihre Verluste nur durch Zwangsrekrutierungen in den Flüchtlingslagern auffüllen. Entsprechend ist die Kampfmoral.«

Während Contra-Militärchef Enrique Bermudez zwar noch großspurig Interviews gibt und ausplaudert, das Pentagon und er hätten errechnet, die vollständige Einnahme Nicaraguas würde im Falle eines ordentlichen Engagements der USA genau zwei Milliarden Dollar kosten und 25 Tage dauern, wird der Krieg in Tegucigalpa nicht einmal mehr am Wirtshaustisch so recht gewonnen.

Im rustikalen Holz-Interieur des »Klosters« – einem Lokal, das von einem ehemaligen Koch des Diktators Somoza am Bulevar Morazon betrieben wird – hat sich zur besten Abendstunde kaum ein halbes Dutzend ehemaliger Somoza-Gardisten um einen honduranischen Offizier in Uniform zum Umtrunk versammelt. Nur der mit Gewehr und Galgenvogelgesicht ausgestattete Posten am Restauranteingang erinnert daran, daß hier noch vor wenigen Monaten regelmäßig die Contra-Prominenz zechend einen Teil der US-Subventionen einem vergleichsweise vernünftigen Zweck zuführte.

»Wer genug auf die Seite gebracht hat, ist längst nach Miami abgedampft«, erklärt ein Beobachter die gelichteten Reihen im Contra-Stammwirtshaus: »Hier in Honduras ist nur noch die dritte Garnitur zurückgeblieben.«

Konkret 04/87, S. 24

Christine Raschke; Andreas Herzau; Hans Heinz Heldmann; Urs Zwicky

Eins, zwei, drei, vier Eckstein, alles soll verreckt sein
Flüchtlinge in Mitteleuropa (Westberlin, Bremen, BRD, Schweiz)

Mitteleuropa ist keine besonders gastfreundliche Region. Flüchtlinge, die hier um politisches Asyl nachsuchen, erfahren schnell, daß die Ausländergesetze für die Einheimischen und gegen die Fremden gemacht sind. Die Folgen: Abschiebung oder Untergrund. KONKRET dokumentiert den Stand des Umgangs mit Flüchtlingen in einem Gespräch mit einer Frau, die einen Flüchtling versteckt hält, in einem Text über die bundesweiten Hilfs-Bewegungen, in einer Darstellung der Verschärfung der Ausländergesetze und schließlich in einem Bericht über eine Fluchthilfeorganisation in der Schweiz

1

»ICH SABE JEMANDEN ZU HAUSE«

Wie kommt jemand dazu, einen Flüchtling bei sich zu verstecken, und wie spielt sich das tägliche Leben mit dem neuen Gast ab? KONKRET sprach in Westberlin mit einer Frau, die bei sich zu Hause seit Wochen ein Gedeck mehr auf den Tisch stellt.

KONKRET: Warum beteiligst du dich an der Aktion »Fluchtburg« in Westberlin?

Christine Raschke: Angefangen hat es damit, daß ich las, wie akut das Problem mit den Flüchtlingen ist, und wie sich die Leute ihnen gegenüber verhalten. Das fand ich ganz schön schlimm. Ich dachte, es müßte doch irgendwelche Möglichkeiten geben, den Leuten zu helfen. Es gab zwar eine Adresse von einem Pfarrer in Neukölln, aber wie das so ist, habe ich erstmal nichts gemacht, bin dort nicht hingegangen, habe mich zu Hause zur Ruhe gesetzt und habe alles an mir vorbeiziehen lassen. Ein halbes Jahr später habe ich dann gelesen, daß es diese »Aktion Fluchtburg« gibt. Ich rief dann bei der Alternativen Liste an, und erkundigte mich nach einem Treffen. Dann bin ich immer zu diesen Treffen gegangen und habe mir angehört, was die Leute machen bzw. was sie machen wollen, denn so konkret war die Aktion noch gar nicht. Da ich wenig Zeit habe und die Patenschaften für Asylbewerber sehr zeitraubend sind – man muß immer sehr spontan zur Stelle sein und sich den ganzen Tag um die Ohren hauen – habe ich mich dazu entschlossen, jemanden bei mir aufzunehmen, zu verstecken.

KONKRET: Wußtest du, daß dies eine strafbare Handlung ist?

Raschke: Ja, das wußte ich.

KONKRET: Seit wann versteckst du jemanden?

Raschke: Seit vier Wochen.

KONKRET: Kanntest du den Flüchtling vorher?

Raschke: Nein, ich hatte ihn vorher noch nie gesehen.

KONKRET: Wie seid ihr dann zusammengekommen?

Raschke: Es hat abends bei mir jemand angerufen und gesagt, daß er von der Alternativen Liste sei und ob er vorbeikommen könne. Damit war klar, worum es geht. Als sie kamen, haben sie ihn gleich mitgebracht.

KONKRET: Gab es ein Vorstellungsgespräch, oder hast du dir überlegt, ob und wie ein Zusammenleben mit ihm möglich ist?

Raschke: Wir haben uns garnichts überlegt.

KONKRET: Was machst du beruflich?

Raschke: Ich bin Krankenschwester.

KONKRET: Ist der neue Mitbewohner eine finanzielle Belastung für dich?

Raschke: Dadurch, daß wir zu zweit wohnen und das auch zu zweit tragen, geht das. Man merkt es schon, aber es ist nicht so gravierend. Mein Freund ist Verkäufer.

KONKRET: Wie spielt sich das Leben bei euch ab, seit ihr einen Mitbewohner habt?

Raschke: Ganz normal wie immer. Das einzige ist – seine und meine Englischkenntnisse sind nicht besonders gut – , daß es am Anfang Verständigungsschwierigkeiten gab. Ansonsten gibt es noch ganz banale Sachen: Ich habe eine ganz andere Kultur als er, es schmeckt ihm auch nicht, wenn ich koche. Aber das sind Sachen, auf die wir uns schon einigen können.

KONKRET: Wie beschäftigt er sich tagsüber? Ist er den ganzen Tag zu Hause?

Raschke: Es ist unterschiedlich. An manchen Tagen ist er die ganze Zeit zu Hause. Er schläft immer sehr lange, oft bis mittags. Ich denke, daß das damit zusammenhängt, daß er dann für einen Moment die Probleme vergessen kann. Es ist sehr schwierig, in seiner Sprache etwas zum Lesen zu finden. Bis jetzt haben wir das nicht geschafft. Anfangs hatten wir wenige Sachen, über die wir uns unterhalten konnten. Aber je länger man zusammenwohnt, desto einfach wird es.

KONKRET: Ist es anstrengend?

Raschke: Die ersten Wochen schon. Es gab oft Momente, vor allem abends, wo man sich nichts zu sagen hatte. Wir sind dagesessen, und jeder hat sich mehr oder weniger ausgeschwiegen. Oder: Wir mußten zusehen, wie er sich langweilte und wir ihm auch nicht helfen konnten. Das hat sich aber gelegt. Er ist auch gelöster geworden, und wir sind es auch. Mittlerweile können wir ganz normal miteinander umgehen.

KONKRET: Habt ihr Kontakt mit anderen, die auch Flüchtlinge verstecken?

Raschke: Ja, die Kontakte haben wir über die Treffen. Es war allerdings etwas schwierig, weil sich keiner traute zu erzählen, daß er jemanden versteckt. Man kann ja nie wissen, ob nicht ein Spitzel dabeisitzt. Auf einem Treffen verplapperte sich irgendwann mal jemand und sagte, »ich habe jemanden zu Hause« . Das war der Anlaß, zu dem hinzugehen und zu fragen, wie das so ist, und welche Probleme auf einen zukommen. Es ist schon nützlich zu sehen, daß andere Leute auch Probleme haben.

KONKRET: Welche?

Raschke: Rauschgift- und Alkoholprobleme. Das sind die auffälligsten.

KONKRET: Gibt es Probleme zwischen Frauen und Männern?

Raschke: Bis jetzt nicht, obwohl wir alle diese Befürchtung hatten. Wir wußten nicht, wie wir uns den Flüchtlingen gegenüber zu verhalten haben. Wir überlegten, was dadurch in unserem normalen Lebensablauf einzuschränken ist und was wir in keinem Fall machen können.

KONKRET: Hat es sich herausgestellt, daß du bestimmte Sachen nicht machen kannst? **Raschke:** Bestimmte Sachen machen wir nicht. Zum Beispiel in unserem gemeinsamen Zimmer sitzen und uns küssen oder nackt aus dem Badezimmer herauskommen. Das sind aber durchaus Sachen, die man ohne weiteres einstellen kann. Das erfordert nichts.

KONKRET: Wie funktioniert die Verständigung unter euch?

Raschke: Wir sind bemüht, ihn in die Kommunikation miteinzubeziehen. Bei wichtigen Sachen sprechen wir englisch. Auch bei ganz normalen Unterhaltungen, die er ruhig mitbekommen kann. Deutschunterricht hatte er zwei oder drei Monate lang in einer Schule. Er traut sich aber nicht mehr, dort hinzugehen, so daß wir versuchen, ihm ein bißchen Deutsch zu Hause beizubringen. Doch ich glaube, daß ihm die Unsicherheit seiner Situation die Motivation nimmt, Deutsch zu lernen.

KONKRET: Vier Wochen versteckt ihr ihn schon. Welche Hoffnung und welche Perspektiven habt ihr dabei?

Raschke: Welches Ende das hat, das weiß ich auch nicht. Das läuft alles über einen Anwalt.

KONKRET: Es kann also sein, daß ihr ihn noch längere Zeit bei euch versteckt?

Raschke: Ja. Wir haben uns auf ein längerfristiges Zusammenwohnen eingerichtet.

KONKRET: Würdest du nach den jetzigen Erfahrungen wieder jemanden bei euch verstecken?

Raschke: Ja, durchaus.

KONKRET: Hast du eine Vorstellung, welche Konsequenzen das für euch hat, falls sie euch erwischen sollten?

Raschke: Was konkret auf mich zukommt, das weiß ich nicht. Das kann mir auch keiner sagen, denn es ist noch nicht vorgekommen. Eine Rechtswidrigkeit ist es, und wenn man dem Innensenator Kewenig glaubt, sind wir in jedem Fall Straftäter, die die Asylbewerber für die »Aktion Fluchtburg« mißbrauchen. Ich kann mir vorstellen, daß sie – wenn jemand erwischt wird – ein Exempel statuieren und jemanden zu soundsoviel Tagessätzen oder auch Gefängnis verurteilen.

2.

Konkret 04/87, S. 26

Andreas Herzau

EIN HERZ FÜR FLÜCHTLINGE

Mit Flüchtlingen in der BRD kann man vieles machen. Auch verstecken, um sie vor der drohenden Abschiebung zu bewahren. Konkrete Hilfe soll geleistet werden. Die Helfer sind so ganz uneigennützig nicht

Flüchtlinge sind dienlich. Man kann sie integrieren, eindämmen, schützen, abschieben, zählen, umverteilen oder begrenzen. Sie dienen Rechten wie auch Linken. Die einen wollen »Deutschland den Deutschen«, die anderen wollen auch »ein buntes, sonniges und lockeres« Vielvölkerland. Den Flüchtlingen selbst ist nahezu alles verboten. Weder dürfen sie arbeiten, noch den Wohnort verlassen, noch mit ihren Familien zusammenwohnen. Was sie gerade noch können, ist hier zu sein, und selbst das immer weniger. Doch für den Innenminister ist selbst dieses bißchen Leben erstaunlich und dann dienlich. Bemerkenswert sei, so ließ er jüngst pressemitteilungsmäßig verlauten, »daß die Anerkennungsquote im November von 15,4% (gegenüber 15,8% im Oktober und 16,3% im September) weiter zurückgegangen ist. Der Asylmißbrauch hat damit ebenfalls einen neuen Höhepunkt erreicht.« Die hier so mißbräuchlich leben, werden wieder dorthin zurückverfrachtet, wo sie herkamen. Sie werden ausgeliefert in die Hände derer, denen sie durch ihre Flucht in die BRD zu entkommen hofften. So mancher, der hier mißbräuchlich lebte, lebt dort bald gar nicht mehr.

Abschiebung und Auslieferung von politisch oder sonstwie Verfolgten gab es auch schon unter der sozialliberalen Regierung. Das war damals aber kein Thema für Flüchtlingshelfer, denn man war damit beschäftigt, sich über die Lebensumstände dieser Menschen zu empören. Aber auch wenn sich die Hauptkritik damals gegen den karitativen Ansatz richtete und den Aktivisten von einigen internationalistischen Theoretikern vorgeworfen wurde, sie wären Opfer des Helfersyndroms geworden, hatte die praktische Hilfe doch noch das Ziel, den Flüchtlingen ihre eigene Kultur zu ermöglichen, und sei es nur ihre Eßkultur. – Einem Inder Schweinebraten mit Sauerkraut und Kartoffeln aufzuzwingen, ist mindestens genauso germanisch wie die Unterbringung in Sammellagern.

Das ist kein neues Thema, ebenso wie der alltägliche Rassismus kein neues Thema mehr ist. Gerade deshalb konnten die Flüchtlinge lange genug gezählt, geflutet und durch Statistiken zur Bedrohung des Teutschtums hochstilisiert werden. Von den einen werden die Asylbewerber jetzt öffentlichkeitswirksam außer Landes geschafft, von den anderen werden die Flüchtlinge jetzt öffentlichkeitsmobilisierend versteckt.

Wie immer, wenn es gilt, neue Strategien und Gegenstrategien der Ausländerpolitik zu erproben, ist Westberlin vorneweg. Ist es jetzt die rigorose Ausweisung von Flüchtlingen, so war es das letzte Mal der Versuch, für die Flüchtlinge in Westberlin eine eigene Währung einzuführen. Seit diese Währungsreform am Widerstand der Kirchengemeinden scheiterte, ist die Flüchtlingshilfe in Westberlin ein wesentlicher Bestandteil der kirchlichen Gemeindearbeit geworden.

Als es im Sommer 1986 darum ging, Flüchtlinge vor der drohenden Abschiebung zu schützen, wurden wieder die Gemeinden aktiv. Sechs von insgesamt 30 in diesem Bereich engagierten Kirchengemeinden nehmen die Flüchtlinge auf und verstecken die hier erneut Bedrohten, indem sie dem behördlichen Zugriff entzogen werden, aber den Behörden gleichzeitig mitgeteilt wird, daß die so Verschwundenen versteckt sind.

Mit moralischem Druck auf die Öffentlichkeit versuchen die Pfarrherren, eine Duldung oder ein Bleiberecht für ihre Schützlinge zu erstreiten. Die Bedeutung der Kirche, ihre Macht, schützt sowohl die Flüchtlinge als auch die Kirchenvertreter bislang vor allzu drastischer Bestrafung. Wer trotzdem bestraft werden sollte, so der Berliner Altbischof Kurt Scharf, »leidet um einer höheren Gerechtigkeit willen. Geraten wir durch diese Hilfe an den geflüchteten Fremdlingen in Widerspruch zu vom Staat erlassenen Gesetzen, dürfen wir die Verletzung staatlicher Ordnung nicht scheuen.«

Die engagierten Pfarrer berufen sich, auch wenn sie mal mit einer Flughafenblockade Abschiebungen verhindern wollen, stets auf die Bibel. So können sie von den Behörden auch nicht nach bewährtem Strickmuster zum politischen Feind erklärt werden. Der ist für die Behörden in Westberlin immer noch die Alternative Liste.

Denn erst als Westberlins Innensenator Kewenig, Anfang September letzten Jahres, aus dem Libanon zurückkam und während seines Drei-Tage-Trips urlaubsähnliche Eindrücke von dem Land »wie jedes andere am Mittelmeer« gesammelt hatte, entschloß sich die Alternative Liste zur politischen Offensive. Die Urlaubserinnerungen des Innensenators führten nämlich im Oktober dazu, daß der seit Dezember 1985 bestehende Abschiebestopp in den Libanon aufgehoben wurde, weil Flüchtlinge dort nichts zu befürchten hätten. Das Bayerische Innenministerium zog gleich mit: »Die in den Libanon zurückkehrenden Personen sind keiner größeren Gefahr ausgesetzt als ihre Landsleute, die sich seit Jahren in der ihrer Religionszugehörigkeit und politischen Orientierung entsprechenden Region aufhalten. Dies wird auch durch die anhaltende freiwillige Rückkehr von Libanesen und Palästinensern aus dem Libanon deutlich.« Der so aufgestellten These, daß es eine Steigerung von »tot« nicht gibt, widersprach der Bundespräsident im Januar, als er die westdeutsche Bevölkerung warnte, den Libanon wegen des andauernden Krieges zu besuchen. Der deutsche Tote als Steigerung zum herkömmlichen Toten.

»Gegen diese Behandlung von Flüchtlingen Widerstand zu leisten«, ist das Anliegen der Alternativen Liste, die im Oktober die »Fluchtburg Berlin« ausrief. Jede interessierte Person kann sich seitdem bereit erklären, Geld zu spenden, Flüchtlinge bei Behördengängen zu begleiten oder Notunterkünfte bereitzustellen. Bislang stehen den mindestens 400 von der Abschiebung bedrohten Personen in Westberlin gerade 40 Plätze zur Verfügung, von denen nur sieben beansprucht werden. Bei diesen sieben Flüchtlingen sind die juristischen Mittel ausgeschöpft und die Aufforderung, das Land zu verlassen, liegt

schon vor. Um einer Verhaftung der Flüchtlinge zuvorzukommen, bleibt einzig die Möglichkeit, die Flüchtlinge zu verstecken. Kriterien, wann dieser Entschluß gefällt wird und vor allem von wem, sind wenig offensichtlich .

Es muß aber nicht immer Abschiebung sein, die einen Flüchtling in die Illegalität treibt. Unsicherheiten oder drohende Umverteilung können schon den Ausschlag geben. Der Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge in der Potsdamerstraße erzählte z. B. Raghubir Hajad, daß am Vortag zwei seiner Freunde von sechs Kriminalbeamten in Handschellen abgeführt worden seien. Warum, wußte niemand. Auf Nachfrage bei der Polizei stellte sich dann heraus, daß die zwei nach Bangladesh abgeschoben worden waren. Nachdem die Polizei in dem Wohnheim nochmals aufgetaucht war und auch nach Hajad gefragt hatte, schien die Sache klar zu sein. Noch am gleichen Abend wurde er zu seiner neuen, jetzt aber illegalen Wohnmöglichkeit gebracht. Seine einzige Information war, daß man hier »freundlich zu Ausländern ist und bereit ist, Leuten zu helfen, die in politischen Schwierigkeiten sind.«

An den Sozialhilfesatz angelehnt sind die dreizehn Mark, die den Versteckern pro Tag und Flüchtling gezahlt werden, wenn sie der finanziellen Belastung nicht gewachsen sind. Doch die meisten, die sich zur Hilfe entschlossen haben, tragen auch die Kosten.

Die Flüchtlinge sind in der Illegalität in ihrer Bewegungsfreiheit noch stärker eingeschränkt als vorher. Hajad, nach vier Wochen Illegalität: »Ich lebe die ganze Zeit zu Hause. Das ist zumindest der Effekt in meinem Kopf, das Gefühl, ununterbrochen zu Hause leben zu müssen.« Er erträgt diesen Zustand, auch wenn er »natürlich nicht weiß, was in Zukunft sein wird«. Das weiß auch die Alternative Liste nicht. Auch die erhoffte Öffentlichkeit hat sich bislang noch nicht so richtig eingestellt. Die eigentlichen Forderungen, »Abschiebestopp in den Libanon« und »Bleiberecht für Flüchtlinge aus dem Krieg«, sind bisher noch nicht erfüllt.

Zwar werden gegenwärtig keine Flüchtlinge in den Libanon ausgeflogen, der Grund ist allerdings ein rein technischer: Der Flughafen in Beirut ist geschlossen. Und selbst wenn es einen Abschiebestopp geben sollte, sind die Folgen für die in der Illegalität lebenden Flüchtlinge wie Raghubir Hajad nicht zu übersehen. Für die Behörden sind sie spätestens seit ihrer Flucht in den Untergrund straffällig geworden und haben somit ihr Recht auf Asyl doppelt verwirkt.

Kritiker, selbst innerhalb der AL, sagen dann auch, daß es so keinen Sinn mache. Wenn, dann müßten es schon einige hundert Flüchtlinge und Flüchtlingshelfer sein, um tatsächlichen Druck auf den Senat auszuüben. Sieben versteckte Flüchtlinge jedoch, die mehr symbolischen Wert haben und zudem auch noch mehr oder weniger in der »Fluchtburg« festsitzen. seien aber keinesfalls geeignet, die erklärten Ziele zu erreichen. Für die Menschen, mit denen hier Politik gemacht werde, sei dieses Versteckspiel zynisch und lebensgefährlich. – Operation noch nicht beendet, Patient noch nicht tot.

Im Bundesgebiet entdeckte man »die neueste Hetzkampagne gegen Flüchtlinge« ein wenig früher, schon im August 86: »Der Bundestagswahlkampf wird völkisch-national geführt. Menschen, die keine Lobby haben und nicht wählen können, werden zu Objekten des Wahlkampfes gemacht. Es werden Überfremdungsängste und Rassenhaß geschürt, Überfälle und Brandanschläge nehmen als Folge dieser Hetze zu, auch in Bremen.« Zahlreiche Ausländergruppen und Dritte-Welt-Arbeitskreise in Bremen entschlossen sich zur praktischen Solidarität: »Auch ich will einen Flüchtling schützen ist deshalb unser Aufruf an alle, sich bereit zu erklären, einen Flüchtling vor Zwangsumverteilung, Lagerleben oder Abschiebung ins Heimatland zu bewahren, notfalls einen Flüchtling bei sich aufzunehmen.«

In dem Flugblatt, das die Freie Hansestadt Bremen zur »Freien Flüchtlingsstadt« erklärte, ist anzukreuzen, wie man mithelfen möchte, »die Situation der Flüchtlinge zu verbessern: durch Gespräche, Einladungen usw. die soziale Isolation durchbrechen, einen Flüchtling bei Behördengängen unterstützen, Deutschunterricht erteilen, um den Flüchtlingen die Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu vermitteln, Geldspenden, Sachspenden (Fahrrad, Kinderwagen, Radio etc.), schützen vor Zwangsumsiedlung, Lagerleben, schützen vor Abschiebung...« Ganz nach Zeit, Geld und Mut. Name, Anschrift, Telefon drunter. Fertig?

Los: Viele meldeten sich, boten Hilfe an. Lehrer, Rechtsanwälte, Ärzte, auch viele ältere Menschen entschlossen sich zum Handeln. Eine Öffentlichkeit war wiederhergestellt. Das Engagement sollte nicht nur vom schlechten Gewissen erlösen, sondern erschöpfte sich auch häufig in einem beifälligen Nicken. Es fanden sich aber doch so viele, die es den Bremer Flüchtlingshelfern ermöglichen, in größerem Maß in Aktion zu treten.

Die Palette der juristischen Möglichkeiten ist meist schon durchgespielt, wenn ein Flüchtling erst einmal in Abschiebehaft sitzt. Da der Kampf mit ärztlichen Attesten und mit Petitionen wenig Erfolg verspricht, liegt der Schwerpunkt in einem solchen Fall in der Öffentlichkeitsarbeit, von der man sich durch Mahnwachen, Demos und Besetzungen noch Steigerung erhofft. Das Hauptproblem, »daß wir überhaupt von einer Abschiebung erfahren«, bleibt aber auch für die Bremer bestehen. Diese entscheidende Information wäre nur durch eine undichte Stelle bei den Behörden zu bekommen. Hier fehlt es aber noch an Sympathisanten.

Hat ein Flüchtling allerdings nur die Aufforderung erhalten, die BRD zu verlassen, stehen seine Chancen in Bremen nicht schlecht. Für ein Verschwinden in den Untergrund ist alles vorbereitet. Sollte sich ein Flüchtling zur erneuten Flucht

entschließen, wird ein kleiner Kreis von Personen aktiv. Sie nehmen den Flüchtling dann bei sich auf, wechseln sich aber alle paar Wochen ab, damit die Belastung nicht zu groß wird. In der Zwischenzeit werden Papiere beschafft, um eine reibungslose Ausreise in ein Drittland wie Schweden, Dänemark oder Kanada zu ermöglichen. In Bremen hat man sich auf alle Eventualitäten vorbereitet, auch wenn Abschiebungen in der sozialdemokratisch regierten Hansestadt schon längere Zeit nicht mehr vorkamen. In den weniger akuten Fällen gerät der Flüchtling in die Zuständigkeit der Kirche. Sie versteckt zur Zeit sechs Flüchtlinge. So soll verhindert werden, daß sie in eines der Zentrallager wie in Karlsruhe oder Tübingen zwangsumverteilt werden. Das Vorgehen ist das gleiche wie in Westberlin: Die Flüchtlinge werden versteckt, den Behörden gemeldet und ein Bleiberecht für sie gefordert. Die fünfzehn Bremer Kirchengemeinden halten Platz für 100 Personen bereit.

Diese Zusammenarbeit zwischen Kirche und Flüchtlingsorganisationen besteht nicht nur in Bremen. Nürnberg, Stuttgart, Hannover, Heidelberg, Bielefeld, Tübingen, Hamburg und Erlangen sind ebenfalls Orte, die »Freie Flüchtlingsstädte« werden sollen. Überall will man praktische Hilfe leisten, allerdings nicht ganz so uneigennützig: »Sie sollen mit uns gemeinsam leben und mit uns kämpfen, für eine andere Republik.« In Bremen weiß man auch schon, wie die auszusehen hat. Dort will man zeigen, »daß Frau/Mann nicht das graue, steife, trübe und regnerische deutsche Bremen braucht, sondern ein buntes, sonniges und lockeres Vielvölker-Bremen«. Klingt nach Folklore und Integration. Auch die ausländischen Organisationen, weniger auf Folklore und Integration bedacht, verstecken Flüchtlinge, helfen, illegal und konspirativ und das schon seit Jahren, – aber sie ahnen auch etwas von den Sorgen der Bürger um sie hierzulande.

»Ohne Türken keine Döner«. Plakat eines türkischen Mädchens auf einer Anti-Rassismusdemonstration in Westberlin. Das sehen wir auch so. Wir haben sie schließlich zum Fressen gern.

3.

Konkret 04/87, S. 26

Hans Heinz Heldmann

RASSISMUS IM VERWALTUNGSTAKT

Angesichts »des öffentlichen Interesses an einer Begrenzung der Zuwanderung weiterer Ausländer« schrecken Ausländerbehörden und Gerichte vor nichts mehr zurück. Sie bringen geltendes Recht zur Anwendung

§ 2 Absatz 1 Satz 2 des Ausländergesetzes von 1965 lautet »Die Aufenthaltserlaubnis darf erteilt werden, wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigt.«

Zu den anrüchigen Hinterlassenschaften der Schmidt-Regierung zählt der Kabinettsbeschluß vom 2. Dezember 1981 »Zur sozialverantwortlichen Steuerung des Familiennachzugs zu Ausländern aus Nicht-EG-Staaten« – am Vorabend einer Landtagswahl und vor dem Hintergrund anwachsender Arbeitslosigkeit ein billiges Wahlgeschenk auf Kosten der stimmlosen Minderheit, die einmal im Jahr zum 'Tag unserer ausländischen Mitbürger' auch noch öffentlich verarscht wird Familientrennung und Familienzerrüttung als eine öffentliche Aufgabe im Sozialstaat.

Da hat die Bundesregierung den Bundesländern aufgegeben, folgende Personengruppen vom Familiennachzug auszuschließen: 16- und 1 7jährige ausländische Jugendliche, ausländische Kinder, wenn sich nur ein Elternteil in der Bundesrepublik aufhält, Angehörige von Ausländern, die sich in der Bundesrepublik Deutschland zur Aus- oder Fortbildung sowie als Werkvertragsarbeitnehmer aufhalten, Ehegatten von Ausländern, die als Kinder von Ausländern in die Bundesrepublik eingereist oder hier geboren sind, wenn sie sich nicht bereits mindestens acht Jahre ununterbrochen hier aufhalten und die Ehe nicht bereits ein Jahr besteht.

Geschwind hat sich an dem neuen Menschen-Mißhandlungs-Instrument »Familiennachzugsrichtlinien« Jagdeifer von Ausländerbehörden entfaltet, Ehen zu trennen und Familien zu spalten. Und in wunderbarer Weise hat die Verwaltungsrechtsprechung, diese Variante von Ausländerpolitik verrechtlicht, ohne daß das eines Strichs des Gesetzgebers bedurft hätte, weil unser Ausländergesetz von 1965 für jedes Wetter taugt das Eheleben des ausländischen Arbeiters in der Bundesrepublik darf erst beginnen, wenn seine Ehe in einjähriger Ehetrennung als bestandsfest sich erwiesen hat, und in Baden-Württemberg und in Bayern müssen unsere ausländischen Mitbürger, drei Jahre Abstinenz vorweisen.

In unserem Familienrecht hingegen begründen solche Ehetrennungsfristen die Vermutung des Gesetzgebers für die unheilbare Zerrüttung der Ehe und ihr Scheitern. Die Trennung von Ehepartnern und von Eltern und Kindern zählt jetzt zu den »Belangen der Bundesrepublik Deutschland«. Daran ändert auch Artikel sechs des Grundgesetzes nichts »Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvorderst ihnen obliegende Pflicht...« Und es hohnlacht Herr Zimmermann noch heute gelte es doch, dem Kabinettsbeschluß der sozial-liberalen Regierung zu folgen! Und weiterhin erfreuen ihn die tumben

Sätze, so wie neulich vor der Wahl, als sie öffentlich sich blähten und um Anerkennung buhlten Sie hätten es geschafft, die Flüchtlingsschneise aus der DDR zu schließen – nicht ahne dabei, einen Tonfall leiser, zum Grundrecht auf Asyl sich zu bekennen.

Im schönen Miltenberg am Main waltet seines Amtes als Leiter der Ausländerbehörde Herr Oberinspektor Strobel. Der sorgt sich sehr um seine Klientel. Der nimmt sein Amt sehr ernst. Er ist einer, der voll da ist, wenn der Tag beginnt, und auch das Ungemach nicht scheut, Nachbarn und Vermieter zu befragen, wie's denn seinen Ausländern so geht im schönen Miltenberg am Main.

Der türkische Arbeiter T. ist als Zwölfjähriger 1974 zu seinen Eltern in die Bundesrepublik gekommen, und seitdem lebt er hier. Seit achteinhalb Jahren arbeitet er am selben Arbeitsplatz. Am 20. Januar 1984 hat er geheiratet, aber vorschriftsmäßig seine türkische Ehefrau in der Türkei zurückgelassen. Seit einem Jahr haben sie eine Tochter. Als die drei Monate alt war wollten sie von nun an zusammenleben; im Sprengel des Herrn Strobel. Zwar wollte das Generalkonsulat in Izmir die Familienzusammenführung erlauben, aber die notwendige Zustimmung der örtlichen Ausländerbehörde bekam es nicht. Dann sind Frau T. und ihr Baby Mit te September 1986 mit einem Besuchervisum eingereist. Rechtzeitig vor dem Ablauf ihres Visums hat sie bei der Ausländerbehörde die Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis beantragt. Das hat die Ausländerbehörde mit ihrem Bescheid vom 16. Dezember 1986 verweigert der Ehemann besitzt keine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung, die Ehe besteht noch nicht drei Jahre.« In der Tat hat die Ausländerbehörde Herrn T. die beantragte Aufenthaltsberechtigung bisher versagt, weil ihm eine Verkehrsstrafsache anhänge. Und richtig ist die Rechnung: Bis zum Ablauf der ausländerrechtlichen Eheerprobungszeit fehlten noch fünf Wochen an drei Jahren.

Und dann setzte diese Behörde noch eins drauf: Sie hat Frau T. auch ausgewiesen: »Nachdem die Ausländerin bereits 1985 versucht hatte, ihren dauernden Aufenthalt im Bundesgebiet unter mißbräuchlicher Verwendung eines Touristensichtvermerks zu erlangen, sah sich die Ausländerbehörde zur Verhinderung weiterer Versuche gehalten, die Ausweisung anzuordnen, wobei nicht verkannt wird daß zu gegebener Zeit (ca. zwei bis fünf Jahre) bei einem Verbleib des Ehemannes im Bundesgebiet über eine Befristung der Ausweisung zu entscheiden sein wird.« § 15 Ausländergesetz sagt: »Einem Ausländer, der ausgewiesen oder abgeschoben worden ist, dorf keine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.«

Als die Behörde darauf kam, daß diese Insubordinationsstrafe gegen die junge Türkenfrau unter keinen der gesetzlichen Ausweisungstatbestände in § 10 Ausländergesetz paßt, hat sie sich zu helfen gewußt: Sie hat bei der Staatsanwaltschaft ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen Frau T. wegen Verstoßes gegen § 47 des Ausländergesetzes angezettelt.

Sag' keiner dem Herrn Behördenleiter nach, um das Kind hätte er sich nicht gekümmert »Die Ausreisepflicht war auch gegen das Kind S. festzusetzen, da es gleichfalls im Wege der Familienzusammenführung mit der Mutter in die Bundesrepublik Deutschland eingereist ist.«

Folgt man dem Bundesverfassungsgericht, dann läßt Artikel 6 Abs. I GG eine Relativierung des Eheschutzes noch Ausländereigenschaft nicht zu: »Anders als einige andere Grundrechtsbestimmungen enthält Art. 6 Abs. 1 GG keine Beschränkung auf Deutsche.« Folgt man dem Bundesverfassungsgericht, dann erlaubt die Verfassung keine gesetzliche Einschränkung von Artikel 6 Abs. 1 GG: »Das umfassende an den Staat gerichtet Schutzgebot der Vorschrift ist weder durch einen Gesetzesvorbehalt noch auf andere Weise beschränkt.« Folgt man den Verfassungsgrundsätzen der Gewaltenteilung und der Gesetzesbindung der Verwaltung und der unmittelbaren Bindungswirkung der Grundrechte, dann kann nicht ein Innenminister durch einen Verwaltungserlaß ein Grundrecht einschränken, wenn nicht einmal der Gesetzgeber das darf.

Ob nicht wenigstens ihr Kind hier rechtlich etwas zu kurz gekommen sei, fragen die Eltern. Das müßte ich bejahen, wenn ich mich an den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Recht des Kindes orientierte daß jedes Kind ein Wesen mit eigener Menschenwürde und dem eigenen Recht auf Entfaltung seiner Persönlichkeit; daß für die Entwicklung des Kindes die Familiengemeinschaft mit seinen beiden Eltern »schlechthin unersetzlich« ist, die am ehesten gewährleiste, »daß das Kind zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit heranwächst und fähig ist, in einer Gemeinschaft zu leben« »daß die Dauerhaftigkeit familiärer Sozialbeziehungen heute als entscheidende Grundlage für eine stabile und gesunde psychosoziale Entwicklung des heranwachsenden Menschen angesehen wird«.

Das müßte ich also bejahen, wenn nicht eherner Bestand ungeschriebenen Rechts geworden wäre, daß Grundrechte von Ausländern in der Bundesrepublik der Ausländerverwaltung zur Disposition stehen, oder, um das mit dem Text einer hessischen Ausländerbehörde kurz und bündig zu erklären: »Das Vorhandensein kleiner Kinder ist für sich allein nichts Besonderes. Wollte man der Argumentation des Klägers folgen, so hätten es ausländische Ehepaare in der Hand, sich nach Belieben durch Zeugung eines Kindes ein Aufenthaltsrecht zu verschaffen.«

4.

Konkret 04/87, S. 28

Urs Zwicky

ABSCHIEBEN - SO ODER SO

Die Schweiz ist sauber und neutral. Das soll so bleiben. Flüchtlinge werden hier selten aufgenommen, doch eine merkwürdige Koalition von Christen und Linken gewährt den Asylsuchenden Gastrecht - ein privates Recht auf Asyl

In der Schweiz ist die Asyl- oder besser Abschiebepolitik Gegenstand immer härterer innenpolitischer Auseinandersetzungen. Dafür ist nicht nur die absehbare Verschärfung des Asylrechtes verantwortlich die mehr Flüchtlingslager, mehr Polizeiwillkür, mehr Abschiebungen und die Schließung der lebensrettenden Grünen Grenze nach sich ziehen wird – ein Volksentscheid findet am 5. April statt. Schon die jetzige Gangort der Behörden gegenüber Asylbewerbern hat zahlreiche private und kirchliche Flüchtlingsbewegungen entstehen lassen, die abgewiesene und von Abschiebung bedrohte Asylbewerber verstecken.

Im Kanton Bern etwa entschlossen sich 20 Kirchengemeinden zum Schutz von 40 gefährdeten Tamilen, obwohl den Pfarrherren Geldstrafen und Gefängnis drohen. Amnesty International hat in diesem Zusammenhang zum ersten Mal in seiner Geschichte eine weltweite Kampagne gegen ein westliches Industrieland gerichtet.

Auch in der französischsprachigen Schweiz kam es zu einer Polarisierung in der Asylfrage, als im vergangenen Jahr Bürger Patenschaften für neun abgewiesene und untergetauchte Flüchtlinge übernahmen. Noch weiter zurück liegt der Protest von 52 Chilenen, die im September 1985 die Zürich-Seebacher Markuskirche besetzten und mit einem Hungerstreik gegen die drohende Abschiebung nach Chile protestierten. Auch die Lausanner Kirche St. Amedée öffnete im Dezember 1985 ihre Türen für 64 Menschen aus Zaire, der Türkei und Chile, denen Abschiebung drohte.

Ihre harte Linie gegenüber Flüchtlingen vertraten Landesregierung und insbesondere die für Asylpolitik verantwortliche Bundesrätin Kopp auch bei einer internationalen Konferenz zur Koordinierung der Abschreckungs- und Abschiebepolitik, die im Februar in Bern stattfand. Sie beruft sich auf Volksmeinung und Rechtsstaat. Gemeint sind damit Hetzkampagnen der Boulevardblätter und die behördlichen Asylentscheide. Was davon zu holten ist, zeigt das vorgeschriebene Pflichtsoll der entscheidenden Beamten 75 Prozent der Arbeitszeit sollen zur Redaktion negativer Asylentscheide verwendet werden, für positive Entscheide nur fünf.

Mord und Folter sind dabei längst nicht Grund genug für Asyl Einem Tamilen, dessen Bein von Militärs durchschossen worden war, beschieden die Berner Behörden, daß der Durchschuß »nicht als eine gegen ihn persönlich gerichtete behördliche Maßnahme angesehen werden kann«. Ein anderer Tamile wurde in Sri Lanka fünf Stunden lang an den Beinen aufgehängt und geschlagen. Bern kommentierte, dies sei nicht möglich, ohne das Bewußtsein zu verlieren . Der Asylbewerber habe das nicht erwähnt, die Geschichte samt Asylgesuch sei damit unglaubwürdig und abzulehnen.

Die »Aktion für abgewiesene Asylbewerber« (AaA), die zuvor in aller Stille Flüchtlinge versteckt hatte, sucht nun die Konfrontation mit den Behörden. Eine Agenturmeldung: »Der Ostermundinger Arzt Peter Zuber und seine Frau sind im schlimmsten Fall bereit, sich mit Handschellen an ein abgewiesenes Paar aus Zaire zu fesseln, falls die Behörden auf dessen Rückschaffung noch Zaire bestehen sollten.«

Gegründet wurde diese Organisation im November 1984. Damals beschloß der Schweizer Bundesrat die Abschiebung aller abgewiesenen tamilischen Flüchtlinge nach Sri Lanka. Heute arbeiten über 10.000 Aktivisten in der AaA. 2.000 Privatasylplätze stehen zur Verfügung, insgesamt 500 Flüchtlinge wurden bereits aufgenommen bzw. versteckt und 200.000 Franken aufgebracht. Den durch Rückschaffung Bedrohten gewährt die Organisation in privaten Unterkünften Asyl. Innerhalb von etwa drei Monaten wird dann die Ausreise der Abgewiesenen in ein Drittland vorbereitet, das den Flüchtlingen ein Aufenthaltsrecht gewährt.

Jedem, der abgewiesene Asylbewerber illegal beherbergt, droht in der Schweiz eine Strafe von bis zu 10.000 Franken oder Gefängnis. Inzwischen laufen verschiedene Prozesse gegen das Ehepaar Zuber und andere Aktivisten der AaA, darunter Pfarrer, Professoren und Regierungsräte. Offensichtlich ist die Justiz aber wegen des mobilisierenden Effekts nur selten daran interessiert, solche politischen Prozesse voranzutreiben. Ein Berner Staatsanwalt und ein Untersuchungsrichter, ebenfalls auf der Liste von 1.500 möglichen Angeklagten, haben säuberlich errechnet, daß allein die Vernehmung sämtlicher Angeklagter vier Jahre dauern würde.

»Faktisch wird die AaA von den Behörden geduldet«, sagt Peter Zuber, »denn bisher wurde noch kein einziger Privatasylplatz von der Polizei ausgehoben. Heute nimmt jedoch die Privatasylbewegung stark zu, und die öffentliche Konfrontation wird so heftig, daß die Gerichte gezwungen sind einzuschreiten, obwohl sie kein großes Interesse daran haben.« Die noch weiche Haltung der Behörden gegenüber der Aktion für abgewiesene Asylbewerber hat allerdings einen perfiden Grund Die rücksichtslose Abschiebepolitik ist vielen Bürgern und Bürgerinnen zuwider. Durch das Verstecken und

vor allem durch die Flucht in Drittländer, wird das Problem auch für die Behörden entschärft. Ihr Ziel, Abschiebung, haben sie damit erreicht.

Sogar einzelne Gemeindebehörden und Polizeibeamte unterstützen die AaA. Sie drücken ein Auge zu wenn ihnen der Aufenthalt eines Versteckten in der Gemeinde bekannt ist, oder sie warnen die Gastgeber vor einer Polizeirazzia. Eine der Stärken der Organisation sind die Beziehungen zu hohen Verwaltungskadern, von denen Informationen und Vorwarnungen kommen.

Für Peter Zuber ist die Organisation politisch, jedoch nicht subversiv. Nicht alle Mitarbeiter der AaA haben ein linkes, kritisches oder auch nur gebrochenes Verhältnis zur Obrigkeit.

Die Tatsache, daß die Aktion nicht als Vereinigung linker Chaoten und Geiselnehmertypen angesehen werden kann, begründet wohl auch die Unfähigkeit der Politiker, mit dieser Asylbewegung entsprechend umzuspringen. Die Aktion hat es wie keine zweite in der Schweiz geschafft, daß sich Behörden bis hinauf zum Bundesrat mit ihr herumschlagen müssen und es, trotz der in der Schweiz seltenen Koalition von Christen und Linken, bisher weder zu Spaltungen noch zu Vereinnahmungen gekommen ist.

Konkret 04/87, S. 30

Otto Köhler

Kommandozentrale

Die Deutsche Bank ist über alles, über alles zumindest in der Welt der Bundesrepublik Deutschland. Eine neue Veröffentlichung über dieses Imperium stellt die Coups der letzten Jahre dar: Daimler, Springer, Flick

Zornig gab sich der 85jährige Ehrenvorsitzende der Deutschen Bank. »Die verbrecherische Neigung«, erregte sich Hermann Josef Abs auf der Jahresversammlung der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf, »ein Unternehmen mit dem Geld des übernommenen Unternehmens zu bezahlen, hat in Deutschland noch nicht Platz gegriffen, während wir das Unheil schon in den USA und England haben . « Aber, so hob Abs warnend seine Stimme, »auch in Deutschland stehen die Räuber vor der Tür.«

Der Mann hat keine Ahnung und müßte doch alles viel besser wissen, wenn es um Räuber geht, wie er sie meint. Denn die sind schon seit 55 Jahren mitten im Land, und er kann sagen, daß er sich in ihrer Höhle ein halbes Jahrhundert lang wohl gefühlt hat.

Abs nannte keinen Namen. »Welt am Sonntag« holt das nach: Die Räuber sollen der Deutsch-Kanadier Karsten Bodo von Wersebe und der Schweizer Werner K. Rey sein und das Opfer die ertragsreiche Harpener AG mit ihrer 130jährigen Tradition. Der Kanadier – von Banken vorfinanziert – hatte die Aktienmehrheit an der Harpener im Frühsommer '86 für 500 Millionen erworben und ein halbes Jahr später für 565 Millionen an den Schweizer weiterverkauft. Die Regierung, empörte sich der Ehrenvorsitzende in Düsseldorf, hätte allen Grund, »sehr sorgfältig aufzupassen, um diese verbrecherischen Neigungen zu stoppen, ehe sie noch mehr Unheil anrichten.«

Spät kommt er, der Greis und seine Bank, viel zu spät. Im Sommer 1931 gelüstete es Friedrich Flick, die Harpener AG in sein Reich einzuverleiben. Doch das dickste Aktienpaket der Harpener für nominell 36 Millionen lag im Tresor der Rheinbraun AG, und Paul Silberberg, Aufsichtsrats-Vorsitzender und Mehrheitsaktionär. wollte es nicht herausrücken. Also kaufte Flick auf Pump für 21 Millionen eine 25 /%-Sperrminorität bei Rheinbraun auf, verbündete sich mit Albert Vögler, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der RWE, die ebenfalls über eine Sperrminorität bei Rheinbraun verfügte. Und während Silberberg Vögler noch für seinen Freund hielt, hatten sich der und Flick längst geeinigt, und die Zeitläufte spielten mit. Die Nazis machten aus dem Protestanten Silberberg schleunigst einen Juden: Der gab auf und emigrierte. Flick aber gab seine auf Pump gekaufte Sperrminorität bei Rheinbraun an die RWE ab und bekam dafür das 36-Millionen-Paket an der Harpener, hatte aber auch mit eigenen 5 Millionen Harpener Aktien nur 45,8 Prozent des Kapitals. Doch da bei der Hauptversammlung der Aktionäre nicht mehr als 70 Millionen Kapital vertreten waren, konnte Flick sich zum Aufsichtsratsvorsitzenden wählen lassen und setzte einen willfährigen Harpener-Vorstand ein. Mit einem Trick wurde das Grundkapital der Harpener um ein Drittel reduziert, es gab dafür Schuldverschreibungen, die Flick dazu nutzte, sich eine Mehrheit von 60 Prozent des herabgesetzten Grundkapitals der Harpener zusammenzukaufen .

Doch ohne fremde Hilfe hätte auch Flick das nicht geschafft. In diesen Tagen erscheint im Frankfurter Campus Verlag ein Buch, in dem steht, daß es sich bei dem damaligen Raubzug gegen die Harpener AG um eine »gemeinsame Transaktion von Flick und Deutscher Bank« handelte, jener Institution also, deren Ehrenvorsitzender heute gegen die Räuber wettert. »Was gut ist für die Deutsche Bank, das ist auch gut für die Deutsche Bundesrepublik.« Diesen Sinnspruch des Mannes, der andere Verbrecher nennt, steht dem Buch von Hermannus Pfeiffer über »Das Imperium der Deutschen Bank« (212 Seiten, 24 Mark) voran. Pfeiffer ist Mitglied des Hamburger Instituts für Sozialforschung, das schon mit der Publikation der OMGUS-Berichte der US-Militärregierung über die kriminellen Aktivitäten der Deutschen Bank in der Nazizeit hervorgetreten ist. Damals hat das Geldinstitut im Ausland ganz schön viel mitgehen lassen. Pfeiffers Buch beschränkt sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank innerhalb der BRD während der letzten Jahre.

Die Deutsche Bank ist heute die Kommandozentrale der Republik. Ihre Bilanzsumme von 237 Milliarden Mark bewegt sich in den Dimensionen des Bundeshaushalts und erreicht ein Geschäftsvolumen, das vier- bis fünfmal größer ist als das der führenden Industriekonzerne. Unter den Großen Drei – Deutsche, Dresdner, Commerzbank – ist sie die größte. Während sich in den Jahren von 1970 bis 1985 der Umsatz des warenproduzierenden Gewerbes etwas mehr als verdoppelte und das Bruttosozialprodukt sich verdreifachte, stieg in derselben Zeit die Bilanzsumme der Deutschen Bank um das Sechsfache an. Ein Viertel des bundesdeutschen Außenhandels und ein Drittel der Geschäfte mit den sozialistischen Staaten laufen über die Konten der Deutschen Bank, die 1946 nach einer Empfehlung der US-Militärregierung aufgelöst, deren verantwortlicher Mitarbeiter als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt und deren leitende Mitarbeiter für immer von der Übernahme wichtiger Positionen im politischen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden sollten.

Doch nach ihrem Selbstverständnis ist die Deutsche Bank heute eine durch und durch demokratische Institution. In einer Selbstdarstellung »Wem gehört die Deutsche Bank?« wird deutlich, daß 153.900 »Arbeitnehmer und Pensionäre« die überwältigende Mehrheit der Eigentümer der Deutschen Bank stellen, gefolgt von 34.600 Hausfrauen. Daß in dieser

Arbeiter- und Hausfrauen-Bank auch lumpige 5000 »institutionelle Anleger und Unternehmer« Miteigentümer sind, kann und soll man getrost vergessen, zumal ein Hinweis auf den etwas größeren Eigentumsanteil doch nur dem gefährlichen Neiddenken der unteren Klassen entspräche.

Aber, was ist schon Eigentum? Die Frage ist nicht, wem gehört die Deutsche Bank, sondern: Wer kontrolliert sie? Sie kontrolliert sich selbst, sagt Pfeiffer, und belegt das mit der Stimmverteilung des vertretenen Kapitals auf ihrer Hauptversammlung vom Mai 1983. 47,2 Prozent dieses Kapitals hielt die Deutsche Bank selbst – die nächstkleineren Stimmblöcke hatten die Dresdner Bank mit 8,6 Prozent und die Commerzbank mit 5,5 Prozent. Den Rest hielten in noch kleineren Anteilen weitere Banken und 4,9 Prozent Kleinaktionäre .

Zwar ist der Besitz der Großbanken an eigenen Aktien vom Gesetz her kräftig eingeschränkt – doch die Aktien werden an befreundete Unternehmen abgegeben, die entweder selbständig im Sinne der Bank abstimmen oder ihr gleich das Stimmrecht übertragen. So ist es nicht erstaunlich, daß Abstimmungen auf Hauptversammlungen nach gutem Brauch mit 99prozentigen Ergebnissen enden. So ist die Deutsche Bank der höchste Souverän in unserem Land.

Der höchste Souverän braucht auch die höchste Schlagkraft. Diesem Ziel dienten die Operationen der Deutschen Bank von Anfang 1985 bis Anfang 1986, die Pfeiffer in seinem Buch beschreibt:

- den Ausbau von Daimler zum mächtigsten Rüstungskonzern der Republik und

- die Übernahme der Kampfpresse des Springer-Konzerns in eigener Regie sowie

- die Liquidierung des Flick-Problems, das schon etwas zu streng und zu öffentlich roch.

Seit der Fusion von Daimler und Benz im Jahre 1926 ist der so erstandene Konzern fest in den Händen der Deutschen Bank. Ihre Chefs hielten fast ununterbrochen den Aufsichtsratsvorsitz von Daimler. Die MTU als Schlüsselbetrieb der bundesdeutschen Rüstungsindustrie – der erste Daimler-Erwerb des Jahres 1985 – gehörte schon zur Hälfte dem Autokonzern, die andere Hälfte lag bei der MAN Maschinenfabrik. Und die dachte gar nicht daran, sie herauszurücken, obwohl sie gewisse Finanzierungsprobleme hatte. Wie kam es dann aber, daß die MAN wollte, was sie nicht wollte? Die Deutsche Bank trieb den Denkprozeß voran – vier MAN-Aufsichtsräte sitzen auch in den Gremien der Deutschen Bank und wissen darum am besten, wessen Interessen am meisten zählen. Man kann sich, schreibt Pfeiffer, die Verhandlungsrunde auch so vorstellen: »Die Deutsche Bank (alias Daimler Benz) verhandelt über die Deutsche Bank (alias MTU) mit einem engen Freund namens Deutsche Bank (alias MAN).« Und das immer sehr einfallsreiche Bundeskartellamt stimmte diesem Konzentrationsprozeß zu, weil er »dekonzentrativ« wirke.

Jetzt brauchte man – zwecks weiterer Dekonzentration – noch einen Rüstungsbetrieb für Daimler, der laut »Spiegel« als »Deutschlands heißester Tip für eine SDI-Beteiligung« gilt: den Familienbetrieb Dornier. Der hatte sich 1983 sein Ende selbst ins Haus geholt, indem er das 1980 in Ruhestand getretene Vorstandsmitglied der Deutschen Bank Hans-Otto Thierbach zum Aufsichtsratsvorsitzenden machte. Ein Familienkrach der Dorniers erleichterte die Transaktion. Der Mannesmann-Konzern, der sich auch für Dornier interessierte, pfiff sich selbst zurück, er gehört zur Finanzgruppe der Deutschen Bank. Und das Bundeskartellamt erhob keinen Einwand: Dornier wurde das zweite Hochrüstungsbein von Daimler.

Fehlte das Hirn – doch das hatte die Deutsche Bank längst schon der Dresdner abgenommen. Es entstammt nämlich der Vergleichsmasse der schwersten bundesdeutschen Nachkriegsinsolvenz, der AEG. Sie gehörte einst zur Finanzgruppe der Dresdner Bank. Bei der AEG-Sanierung mußten alle draufzahlen: die Beschäftigten zuerst, die kleinen Lieferanten. Nur die Großbanken machten mit der AEG das große Geschäft – sie holten trotz Vergleich noch, wie Pfeiffer errechnet, 2,5 Milliarden Mark Überschuß heraus. Doch die Dresdner, damals noch von ihrem Nichtskönner Friderichs geführt, mußte sich ausbooten lassen. Friderichs, Aufsichtsratsvorsitzender der AEG, mußte einem Vertrauensmann der Deutschen Bank Platz machen, die mit einer kräftigen Fraktion in den Aufsichtsrat eingezogen war.

Und dann ging es los: Vorstandschef Heinz Dürr, der von der Dresdner zur Deutschen Bank kippte, mußte zuerst die Perle des gesamten Konzerns, die ANT Nachrichtentechnik, an eine Gesellschaft von Freunden der Deutschen Bank verkaufen: Bosch, Mannesmann und Allianz. Andere bekamen auch noch ihr Stück aus der AEG-Torte: Siemens etwa den KWU-Anteil der AEG. Und was übrig blieb, war dann genau zurechtgeschnitten, um den Kopf des neuen Rüstungsgiganten von Daimler zu bilden. Im Februar '86 übernahm Daimler – und das heißt natürlich immer die Deutsche Bank – die Führung bei der AEG.

Wer die Macht hat, möchte natürlich, daß die Leute auch nach seiner Weise beten lernen. Dazu ist ein Zeitungskonzern gut – der größte am besten. Nun war der Einfluß der Deutschen Bank in der Medienlandschaft schon immer groß. Bertelsmann gehört zu ihrer Finanzgruppe – Reinhard Mohn saß im Beirat der Deutschen Bank und der Bank-Vorstand Horst Bugard wirkte als Aufsichtsrats-Vize im Medienkonzern. Ähnlich lief es auch bei der Bertelsmann-Tochter Gruner +Jahr und beim Holtzbrinck-Konzern, zu dem wiederum die Verlage Rowohlt, Fischer, Droemer-Knaur und Kindler gehören. Doch das saftigste Stück, die Springer-AG, landete zu 49% im Mai 1985 auf dem Teller der Deutschen Bank. 26,1 % des Kapitals

hatten die Erben behalten, 24,9% das Haus Burda und die restliche Hälfte sollte die Deutsche Bank eigentlich unters Volk bringen. Sie verkündete, sie werde sich nicht an Springer beteiligen, sie wolle nur Makler sein und auch keinen Sitz im Aufsichtsrat einnehmen. Kurz darauf kam die Meldung: »Neu bestellt wurde für den Aufsichtsrat nunmehr nach Angaben des Verlags Dr. F. Wilhelm Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank.«

Gebündelten Bank-Einfluß üben im Springer-Aufsichtsrat neben Christians aus: Johannes Semler, Vorstand der von der Deutschen Bank gegründeten Mercedes-Automobilholding. Horst Kramp, Vorstand der Schering AG, die wiederum durch Beiräte eng verbunden ist mit der Deutschen Bank. Michael Otto, Chef des Otto Versands und zugleich Beirat der Deutschen Bank.

Sie vertreten 8000 »freie Aktionäre«, unter ihnen »1000 Hausfrauen«. Sparsame Hausfrauen, denn jede von ihnen mußte beim Verkauf der Springer-Aktien mindestens hundertmal 335 Mark auf den Tisch legen. Weniger verkaufte die Deutsche Bank nicht pro ausgesuchten Kunden, die schon Tage vor dem Verkaufsbeginn auf Reservierungslisten standen. Nach einem Tag war der Verkauf beendet und das Stimmrecht – darauf kommt es ihr an – liegt fast immer im Depot der Deutschen Bank.

Und so lief es auch, als Friedrich Karl Flick seinen Fünf-Milliarden-Bettel zum Ende des Jahres '85 hinschmiß. Dieser Verkauf war, sagt Pfeiffer, »eine weitere Zentralisation um die Deutsche Bank.« Offiziell werden zwar die Flick-Aktien – ebenso wie die Springer-Aktien – weiter verkauft. An Freunde des Hauses und an eine Massenkundschaft der 6,4 Millionen DB-Kunden, die dann ihre Aktien wieder in das Depot der Deutschen Bank legen und ihr so das Stimmrecht sichern, ohne daß sie dafür zahlen muß.

Denn entscheidend ist nicht der nominelle Besitz, sondern Verfügbarkeit über das Wirtschaftsland. Fast genau auf denselben Tag im März wurden zwei wichtige Personalentscheidungen bekanntgegeben. Bei der »Welt«, dem neuen Flaggschiff der Deutschen Bank, mußte der Nichtskönner Kremp »auf eigenen Wunsch« als Herausgeber gehen. Als sein Nachfolger wird Johannes Gross aus dem DB-Finanzierungsbereich Gruner + Jahr in den DB-Finanzierungsbereich Springer versetzt. Bei Daimler muß Vorstandsvorsitzender Breitschwerdt etwas beiseiterücken und einem gleichberechtigtem Stellvertreter Platz machen. Vorstandsmitglied Edzard Reuter, der bisher wegen eines SPD-Parteibuchs nie ganz hochkommen durfte, wurde von Alfred Herrhausen befördert – der tüchtige Sozialdemokrat war mit seiner Organisation der Hochrüstungs-Synergie zwischen Daimler, AEG, MTU und Dornier »in neue Dimensionen« (»Die Welt«) vorgedrungen.

Konkret 04/87, S. 32

Konrad Ege

Jeder Schritt unter Kontrolle

In den USA sind die Kassen leer end die Knäste voll, in etlichen Bundesstaaten werden Verurteilte nach Hause geschickt und durch ein elektronisches Überwachungssystem, das sie am eigenen Leib zu tragen haben, unter Hausarrest gestellt. Doch das ist erst der Anfang. Die Pläne nicht nur dieses Überwachungsstaats gehen noch viel weiter

Erstes Beispiel:

John D. in Chicago hat eine Erektion. Ein Sensorengerät an seinem Penis teilt dies über Funk umgehend dem Zentralcomputer der Polizeibehörde mit, zwei Beamte setzen sich in einen Streifenwagen und greifen D. auf. Ein an D.´s Handgelenk gebundenes Funkgerät hat ihnen seinen Aufenthaltsort verraten. Die Polizisten wollen sich vergewissern, daß der auf Bewährung freigelassene Sextäter D. nicht rückfällig wird. Vom Arzt verschriebene Pillen halten ihn normalerweise in einem Zustand des sexuellen Desinteresses.

Zweites Beispiel:

Eine Prostituierte in Florida wird verhaftet, als sie ihrem Gewerbe nachgeht. Es stellt sich heraus, daß sie AIDS hat. Wegen »Ansteckungsgefahr« nimmt der örtliche Sheriff die Frau nicht in U-Haft. Freilassen will er sie jedoch auch nicht, um sie am Arbeiten zu hindern und unter Quarantäne zu stellen. Deshalb verpaßt er ihr ein mit einem Radiosender ausgestattetes Band um ihren Fußknöchel und stellt sie unter Hausarrest. Der Radiosender schickt alle 35 Sekunden ein Signal über ihr Telefon an den Zentralcomputer auf der Polizeistation. Wird das Signal unterbrochen, weiß der Sheriff, daß die AIDS-Kranke entweder ihre Wohnung verlassen oder das Band abgenommen hat. In beiden Fällen kann er sofort in Aktion treten und die Quarantänebedingungen wiederherstellen.

Phantasien über einen elektronischen Überwachungsstaat der Zukunft? Beispiel Eins bis jetzt noch, Beispiel Zwei: Nein. Denn so geschehen vor zwei Jahren im US-Bundesstaat Florida. Und Beispiel Eins könnte in nicht allzu ferner Zukunft Wirklichkeit werden: Elektronische Überwachung ist das neue Schlagwort im US-amerikanischen Strafvollzug. Kriminelle und auf Bewährung Freigelassene sollen zu Hausarrest verurteilt und mit Hilfe elektronischer Sender von der Polizei überwacht werden. Derartige Electronic-monitoring-Programme laufen in den USA schon seit 1983, entwickelt werden sie schon seit über zwei Jahrzehnten.

Sperrt Euch selbst ein!

Viele Direktoren der mit mehr als 800.000 Insassen überfüllten US-amerikanischen Gefängnisse und überarbeitete Sheriffs sehen elektronische Überwachung als billige Lösung ihrer Probleme: Verpaßt den Gefangenen »elektronische Handschellen«, und laßt die Delinquenten sich selber in ihrer Wohnung einsperren! Weiter denkende Strafvollzugsexperten sehen mehr: Ein potentielles Überwachungssystem, mit dem hunderttausende straffällig gewordener Bürgerinnen und Bürger an einer elektronischen Kette gehalten werden, die die Organe des Staates auch über den Tagesablauf, das Arbeitsverhalten wie das Lustverhalten der so Überwachten unterrichten kann.

Benutzt wurde Electronic monitoring im US-Strafvollzug erstmals 1983 im Bundesstaat New Mexico. Drei Verurteilten (zwei wegen Trunkenheit am Steuer, einer wegen Unterschriftenfälschung) hatten die Wahl zwischen - Haftstrafe und Hausarrest plus elektronischer Überwachung. Die drei entschieden sich für Hausarrest – angesichts der Brutalität in den überfüllten Gefängnissen auch dieses Bundesstaates dürfte ihnen die Entscheidung nicht schwer gefallen sein. Der zuständige Richter ließ ihnen ein Fußknöchelband mit einem zigarettenschachtelgroßen Sender umbinden, dessen Signale von einem Empfänger aufgenommen und über das Telefon an den Polizeicomputer weitergeleitet wurden. Der Sender am Fuß hatte eine Reichweite von nur 20 Metern. Hätte sich einer der drei weiter vom Telefon entfernt oder das Gerät abgenommen, hätte der Polizeicomputer Alarm geschlagen und der Betroffene seine Gefängnisstrafe antreten müssen. Die drei Verurteilten mußten zudem ein paar Dollar am Tag für das Privileg bezahlen, sich selbst unter Arrest stellen zu dürfen.

Das Experiment bewährte sich. In 30 US-Bundesstaaten wird Hausarrest mit elektronischer Überwachung benutzt. Und alle sind zufrieden: Die Justizbehörden, weil das System billig ist: nach Anschaffung der Instrumente, die auch gemietet werden können, unter zehn Dollar pro Klient am Tag; die Verurteilten, weil sie die relative Freiheit des elektronischen Armbands und/oder Hausarrests der Knastzelle vorziehen; und vor allem die Herstellerfirmen, weil sie ein Riesengeschäft erwarten.

»Hervorragende Investition«

Ein gutes Dutzend Unternehmen hat sich auf das Herstellen und den Verkauf der Electronic-monitoring-Geräte für Personen unter Hausarrest spezialisiert. Etwa

- Digital Products in Ft. Lauderdale, Florida. In diesem System ruft ein Polizeicomputer den Armbandträger in unregelmäßigen Abständen an; er muß dann als Beweis seiner Präsenz in der Wohnung eine an das Armband befestigte Marke in einen mit der Wache verbundenen Sender einlegen.
- Cost-Effective Monitoring System in Urbana, Illinois. Hier sendet das Armband ununterbrochen, und Polizeibeamte können dem Träger oder der Trägerin aus größerer Entfernung folgen und überprüfen, ob er oder sie zu Hause ist.
- BI, Inc. in Boulder, Colorado, dessen System dem New-Mexico-Modell gleicht. Ein Informationsblatt des Unternehmens bezeichnet das Überwachnungsgerät mit dem Markennamen »Home Escort« als eine »hervorragende Investitionsgelegenheit«. Nicht ohne Wirkung: Der Computerriese Control Data Corporation und der Chemiekonzern Eli Lily haben massenweise BI, Inc.-Aktien gekauft.

BI-Präsident David Hunter ist begeistert von seinem Produkt. Angesichts der überfüllten Gefängnisse, der hohen Kosten des Justizvollzugs und der hohen Kriminalitätsrate in den USA sei »Home Escort« geradezu ein Lebensretter. Außerdem sei es humaner, da es den zu Hausarrest und elektronischer Überwachung Verurteilten erlaube, bei ihrer Familie zu bleiben und einer Arbeit nachzugehen. Mit ihrem Arbeitslohn könnten die Überwachten das Programm auch noch selber finanzieren.

Gefragt, ob die »elektronischen Handschellen« nicht etwas »Orwell-artiges« an sich hätten, hat Hunter eine Antwort parat: »Big Brother hin, Big Brother her. Wenn jemand ein Gesetz verletzt, wird die Gesellschaft, der Staat, seine Handlungsmöglichkeiten einengen. Eine Möglichkeit ist elektronische Überwachung. Meiner Ansicht nach ist das ein kleiner Big Brother, wenn man es mit dem großen Big Brother vergleicht, den ein Gefängnis darstellt.« Hunter kann stolz darauf verweisen, daß er mit dieser Meinung nicht allein dasteht. Selbst die American Civil Liberties Union, Wächter über Bürgerfreiheiten, hat nichts gegen Electronic monitoring als Alternative zum Gefängnis einzuwenden.

Sender im Bauch

Hunter gesteht freimütig, daß die neue Technologie, vor allem wenn sie noch entwickelter sein wird, auch mißbraucht werden könne. So wisse er von einem »Waffenhändler in Deutschland«, der die Electronic-monitoring-Geräte an den »Ostblock« verkaufen wolle. Er, Hunter, habe auch ethische Probleme bei dem Gedanken, daß die Sender jetzt klein genug seien, daß sie in den Körper implantiert werden könnten, auch ohne Wissen oder gegen den Willen des Opfers. Er weigere sich, an der Entwicklung solcher Sender mitzuarbeiten, obwohl sie auch medizinischen Nutzen hätten. »Herzkranke oder Diabetiker beispielsweise können einen Sender in sich haben, so daß man sie findet, wenn sie zusammenbrechen.« Was Hunter nicht erwähnt: Prominente Direktoren europäischer Großkonzerne, die sich von Entführern bedroht sehen, haben sich nach Informationen des Fachblatts »Privacy Journal« Sender implantieren lassen, deren Signale von Satelliten empfangen werden. Auf diese Weise könne im Entführungsfall sofort festgestellt werden, wohin die wichtigen Männer verschleppt worden seien.

Auch die Firma Nielsen, die US-Fernsehstationen über ihre Einschaltquoten informiert, will sich möglicherweise solche Implantationen zu Nutzen zu machen. Gegenwärtig müssen die von Nielsen als repräsentativ ausgesuchten Fernsehfamilien über ihr Fernsehverhalten Buch führen – eine notorisch ungenaue Wissenschaft. Reklamekunden der TV-Stationen, deren Gebühren mit Hilfe der von Nielsen bestimmten Einschaltquoten festgelegt werden, fordern eine bessere Untersuchungs-Methode. Eine Möglichkeit wären in den Körper eingepflanzte Geräte, die ein an den Fernseher angeschlossenen Empfänger genau informieren, wer wann zuschaut und welche Programme gesehen werden. Ein Nielsen-Sprecher erklärte gegenüber Robert Smith vom »Pricacy Journal«, daß seiner Meinung nach die US-Bevölkerung ein solches Meßsystem »akzeptieren« würde.

Dr. Schwitzgebels Maschine

Diese Prognose kann nicht überraschen. Nach Berichten von Lokalblättern in den Staaten, in denen Electronic monitoring als Alternative zu Gefängnisstrafen eingeführt wird, ist die Reaktion der Öffentlichkeit positiv. Kritisiert wird höchstens, daß das Armband nicht restriktiv genug sei und die Kriminellen zu billig davonkämen. Eine Gruppe von Forschern an mehreren Universitäten arbeitet deshalb bereits jetzt daran, »restriktive Mechanismen« in die elektronischen Überwachungsgeräte einzubauen.

Als Vater der Überwachungsgeräte gilt Dr. Ralph Kirkland Gable, derzeit tätig in der Psychologieabteilung des California Lutheran College in Thousand Oaks (Kalifornien). Unter dem Namen Ralph Schwitzgebel entwickelte er 1964 das erste Gerät an der Harvard Universität in Massachussetts. Die Gesellschaft entferne sich immer mehr vom »körperlichen

Einsperren«, pries Schwitzgebel damals seine Erfindung im Fachblatt »Behavior Science« an. »Wenn kriminelles Verhalten ausreichend vorhergesagt und/ oder verhindert werden kann... wird Einsperren als ein Mittel zur Verhaltenskontrolle oder zum Schutz der Gesellschaft nicht mehr nötig sein.«

Von 1964 bis 1970 führte Schwitzgebel seine ersten Versuche in Cambridge und Boston (Massachussetts) durch. Freiwillige, auf Bewährung Freigelassene und ambulante Patienten von Nervenkliniken trugen etwa ein Kilo schwere Sender, die in Abständen von etwa 500 Metern aufgestellte Empfänger aktivierten. Diese Empfänger leiteten die Information an eine Zentralstelle weiter, in der so verfolgt werden konnte, wo die Betroffenen sich aufhielten und wohin sie sich bewegten. 1969 erhielt Schwitzgebel ein Patent für sein Überwachungssystem .

Schon damals erkannte Schwitzgebel, daß Electronic monitoring nicht nur über den Aufenthaltsort der überwachten Person Auskunft geben kann. Einige seiner Versuchspersonen stattete er mit Sensoren aus, die verschiedene Körperfunktionen überwachten. Ein Artikel im »Harvard Law Review«, einem der wichtigsten Juristenjournale, beschäftigte sich bereits 1966 mit den juristischen Implikationen von »Dr. Schwitzgebels Maschine« und pries die Möglichkeiten, die Electronic monitoring für die Überwachung von auf Bewährung freigelassenen Kriminellen biete.

»Elektrische Stimulierung des Gehirns«

Schließlich entwickelte Schwitzgebel auch ein System, mit dem Polizeibehörden oder, im Fall zu überwachender Geisteskranker, Ärzte direkt auf das Verhalten der Überwachten Einfluß nehmen können. Der Sender ist mit einem Empfänger gekoppelt, so daß man mit der überwachten Person sprechen kann.

Die Weiterentwicklung eines Systems, mit dem Polizisten oder Ärzte überwachten Personen nicht nur elektronisch folgen, sondern auch ihr Verhalten beeinflussen können (»therapeutisches Feedback-System«), ist heute Schwerpunkt der Forschungsarbeit Gables (ehemals Schwitzgebel). Alkoholkonsum, sexuelle Erregung (bei Männern) und Drogengebrauch könnten mit Hilfe von Sensoren am und im Körper ebenfalls problemlos überwacht werden, meint Gable.

An der University of Southern Illinois wird seit über zehn Jahren mit Erektionsmessern experimentiert. Der zuständige Professor, Dr. Harris Ruben, meint, technisch sei es kein Problem, Delinquenten mit Erektionsmessern auszurüsten, die über einen Kleinsender die Polizei auf dem Laufendem halten würden. Sensoren könnten auch andere Körperfunktionen wie Blutdruck, Puls oder auch Drogengebrauch wahrnehmen und diese Informationen an einen Zentralcomputer weiterleiten.

Einige Kriminologen möchten Gables »therapeutisches Feedback-System« noch weiterentwickeln. Im angesehenen Fachblatt »Issues of Criminology« schlugen Barton Ingraham und Gerald Smith bereits 1972 ein umfassendes elektronisches »Behavior Modification« (Verhaltensmodifizierungsprogramm) vor, das die Gehirne von Verbrechern mit Elektroden stimulieren soll. Marlene Lehtinen, Soziologin an der University of Utah in Salt Lake City, setzte den vorsichtig formulierten Gedanken der beiden noch einen drauf. Unter der These, daß »Unfähigmachung« (incapacitation) von Kriminellen die Verbrechensrate gewaltig senken würde, schlug sie 1978 im »Quarterly Journal of Corrections« vor, elektronisch überwachte Kriminelle mit Hilfe von Drogen oder »elektrischer Stimulierung des Gehirns« außer Gefecht zu setzen, wenn sie ihre Bewährungsauflagen nicht einhalten. Technisch sei es ohne weiteres möglich, elektrische Schläge mit Hilfe der im Gehirn implantierten Empfänger von Radiosignalen und Elektroden von einer Polizeistation aus auszulösen oder mit Hilfe eines »körperinternen Senders« Beruhigungsmittel oder andere Drogen in den Blutstrom zu injizieren.

Lehtinen befürchtete damals noch, daß die Gesellschaft wohl derzeit noch nicht bereit wäre, solche technologisierten Mittel zur Kriminalitätskontrolle zu befürworten, und sie regte sich über liberale Kritik auf, die ihre Vorschläge als »1984-Kontrolltechnologie« bezeichnet hatten: »Es ist unglaublich, daß Kritiker unser gegenwärtiges Gefängnissystem, das sehr primitive Kontrollmechanismen benutzt, als akzeptabler betrachten!«

Überwachung total

Während sich Gable, Lehtinen, Smith und Ingraham über die Qualität des Electronic monitoring Sorgen machen, hat sich Joseph Meyer mit quantitativen Fragen beschäftigt. Meyer arbeitet für die National Security Agency (NSA), den für elektronische Spionage zuständigen US-Geheimdienst. Etwa ein Zehntel der US-Bevölkerung sei »kriminell«, schrieb Meyer in »Transactions on Aerospace and Electronic Systems«, einem Organ des »Instituts der elektrischen und elektronischen Ingenieure«, in dem Wissenschaftler ihre Arbeitsergebnisse einer nur kleinen Öffentlichkeit zugänglich machen. Um der Kriminalität Herr zu werden, solle man ganz einfach allen US-Bürgerinnen und -Bürgern, die jemals mit dem Gesetz in Konflikt gekommen seien, einen nicht-abnehmbaren Sender mit einem eigenen Identifikationskode verpassen. Was man dann noch brauche, so Meyer, seien im ganzen Land aufgestellte Empfänger, die die Polizei über den Aufenthaltsort einer jeden Person unterrichten, die einen Sender trägt.

Hört sich unmöglich an, zu groß, zu teuer? Nicht für Meyer. Sein Artikel beschreibt im Detail, wie bereits vorhandene Anlagen, Notrufsäulen beispielsweise, modifiziert und neue Empfänger gebaut werden könnten. Eine Stadt wie Washington brauche etwa 3.000 Empfänger. Ein solches System mache Verbrechen sinnlos, schreibt Meyer, da in jedem Fall rekonstruiert werden könnte, wer sich zur Tatzeit am Verbrechensort aufgehalten habe. Banken und andere Einrichtungen könnten ebenfalls mit Warngeräten ausgerüstet werden, die sie über Kriminelle informieren könnten, die sich nähern. Die Kosten eines solchen Systems beantwortet Meyer mit dem Hinweis, daß die Verbrechen, die durch ein solches Überwachungssystem stark reduziert würden, der US-Gesellschaft über eine Milliarde Dollar im Jahr kosten.

Nach Angaben von David Dobson, Redakteur von »Transactions on Aerospace and Electronic Systems«, hat Meyer seinen Plan nicht im Auftrag der Regierung entworfen. Vielmehr sei er auf die Idee des Überwachungssystems gekommen, nachdem er Opfer eines Verbrechens geworden war, sich stundenlang mit Justizangelegenheiten herumgeschlagen hatte und zornig geworden sei, als er habe miterleben müssen, daß »die Verbrecher vom Richter zwar schuldig gesprochen wurden, aber dann gleich wieder auf der Straße waren und neue Verbrechen begehen konnten«.

Justizministerium: Weiter so

Das US-Justizministerium scheint eine große Zukunft für Electronic monitoring zu sehen. James Stewart, Direktor des National Institute of Justice, der Forschungsabteilung des Ministeriums, hat auch an Joseph Meyers Artikel Interesse gefunden, wobei er betont, daß man derzeit sicherlich nicht so weit gehen könne, wie Meyer es vorschlägt. Allerdings kann Stewart sich die Ausstattung von 100.000 oder 200.000 Männern und Frauen mit Überwachungssendern vorstellen. Es gäbe einen harten Kern von vorbestraften Kriminellen, die einen Großteil der Verbrechen begingen. Viele dieser überwiegend jungen Männer seien auch Drogenkonsumenten, die durchschnittlich sechsmal so viele Verbrechen wie »Nichtkonsumenten« begingen. Würde man diesen harten Kern elektronisch überwachen und beispielsweise nachts unter Hausarrest stellen, könnte man die Kriminalitätsrate drastisch senken, behauptet Stewart.

Allerdings dürften Electronic monitoring und Hausarrest nicht als Alternative zum Gefängnis verwendet werden, sondern als Ergänzung zur Inhaftierung.

Elektronische Überwachung also nicht, wie viele der Befürworter behaupten, als humanes Mittel zur Reduzierung staatlicher Kontrolle, sondern als zusätzliches Repressionsmittel: Erst Einsperren und dann elektronisch überwachen. Stewart gesteht zwar ein, daß noch mehr Experimentierarbeit geleistet werden müsse, um das elektronische Überwachungssystem zu vervollkommnen, aber es zeichne sich bereits jetzt ein stark vermehrter Gebrauch dieser Technologie ab. Vor allem an den Knöcheln.

Konkret 04/87, S. 36

Magazin

VERSCHWÖRERIN

Wegen Mitarbeit in der US-Sanctuary-Bewegung ist die schwangere Texanerin Stacey Merkt zu 179 Tagen Gefängnis verurteilt worden. »Verschwörung für die Aufnahme und den Transport von illegalen Ausländern« wirft das Gericht der Menschenrechtsorganisation vor: Sie unterstützt abgewiesene Flüchtlinge aus El Salvador und Guatemala, Opfer des nicht erklärten Krieges »niederer Intensität«, den die USA gegen die Bevölkerung dieser Länder führen . Stacey Merkt ist das erste verurteilte Sanctuary-Mitglied, das eine Gefängnisstrafe absitzen muß.

HERZLICHE TIPS

Sozialhilfe – Ihr gutes Recht – so heißt eine der vielen Broschüren der Bundesregierung. Entschieden wird nicht selten willkürlich. Durchaus einfallsreich zeigen sich die Bonner. Im dortigen Sozialamt kommt es vor, daß eine junge Frau die Amtsstube betritt und statt Geld einen guten Ratschlag erholt. Zum Beispiel: »Wenn ich so aussähe wie Sie, wüßte ich, wie ich als Frau an Geld käme.« Auch nicht witzig war folgender Rat an einen haftentlassenen jungen Mann: »Ich mach Ihnen 'nen Vorschlag, Sie kriegen zehn Mark, kaufen sich eine Brechstange und machen wieder 'nen Bruch.«

Bonn – Hauptstadt mit Herz. (und Kußmund)

DER OSTEN IST BUNT

Irgendwie spinnen sie ja nun wohl, die Russen. Ist es ihnen doch jetzt, nach langjähriger Zuchtarbeit, auf der Puschkinskij-Farm in der Nahe Moskaus gelungen, farbige Nerze heranzuzüchten. Die possierlichen Tierchen, die allerdings nur aufgezogen werden, um dann schlimmstenfalls in Streifen geschnitten zu werden, haben außergewöhnliche Felle: saphir, perlgrau bis hin zum reinen Blau.

BAD GRAMMAR

Will man Politiker werden, dann kann man in der Schule ruhig schlafen – der US-amerikanische Vizepräsident George Bush beweist es. Er wurde jetzt bereits zum zweiten Mal von einer Schulklasse in Nashville wegen schlechter Grammatikkenntnisse zu einer symbolischen Geldbuße verurteilt. Vor der Wahl hatte Bush gesagt, die Republikaner»won't do too bad«. Die Schülergaben ihm schriftlich, daß es »badly« heißen muß. Bushs Antwort »My bad grammer was exceeded only by my bad judgment in predicting the election results . . . Thank you for bring this situation to my attention.« Doch diesen Brief hätte er besser nicht abschicken sollen: Das Wort »grammar« war falsch geschrieben, und statt »bring« hätte es »bringing« heißen müssen.

RADIKALAUER

Von Winfried Thomsen

Die Senkung des Spitzensteuersatzes erweitert den Hinterziehungsspielraum .

Die Katholische Kirche identifiziert sich mit Aids.

Die Volkszählung ist nötig, denn es gibt so viele Obdachlose, weil man die leer stehenden Wohnungen nicht findet.

Nichts als Ärger mit der EG: Deutschland muß wieder ein Kontinent werden.

Moskau: Als die Kellner die Tische umstürzten, wußten alle: Aha, das ist eine Revolution von Obern.

Wallmanns natürliche Strahlung liegt (laut »WamS«) bei 8000 Bequerel. Was machen wir nun mit diesem Sack Molke im Bonner Zwischenlager?

Alkemist: kann aus Strahlen Geld machen.

KÖLLE ALAAF!

Auch lange nach Aschermittwoch hält die rheinische Freud weiter an. Die Roten Funken, einer der traditonsreichen Kölner Karnevalsvereine, reist vom 22. April bis 6. Mai nach Windhoek, um auf Einladung der dortigen Karnevalsgesellschaft »Wika« an Umzügen teilzunehmen. Wegen der großen Hitze im Januar haben die Deutsch-Südwester ihre Blödelwoche in ihren Herbst verlegt. Zu den Roten Funken gehört allerlei Kölner Rathaus-Prominenz: Bürgermeister Blens beispielsweise. Er kann sich »nicht vorstellen, daß die Funken mit ihren Holzgewehren wirksam in den Kampf zwischen SWAPO und Regierung eingreifen können«.

Tätä tätä tätä.

LETELIER UND DIE FOLGEN

Der ehemalige chilenische Geheimdiensthauptmann Armando Fernandez, der Mitte der siebziger Jahre in Miami die Mörder des Außenministers der Allende-Regierung, Orlando Letelier, gedungen und auch die Bombe herbeigeschafft hatte, mit der Letelier und seine Mitarbeiterin Roni Moffit am 21. September 1976 in die Luft gesprengt worden sind, ist jetzt in die USA geflüchtet. Er soll sich bereit erklärt haben, vor einem Gericht auszusagen. Als Gegenleistung verlangt er Sicherheitsgarantien für sein Leben. In der Vorvernehmung erklärte Fernandez, daß er von Pinochet persönlich veranlaßt wurde, Falschaussagen über den Fall Letelier zu machen. Anfang 1979 war der Mordanschlag vor einem Gericht in Washington verhandelt und der US-Amerikaner Michael Townley zu einer zehn jährigen Haftstrafe verurteilt worden.

DEUTSCHER HUND

»Einem solchen Pack vertraue ich keinen deutschen Hund an«, weigerte sich der Leiter des Dortmunder Tierheims. Mit Pack meinte er ein ausländisches Ehepaar, dem er ein Tier aus seinem Asyl überlassen sollte, womöglich einen deutschen Schäferhund. Inzwischen ist er ehemaliger Leiter und vom Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 1.200 Mark verurteilt worden.

SS-PENSION?

Ausgerechnet im »Pensionistenhaus der Ärztinnen Österreichs« in Wien-Favoriten hat sich der Ex-SS Sturmbannführer Walter Reder niedergelassen. In diesem Haus leben zahlreiche alte Menschen jüdischen Glaubens, die seinerzeit vor Leuten wie Reder nach Übersee fliehen mußten. Eigentlich hofften sie, in der Wiener Dr.-Eberle-Gasse einen ruhigen Lebensabend verbringen zu können.

GRÜNE REVOLUTION

Kuba ist derzeit zu 18 Prozent mit Wald bedeckt. Damit vergrößerte sich der Baumbestand seit dem Sieg der Revolution im Jahre 1959 um mehr als ein Drittel . Zur Jahrhundertwende sollen auf einem Viertel des Territoriums Wälder stehen.

LANG & GROSS

Auch kleingewachsene Italiener können sich jetzt Hoffnungen auf einen Arbeitsplatz im Staatsdienst machen. Das Parlament strich eine Gesetzesbestimmung, nach der Bewerber mindestens 1,60 m lang sein mußten. Die Norm stammte noch aus der Zeit Mussolinis, als neben stattlicher Größe auch ein Ariernachweis verlangt wurde.

WAFFEN FÜR NICARAGUA

Seit ihrem Einzug in den Bundestag fordern die Grünen die Veröffentlichung aller Rüstungsexporte. Die SPD möchte daß nicht so gerne. Sie schlägt vor, dem Parlament in der Person eines »Beauftragten des Bundestages für die Kriegswaffenkontrolle« ein neues Mauschelgremium zu verschaffen.

Was so alles verschwiegen wird, rückte die CDU/CSU zumindest in Wahlkampfzeiten scheibchenweise raus. Während sie die eigenen Geschähe sorgsam verheimlicht, lancierte die Regierung Informationen über frühere Transaktionen an die Öffentlichkeit. So konnte der CDU-Abgeordnete Friedrich Bohl genüßlich aus »der Presse« zitieren, daß die »Regierung Schmidt zwischen 1976 und 1978 den Export von Gewehren und Munition im Wert von 31 Millionen DM nach Nicaragua genehmigte«. Damals, so bemerkt der Christdemokrat, »herrschte dort das Somoza-Regime, das von den Sandinisten bekämpft wurde.«

WAFFENHILFE

Ausdrücklich für die Kriegsführung in der Sahara bestimmt ist die erhöhte Militärhilfe, die Marokko jetzt aus Washington erhalten soll Kampfflugzeuge des Typs F 16. Auch Spanien engagiert sich. Ein Konsortium schloß mit dem Königreich ihr größtes Exportgeschäft des Jahres 1986 ab – Lieferung von Rüstungsgütern im Wert von 221 Millionen US-Dollar. Doch damit nicht genug. Ende Januar reiste General Mohamed Achakbar, bei den marokkanischen Streitkrähen verantwortlich für Verwaltung und die Beschaffung von Rüstungsgütern, noch Madrid. Gesprächspartner der Generaldirektor für Bewaffnung und Material der spanischen Armee.

MUTTERSCHAFT IN GOD's OWN COUNTRY

Nicht nur Reagan ist empört. Auch die Handelskammer drückt ihr »Erstaunen« und ihre »Enttäuschung« über eine Entscheidung aus, die der Vorzugsbehandlung von Frauen keine Grenzen mehr setze: Bisher konnten nämlich in den meisten US-Staaten Arbeitgeber schwangere Frauen ohne weiteres entlassen. Und das können sie nun nicht mehr. Denn der Oberste Gerichtshof hat erklärt, Mutterschaftsurlaub sei legal. Unbezahlt, natürlich.

MOBUTU, CIA UND UNITA

»New York Times« und »Herald Tribune« brachten es an den Tag Mobutu, Staatspräsident von Zaire, lügt. Entgegen seinen Bekundungen benutzt der CIA seit Jahren zairische Luftstützpunkte, um nicht nur die angolanische UNITA, sondern auch die Truppenverbände Hissène Habrés im Tschad mit Waffen zu versorgen. Zu Dank verpflichtet ist Mobutu den USA ohnehin – wurde er doch, als er 1965 die Macht ergriff, ebenfalls vom CIA mit Waffen beliefert und instruiert.

Die Recherchen des Journalisten James Brooke sorgten für Wirbel in den diplomatischen Kreisen Afrikas und für Repressalien beim zairischen Staatsschutz: Nach Veröffentlichung seines Artikels wurde Brooke die Einreise noch Zaire verweigert.

VERSUCHSKANINCHEN

Wenn es um neue Methoden der Sterilisation geht, werden diese an US-amerikanischen Indianern getestet – ohne deren Wissen natürlich. Wenn in Reservationen Erdöl gefördert werden soll, scheut sich die Regierung nicht, Navajos und Hopis zwangsumzusiedeln. Wenn hingegen in Indianerland radioaktive Abfälle der Uranbergwerke offen lagern, glauben die Behörden nicht, eingreifen zu müssen Die Kosten einer Beseitigung des Uranmülls standen in keinem Verhältnis zu den gesundheitlichen Schäden der Indianer. Bereits 1978 hat der Kongreß ein Gesetz verabschiedet, das Aufräumung und Säuberung der Uranabfälle vorsieht: Die Umweltschutzbehörde weigert sich, es umzusetzen .

Stattdessen gibt es Studien. Die Navajo-Gesundheitsbehörde beispielsweise fand 1981 heraus, daß in den Uranabbaugebieten der Reservation Geburtsfehler achtmal, Knochenkrebs fünfmal und Krebs der Geschlechtsorgane bei Jugendlichen siebzehnmal so häufig auftreten wie im US-amerikanischen Durchschnitt. Und auch das Energieministerium in Washington gibt heute zu, daß das Krebsrisiko für die Bevölkerung in den betroffenen Regionen um hundert Prozent größer ist als für Menschen in anderen Landesteilen. Doch die Regierung schweigt. Indianer als Versuchskaninchen? »Früher töteten wir sie im Pulverdampf und Kanonendonner, heute bringen wir sie lautlos um«, meint sarkastisch ein

Kreisbeamter in Arizona.

Tommaso Blu:

EIN BLAUMANN MACHT BLAU

Die Wochenenden verbummelt Tommaso aus der apulischen Kleinstadt mit Freunden auf der Piazza. Frauen finden nur noch in der Phantasie statt. Oder er schickt die Familie ans Meer und holt sich beim Anblick der Wäsche aufhängenden Nachbarin einen runter. Die Arbeit in der Fabrik zerrt an den Nerven . Der Chef rempelt ihn an wegen rebellischer Graffiti. Schülern einer Berufsschule, statt sie in seiner Arbeit zu unterweisen, sagt er »Haut ab, schnell, eh alles zu spät ist. . . Auch mich haben sie in Eurem Alter in den größten Fabriken herumgeführt... Hier stirbt man jeden Tag ein bißchen mehr.« Davonlaufen, zurück aufs Land, das ist – abgesehen von den Frauen – Tommasos einziger Traum. Es kommt der Moment, wo er dem Krempel hinschmeißt. Wie besessen radelt er hinaus zu den Rebhügeln und Ölbäumen, taucht sein Gesicht in die Erde, als wolle er es damit waschen, steigt in die Bäume, ruft »Die Affen in die Fabrik, die Arbeiter auf die Bäume!« und kehrt, den Arm voller Früchte, heim in die Wohnung. Aber die ist leer inzwischen, von Frau und Kindern verlassen.

Tommaso Di Ciaula, der Bauernjunge, der mit 14 Jahren für fast 30 Jahre in die Fabrik mußte, hat mit seinem Traum vom Land mittlerweile in vielen Ländern Programm gemacht. Seine Bücher sind ins Deutsche, Polnische, Französische und Spanische übersetzt.

In 'Das Bittere und das Süße' fährt er an seinem Heimatort mit dem Fahrrad herum und schreibt auf, was ihm Bauern und Handwerker von ihren alten Künsten und Fertigkeiten erzählen. Vom Schustern, Scherenschleifen, Radmachen und Leiterbauen ist die Rede. Vom 'Kommunikationszentrum' Barbier. Vom Brotbacken, Stuhlflechten und Tomateneinkochen und all den anderen notwendigen, weil 'notabwendenden' Tätigkeiten der italienischen Bauernkultur, die am Verschwinden ist. Von Festen, von Prügeln und der heiklen und versteckten Sexualität auf dem Land, wenn sie sich ihr Recht verschafft an einem Zaun, in einer Strohmiete, in verschwiegenen Affären zwischen Alten. Ob Scheiße, Sperma, Feigen, Trauben oder Granatäpfel, Wiesen oder Sauerteig – hier duftet und blüht alles aufregend und fröhlich durcheinander.

Aus seinem ersten Buch, 'Der Fabrikaffe und die Bäume' ('Tuta Blu', d.i. 'Blaumann') haben jetzt Florian Furtwängler und Peter Kammerer einen abendfüllenden Spielfilm gemacht. Aber ihr 'Tommaso Blu' von 1986 ist nicht mehr der Di Ciaula von 1978. 30 Jahre Fabrik-Kerker und eine PCI, die inzwischen nicht nur die Worte 'Klassenkampf' oder 'Grundwidersprüche der kapitalistischen Gesellschaft aus ihrem Sprachschatz entfernt hat, sondern jüngst sogar das Wort 'kommunistisch' aus ihrem Namen tilgen wollte, haben ihm den Glauben an die große solidarische Lösung ausgetrieben. In der Hoffnung auf sie will Tommaso nicht länger sein einmaliges Leben verfehlen. Gegen sie setzt er, einzelgängerisch, draufgängerisch, zornig, neurotisch und gleichzeitig ungeheuer liebenswürdig. seinen – sehr italienischen – anarchischen Selbstversuch.

Hätten Furtwängler/Kammerer sich mit ihm zufrieden gegeben, ihr Streifen hatte ein Kultfilm werden können, die 1001. 'Lonely-Rider'-Version, wie sie die Szene, immer wird auf das, was sie schon kennt, nicht sattkriegen kann . Aber Kammerer, Autor einiger hellwacher Italienbücher liebend-kritischer Pasolini-Experte und Ökonom an der Universität Urbino, geht in seinem Drehbuch weiter. Ohne den liebenden Blick auf seinen Helden zu verlieren, ohne das betörend lebensvolle Paradoxon zu schmälern, das er ist, arbeitet er heraus, was hier auch abläuft: Rebellismus ohne Perspektive, Naturerlebnis als Vergangenheitserlebnis; denn tatsächlich will Tommaso die Arbeit in der Fabrik gar nicht eintauschen durch Arbeit auf dem Land. Er will überhaupt nicht mehr arbeiten. Er will nur noch streunen. In der Natur. In Schößen. Zurück in den Mutterschoß. Eine immense Faszination hat das. Aber gemein zu machen ist es nicht die Bohne. Und nicht einmal Tommasos private Rechnung geht auf: Denn die Natur, geschunden wie sie ist, ist inzwischen auf ihn angewiesen, auf menschlichen Fleiß, menschliche Geduld, wenn sie denn eine streunenswerte bleiben soll. Er aber will sie nur genießen, nicht besorgen. Und so findet er sich am Ende, statt bei Mutter Natur, folgerichtig wieder auf den ungeheuren Müll- und Abräumplätzen am Rand der Industriezone, eine jener qualmenden, von Plastiktüten durchwehten Drecklandschaften, an denen Italien mittlerweile so reich ist wie einst an Schönheiten. Da sitzt er denn – Kyniker – in einer Betonröhre und predigt den Hunden; wird am Ende selbst zum Hund.

»Wir haben nichts erfunden, sondern alles vorgefunden«, schreibt Kammerer zu 'Tommaso Blu'. »Den Tommaso, die Landschaft, den Müll, den toten Hund, den Rauch die Nutten, die Kirche, die Schafe, den romantischen Dom, die verlassenen Fabriken, alles in einem Umkreis von nicht mehr als 15 Kilometern rund um Modugno, Bitonto und Bari.« Und 'LaNazione' »Wir kennen die traditionelle Liebe der Nordländer zu Italien und vor allem zum Süden mit allen seinen Widersprüchen... 'Tommaso Blu' geht weiter... Der Film legt die furchtbaren Gebiete des italienischen Verfalls bloß... Es mußte ein Deutscher kommen, um einen so guten Film über den Süden zu realisieren.«

Schlecht plaziert, heißt es, sei der Film gewesen auf der Berlinale; zu spät sei er gelaufen und an abgelegenem Ort. Bleibt zu hoffen, daß dieser apulische Heimatfilm zweier Deutscher, den die Italiener mögen, trotzdem bald auch in unseren

Kinos anläuft.

Hermann Peter Piwitt

EIN SCHÖNES GEDICHT
Es lebe der Film!
Es lebe der Spielfilm,
der Dokumentarfilm,
der Kurzfilm, der Genrefilm,
der Hollywoodfilm.

Es lebe das Kino – trotz TV
und Video,
trotz Rambo und Rocky, trotz
Kritiker und
kulturbeflissener Besserwisser.

Es lebe das Erlebnis – Heiterkeit
und Betroffenheit
Auseinandersetzung und
Unterhaltung, Liebe und Schmerz.

Es lebe der Film – und es leben
alle, die ihn lieben.
Es lebe die Berlinale.

(Grußwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin (Westzone) Eberhard Diepgen für die diesjährige Berlinale im »berlinaletip«)

ALLES HARMLOS

Die Medien verharmlosen die Gewalt im Sport. Das ist die Meinung des Bundesinstituts für Sportwissenschaft in Köln. Kritische Darstellungen zum Thema »Sport und Gewalt« beschäftigten sich vorrangig mit Zuschauern und kaum mit Sportlern deren Gewalttätigkeit verharmlosend als »Unfairneß« definiert würde. Die Wissenschaftler gehen von der Notwendigkeit aus, durch »Konfrontation der Medien mit dem Problembewußtsein der Wissenschaftler den inneren Prozeß der Selbstbesinnung und Verantwortungsbereitschaft zu fördern«. Die Medien seien Multiplikatoren von Einstellungen und Verhaltensweisen und nähmen auf ihr Publikum Einfluß.

THEODORAKIS/ LIVANELI

Zwei international anerkannte Musiker, Mikis Theodorakis aus Griechenland und Zülfü Livaneli aus der Türkei, haben in einer Zeit erheblicher politischer Spannungen zwischen ihren Heimatländern eine Schallplatte gemacht. Je fünf Kompositionen der beiden wurden in Istanbul und in Athen aufgenommen. 18 Wochen lang führte die LP im vergangenen Jahr die türkische Hitliste an, im September erhielten sie in Istanbul eine Goldene Schallplatte überreicht. Ende November traten beide gemeinsam in Istanbul auf und nun hat der Westberliner Ararat Verlag (Bermannstrasse 99a, 1000 Berlin 61) die Platte unter dem Titel »Together« als erste des neuen Labels ar-disc herausgebracht.

MÖWENPICK

Da ist er schon wieder, der Pressedienst der Universität Hamburg. Der Anblick einer frierenden und hungernden Möwe, so ein Text, bewege das »Gemüt manchen Bürgers und läßt ihn die 'armen Tiere' futtern. Nein »füttern« heißt es, aber die Überschrift steht tatsächlich so, wie sie hier steht »Zwischen Müll und Wasser: IM WINTER LEBEN ZEHNTAUSENDE VON MÖWEN IN HAMBURG.« Also doch futtern.

STALKER

Mal etwas anders als der sonst übliche Schrott am Freitagabend im Fernsehen: Die ARD zeigt am 17.4., was ja nun auch noch Karfreitag ist, den wohl schönsten Film des gestorbenen sowjetischen Regisseurs Andrej Tarkowski, »Stalker«. Hinsehen und hinhören.

DU UND DER FERNSEHER

Vor dem Fernseher sind die Bundesbürger am einsamsten. Immer dann, wenn sie in den eigenen vier Wänden mit sich und dem Fernseher allein sind, wächst die Einsamkeit: 44 Prozent fühlen sich am Feierabend und Wochenende vereinsamt, wenn sie »allein vor dem Fernseher sitzen«. Nach einer Repräsentativumfrage des B.A.T. Freizeit-Forschungsinstituts sind die Ein-Personen-Haushalte von der »Fernseh-Vereinsamung« am meisten betroffen. Über zwei Drittel (68 Prozent) der Alleinstehenden klagen in solchen Situationen über Vereinsamung, fühlen sich verlassen, traurig und zum Teil depressiv – die Frauen mehr als die Männer, die ältere Generation deutlich mehr als die jüngere.

Häufiges Fernsehen spiegelt wachsende Vereinsamung wider, verursacht sie aber nicht. Für viele Menschen, insbesondere für Alleinstehende und alte Menschen, ist das Fernsehen zum Ersatz für fehlende Kontakte und Gesprächspartner geworden. TV und Telefon helfen zeitweilig über Probleme hinweg, können sie aber nicht lösen. Hohe Einschaltquoten sagen manchmal mehr über Kontaktarmut als über bloße Zerstreuungsbedürfnisse aus.

WDR UND WERBUNG

Nachdem die dju-Zeitschrift »feder« mit einer gewissen Häme aufgedeckt hatte, daß der westdeutsche Filmemacher Wim Wenders für »Paris, Texas« auch noch ein paar Märker für Product Placement abkassiert hatte, obwohl eine Produktionskostenbeteiligung des WDR an dieser Seelenschnulze derartiges gerade untersagt hätte (siehe auch KONKRET 2/87), überlegt man beim WDR mittlerweile gar, ob vor der vorgesehenen Ausstrahlung des Filmes im TV nicht hier und dort ein wenig am Film rumgeschnippelt werden müßte. Daß sich die WDR-Gewaltigen manchmal wie die allerreinsten Puristen gebärden, bewiesen sie jüngst bei Peter F. Bringmanns zweiteiligem Fernsehfilm »Gambit«. Reihenweise kippten Szenen raus, drin blieben gerade noch Nixdorf, Nikon, der »Spiegel« und schließlich auch KONKRET, das in einer kleinen Dialogszene erwähnt wurde. Das lehrt, daß dialogischem Product Placement die Zukunft gehört. Etwa »Hast du auch Black & White mitgebracht? – Nein, es gab nur noch Farbfilme.«

KLEBRIG

Tina Turner, Michael Jackson und Lionel Ritchie machen nicht nur in den USA musikalisch den kleinen Unterschied zwischen guter Coca und besserer Pepsi klar: Auch bei Tina Turners diesjähriger Europa-Tournee wird Pepsi überall präsent sein. Schon jetzt zeigt das Fernsehen die Rocksängerin im Werbeprogramm. Ihr Pepsi-Song gefällt – Radiosender strahlen ihn angeblich bereits in ihren regulären Programmen aus und veranstalten zusammen mit Illustrierten, »Bild« und Verbrauchermärkten Pepsi-Tina-Preisausschreiben. Typische und besonders schwere Frage »Welche Cola ist Tina Turners Geschmackshit Nr.1 ?« Von den schlecht ernährten schwarzen US-Kindern, deren Leitbilder diese Popstars sind und die so vom Konzern zusätzlich ausgebeutet werden können, singt hingegen Chrissie Hynde. Auf ihrem neuesten »Pretenders«-Album (»Get Closer«, WEA) fragt sie ihre Kollegen »How Much Did You Get for Your Soul?« – Für Jacksons Seele sollen ´s acht Millionen Dollar gewesen sein.

EHRENBURG, 1921

Eine verlegerische Risikokiste ist das allemal: Der kleine schweizer Lit Verlag in Baden legt Ilia Ehrenburgs »Und sie bewegt sich doch« aus dem Jahre 1921 nicht etwa nur neu auf, sondern erstmals überhaupt in deutscher Sprache. Der nun wirklich wohlfeile Band, ordentlich gebunden mit einer Typografie vom Feinsten, ist die 36 DM, die man für die 216

Seiten zu zahlen hat, allemal wert. Mehr und wichtiger noch der Text selbst. Wenn Ehrenburg in seinen Memoiren schreibt, daß er unter dem Einfluß der Filmkunst zu kurzen Sätzen, schnell auftauchenden und montierten Bildern tendierte, dann ist »Und sie bewegt sich doch«, geschrieben 1921, erstmals veröffentlicht 1922, Beispiel auch eines Schreibens, das alles und alles zugleich ist: Dichtung, Text, Pamphlet, Lyrik, Collage, Reportage und Plädoyer für eine neue Zeit, in der die neue Kunst aufhört Kunst zu sein und die Zukunft den Ofensetzern gehört. Den Ofensetzern? Siehe Seite 166 ff.

Dem Band, den Ehrenburg all jenen gewidmet hat, »die in Rußland neue Gegenstände konstruieren« ist beigegeben ein umfangreicher Anhang mit Kurzbiographien, Hinweisen auf Gruppierungen und Zeitschriften, die in dem Ehrenburg-Text vorkommen, sowie einem Glossar zu den von Ehrenburg erwähnten Kunststilen.

Eine kleine Kostprobe aus dem Ehrenburg-Text »Wer ist heute der populärste Mann Frankreichs, Englands, Italiens und anderer Länder? Zwei sind es LENIN und CHARLOT. Während der Name Lenins Begeisterung, Beschimpfungen und Streit weckt, bewirkt Charlots Name GLÜCKSELIGEN SPASS. Charlot ist unser, d.h. neu, links, und er ist FUTURIST. Doch hat er als erster nicht Grüppchen von Kennern und Eingeweihten erobert, sondern Völker.«

Sauber

DIE GENERÄLE

Acht sind es: Bastian (BRD), Christie (Norwegen), da Costa Gomes (Portugal), Harbottle (Großbritannien), Koumanakos (Griechenlond), Pasti (Italien) und Sanguinetti (Frankreich). Allen gemeinsam ist, daß sie sich von reinen Militärköppen zu Friedenskämpfern gewandelt haben. Die DDR-Dokumentarfilmer Heynowski & Scheumann haben sie alle vor der Kamera über sich, über ihre Lehrlingszeit im Kriegshandwerk, über ihre An- und Einsichten, über ihren Wandel befragt. Im vergangenen Herbst wurde der Film aufgeführt, nun liegt im Berliner Verlag der Nation das Buch zum Film vor (360 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 13,50 DM in der DDR), das mehr ist als ein Protokoll des Films. Mehr, weil es das gesamte von den Dokumentarfilmern aufgenommene Material ausbreitet, mehr auch, weil es noch zusätzlich Protokolle von Akademie-Diskussionen in Berlin (West) und Berlin (Ost) enthält sowie zahlreiche Dokumente aus dem Umfeld dieser »Generals for Peace and Disarmament«.

VERNETZTE MUSIKERINNEN

Seit November' 86 gibt es das ' Europäische Frauenmusiknetz', in dem sich 13 lokale Initiativen aus der BRD, der Schweiz und den Niederlanden zusammengeschlossen haben. Sie wollen nicht nur ihre Arbeit koordinieren, sondern auch den professionellen Musikerinnen häufigere Auftritte ermöglichen. Die Initiativen treffen sich regelmäßig (Kontaktadresse »Sirenen«, Frauenmusikverein, c/o Frauenbuchladen, Arcisstr.57,8 München 40) und informieren Interessierte durch Rundbriefe über ihre Arbeit.

TRÄUME

Über ein Flüchtlingslager der Sahrauis im Südwesten der algerischen Sahara berichtet ein von terre des hommes und medico international finanzierter Dokumentarfilm. Zwei Wochen lang haben Robert Krieg, Dagmar Wünnenberg und Thomas Reuter das Leben im Lager Dakhla beobachtet. Sie zeigen vor allem die Gesundheitsstation und die Bildungseinrichtungen, die die Bewohner des Lagers mit Hilfe der beiden Organisationen aufgebaut und organisiert haben . Ihr Fazit ist Titel des Films: »Wer nichts hat, kann noch von allem träumen.«

DER 2.

Mehdi Charefs »Tee im Harem des Archimedes«, erst ein Buch, dann ein Film, Erstlingsfilm des Autors, provozierte Jubelstürme ob der Direktheit, mit der hier das Leben der arabischen Immigranten in Frankreich geschildert und dargestellt wurde. Nun hat Mehdi Charef seinen zweiten Film gemacht, »Miss Mona«. Die Reaktionen in Frankreich, wo der Film angelaufen ist, sind nicht gerade von Begeisterung geprägt ob der Geschichte, in deren Mittelpunkt einer steht, der wirklich die gesamte Scheiße dieser Welt am Halse zu haben scheint: alt und nicht mehr jung, miese Hütte statt eines Appartements, kranker Vater, blinde Mutter und – niemand käme darauf – transvestitischer Stricher noch dazu. Das kann nicht gut gehen. Die französische Filmkritik übt sich in einem letztlich rassistischen Wohlwollen.

RIVERA VERLIESS HOTEL

Das berühmte Wandgemälde des mexikanischen Malers Diego Rivera »Sonntagsträumerei im Alameda-Park« (siehe KONKRET 2/85) ist umgezogen. Das 35 Tonnen schwere Wandgemälde, mehr als 15 Meter lang und über vier Meter hoch, wurde von seinem bisherigen Platz im Hotel del Prado im Zentrum von Mexiko-Stadt zur nahegelegenen Gemäldegalerie am Alameda-Park transportiert, wo es in einem speziellen Ausstellungspavillon untergebracht wird.

Das Hotel del Prado, in dessen Vestibül sich das Mural bislang befand, war während des schweren Erdbebens im September '85 stark zerstört worden. Auch das 1948 von Diego Rivera geschaffene Fresko trug dabei Schäden davon.

Andere Wandbilder wurden vollkommen zerstört. Das Ausmaß der Zerstörung dokumentiert ausführlich ein Beitrag in der DDR-Zeitschrift »Bildende Kunst« 112/86).

MARLEEENES BEEENE

Der Ansatz ist schon mehr als einen halben Gedanken wert Wie produzieren sich Schauspieler, die von der Bühne kommen und vor die Filmkamera wollen, müssen, sollen oder was immer auch? Ist das Spielen im Theater etwas gänzlich anderes als das Spielen im Film? Wenn ja, woran macht es sich fest? Nur eine Frage. »Schauspielerporträts aus dem Berlin der Zwanziger Jahre« versammelt der von Knut Hickethier herausgegebene Band »Grenzgänger zwischen Theater und Kino« (Verlag Ästhetik und Kommunikation, 271 Seiten, Abbildungen, 28,- DM), und auch nur diese eine Frage beantwortet er nur gerade halb. Denn die Untersuchungen, die ein wenig großmäulig gleich Essays genannt werden, stützen sich – wie könnten sie auch anders? – auf zeitgenössische Presseurteile und tun dabei so, als könnten die etwas hergeben. Doch der Theaterkritiker der Zeit war ein Theaterkritiker und der Filmkritiker war keiner, sondern wollte noch Theaterkritiker werden. Dennoch liest sich das Büchlein nett, mit all den Geschichten über Asta Nielsen, Henny Porten, Paul Wegener, Werner Krauß, Conrad Veidt, Brigitte Helm, Willy Fritsch, Lilion Harvey und schließlich auch Marlene Dietrich. Immerhin ein Anfang.

Nicht minder spannend ist ein Gespräch, das Hickethier mit Hermann Treusch über die Schauspielerei geführt hat und das in der »Debatte« (Heft 2/87) veröffentlicht worden ist. Treusch redet auch über seine Arbeit im Fernsehen: »In einer ZDF-Matinee habe ich vor 6 Jahren einen 14 Minuten langen Monolog auswendig und ohne Schnitt in die Kamera sprechen müssen. Das war das Schlimmste, was ich bisher in meinem Beruf gemacht habe und das letzte Mal. (...) Immer in die Kamera, in die Linse blicken – und da ist niemand. Ich habe Halluzinationen gehabt, ich habe gedacht, ich sehe den Kameramann durch die Kamera hindurch.«

Schon wieder so ein Ansatz, der mehr als einen halben Gedanken wert ist

WARNUNG

Und als der Pasolini dann tot war, da ging es erst richtig los: Hier ein Stückchen und da ein Textchen, und dann noch dieser Zeitungsartikel und jenes Gedächtnisprotokoll, denn das Interesse an ihm war so gewaltig, weil die Identifikationsmöglichkeiten so reichlich sind. Denn was war er nicht alles: Filmemacher und Lyriker, Kolumnist und Schreiber, Schwuler und Fußballer, Christ und Antichrist, Pornograph und Betschwester, Revoluzzer und Eitelwicht. Da kommt schon einiges zusammen. Das dümmste und überflüssigste Buch zu Pasolini ist unter seinem Namen im Wolke Verlag unter dem Titel »Lichter der Vorstädte – Die abenteuerliche Geschichte seiner Filme« erschienen, eine Montage zahlreicher Texte von und über Pasolini gemäß dem zeitgenössischen Motto: Schokolade schmeckt gut, Rollmops schmeckt gut, wie gut muß dann erst Schokolade mit Rollmops schmecken.

SCHLEIMSPIEL

Fett und schleimig ist in. US-amerikanische Kinderzimmer werden bevölkert von »Aliens«, »Sidney Sweet Teeth«, »Gross out Gunks« oder etwa »Todesfeebombern«, die ihre Opfer mit gallertartigem Protoplasma bespritzen. Den Herstellern ist der Wettbewerb um fremdes Blut und Monsterfleisch in Kinderhand zum Schleimkrieg geraten: Als die Firma Hasbro »Schleimzeit«-Digitaluhren auf den Markt brachte, forderte Mattel Exklusivrechte für den Namen Schleim und strengte einen Prozeß an. Es lohnt sich. Allein die Select Merchandise Inc. will im nächsten Jahr für zwei Millionen Dollar fettige Spiele ans Kind bringen. Und LJN Toys, Hersteller des Überlebensspiels »Gotha«, plant ein Begleitprodukt: schleimfeste Kleidung .

Konkret 04/87, S. 42

Dietrich Kuhlbrodt

Platzanweiserin

Schlechte Zeiten für Lehrmeister. Immer weniger Kinogänger wollen in neuen Sehweisen unterwiesen werden, bevor sie sehen . Und immer weniger wollen theoretisieren, bevor sie praktizieren. Es geht gleich los, direkt, distanzlos. Sinnstifter und Theorieproduzenten heben entsetzt die Hände da da dat, wahres Bewußtsein im falschen suchen? Die Avantgarde im Pop-Styling? Den Anarchisten im Spießer? Dat da dat da?!

Der gern zitierte deutsche Philosoph suchte bekanntlich das Heidnische im Christentum. Warum also nicht das Haarsträubende in Straubing suchen oder das Wahre in BILD oder in den True Stories aus Weekly World News. Genau das unternimmt der »**TRUE STORIES**«-Film. Straight and normal life in der texanischen Provinz. Je bescheuerter das ist, was die Spießer umtreibt, desto näher kommen sie uns. Das Exzentrische käme nicht heraus – ohne den Willen zum Stil. Und so sind die Kleinbürger die letzte Hoffnung einer Avantgarde, die nach vielen Kreuz- und Irrfahrten wieder auf frisches warmes Blut aus ist. »People like us« heißt ein programmatischer Songtitel in diesem ersten Erzählfilm von David Byrne, dem Bandleader, Guitarristen und Sänger der New Wave-Pop-Musikgruppe mit dem populistischen Avantgarde-Touch: Talking Heads. Die bekannten Chartsnummern der Gruppe (Wild, Wild life und Love for Sale) kommen als Zitat vor. Sonst werden die Texas-Normalos bewundert, die wissen, wie man sein Ding durchzieht. Genauer das Unnormale der Normalität wird herausgekitzelt. Und da wird der Film eng und liebevoll; das Bewundern steht auf der Klippe zum Verarschen, die »normals« sind die wahren, das heißt die faszinierenden Monster in der Nachbarschaft.

Weiter auf diesem Gleis. Was also ist das Tolle on den Yuppies oder spezieller den Buppies, was die Black Young Urban Professionals sind**. »NOLA DARLING WILL ES WISSEN«** und »She's gotta have it«, wie der Originaltitel dieses amerikanischen Films abschließend und zutreffend feststellt. In Lee Jr.'s erstem Spielfilm sind die Darsteller schwarz, nicht weil sie es sein müssen, sondern weil sie halt seine Familie sind und seine Freunde. Und nicht nur weil es ein Lowlowbudgetfilm ist, sondern weil es eh um die vielen Querwege, Schleichpfade und Sackgassen im Nahbereich geht. Nola kennt sich aus; sie holt sich die Männer, die sie braucht, mindestens drei gleichzeitig: ein 3-Penis-Monster (»ein dreischwänziges Monster« formuliert der deutsche Untertitel vage). Und bei uns? Christoph Schlingensief (26), praktizierender Filmmacher, nahm sich im direkten Zugriff des Deutsch-Mythischen und -Dämonischen an, dessen Nähe man bislang gelernt hatte, tunlichst zu scheuen. Sein neuer Film »**EGOMANIA**« ist »very gothic«, wie Tilda Swinton auf der Berlinale mysteriös, treffend, aber nicht recht übersetzbar formulierte (Tilda Swinton, »Egonomia«-Star, war vorher in Jarmans »Caravaggio« zu sehen). Irrationale Umtriebe auf der Hallig Langeoog! Da aber das Naheliegende der fernen Welten gesucht war, rückt der Kasten mit dem Flensburger Bier ins Bild, denn der Exzeß ist das, wozu Teuflisches und meinetwegen Göttliches gut sind, entschließt man sich, diese Einrichtungen endlich fürs eigene Ego zu handhaben. Die Egomania öffnet auch die Hintertür zu einer deutschen Avantgarde, die nicht mehr den Anspruch hat, die Welt zu beglücken, sondern unbekümmert praktiziert wird und einfach da ist. So selbst verständlich wie die 1% wahre Avantgardekultur neben den 99% falschen Musikclips der »Formel 1 « im TV, oder steigern wir uns auf das Verhältnis 5:95. – »Egomania« ist selbstredend Film, wahrer Film. Drum seien hier die Kinobesitzer unter den KONKRET-Lesern angesprochen, denn »Egomania« muß vom Verleih (Freunde der Deutschen Kinemathek) abgerufen werden, wenn die übrigen Leser dieser Spalte den Film im Kolumnenmonat sehen sollen.

Achja, die wahren Geschichten in den falschen kann man selbstredend auch in den Vermischten Nachrichten auf der letzten Seite, sagen wir der Süddeutschen Zeitung, ausfindig machen. Dafür macht sich Alexander Kluge in seinem neuen Film **(»VERMISCHTE NACHRICHTEN«)** anheischig. Da es sich aber um Kluge handelt, sorgt er geradezu überwältigend dafür, stets das letzte Wort zu behalten. Und die Miszellen beweisen nur das, was vorher feststand, nämlich daß er recht hat. Spannender und abenteuerlicher finde ich, was die »True Stories«, was »Nala Darling will es wissen«, was »Egomania« erkunden.

Konkret 04/87, S. 44

Thomas Schreiber

Bücher

Über die »Lebensgeschichte« des von ihm biographierten Dichters Friedrich de la Motte Fouqué urteilt Arno Schmidt »Es fehlt ihr die psychologische Tiefe des unheimlich-rührenden 'Anton Reiser', der, immer noch viel zu wenig gewürdigt und bekannt, ja überhaupt ein seelisches Hochland für sich in unserer Literatur bildet.« Wem der Name Karl Philipp Moritz und eben sein bekanntestes Buch vom »Anton Reiser« nur vom Hörensagen ein Begriff sind, der kann sich nun auf das Vergnüglichste Lektürelust bereiten: »Karl Philipp Moritz, Lesebuch« heißt eine höchst kunstvoll zusammengesetzte Sammlung, verantwortet durch »die derbe Aufrichtigkeit Nettelbecks«, wie Arno Schmidt schon wenige Zeilen nach der oben zitierten Passage weiß **(Uwe Nettelbeck: »Karl Philipp Moritz, Lesebuch«. Greno 1986,408 Seiten, 25,- DM)** Als Apéritif zu einer ersten, auf 30 preiswerte Bände veranschlagten Gesamtausgabe der Schriften Moritz' versammelt Nettelbecks Kompilation Ausschnitte aus Moritz' Werken und Zitate über ihn, die von Zeitgenossen bis in unsere Gegenwart reichen. Die verschiedenen Zitate reihen sich, in Kapitel unterteilt und durch nichts unterbrochen, aneinander; wer mag, kann anhand der Numerierung im Anhang nachschlagen, ob etwa Caroline Herder an ihren Mann schreibt oder ob man soeben Moritz' Stimme selbst vernahm. Nach der Lektüre wüßte ich nicht zu sagen, wie man diesen Autor dem Publikum anregender vorstellen könnte, daß man sofort und ohn' Unterlaß weiterlesen möchte: Man muß eben nur die Hürde überwinden und dieses Buch beginnen.

***

Unvorstellbar, daß in Kriegszeiten im deutschen Sprachraum, egal ob unter irgendeinem Kaiser Franz Wilhelm ader in irgendeiner Republik, jemals ein so wunderbar zynisches Buch hätte erscheinen können, wie **»Mit Glanz und Gloria«** von **Evelyn Waugh (Aus dem Englischen von Matthias Flenbork. Diogenes, 272 Seiten, 14,80 DM, detebe 21465),** das 1942 in England veröffentlicht wurde. Basil Seal, Waughs Held aus früheren Büchern, flüchtet in die Armee, denn im Königreich übernehmen die Frauen die Herrschaft, und für einen solchen Taugenichts – »Es ist schon ein Wunder, daß er nicht im Gefängnis sitzt. Wenn er in eine andere Klasse hineingeboren worden wäre, dann säße er jetzt« – läßt sich wenigstens ein ehrenvoller und respektabler Tod erhoffen. Basil Seal erlebt eine völlig desolate Armee, die von tumben Bürokraten befehligt scheint; mit permanenter Ausbildung und auf Transporten wird die Zeit totgeschlagen, nur zum wirklichen Totschlagen kommen die Soldaten nicht. Die komischen und lächerlichen Geschehnisse sind immer überzeichnet, doch realistisch genug, um für möglich gehalten zu werden. Was sie auch sind, zumindest den Rahmen lieferten Waughs eigene Erlebnisse.

***

Fast hat man sich daran gewöhnt, neue Bücher von **Anthony Burgess -** zu dessen eben begangenem 70. Geburtstag gerade der erste Band seiner Autobiographie »Little Wilson and Big God« erschien – nur bei Klett-Cotta zu suchen. Dabei hat seit »A Clockwork Orange« der Heyne Verlag auch einige Titel in seinem Programm. Darunter **»Das Reich der Verderbnis« (Deutsche Übersetzung von Willi Winkler. Heyne, 478 Selten, 12,80 DM, Band 6587):** eine Geschichte Roms von der Kreuzigung Jesu bis zum Ausbruch des Vesuvs und zugleich eine Geschichte der Apostel, nachdem sie von Jesus verlassen worden waren. Burgess erzählt die Geschichte, wie man sich's nur wünschen kann, mit einer Friedell würdigen Genauigkeit und einer bald 500 Seiten währenden Spannung, daß man hinterher denken möchte 'So muß es gewesen sein' . War´s wahrscheinlich nicht, weil wir die Antike doch eher durch die Augen Cecil B. De-Milles sehen, als sie durch die Lektüre der Klassiker verstehen. Dennoch, nie las ich eine saukomisch-lakonische Beschreibung einer Löwenfütterung mit Christenfleisch.

Konkret 04/87, S. 48

Detlef zum Winkel

Hein geht stiften

Die Grünen wollen auch eine Parteistiftung. Von wg. Staatsknete. Runde 60 Millionen DM könnten rüberkommen, wenn die Öko-Partei erst einmal als »dauerhafte politische Kraft« anerkannt ist – von Staats wg. Der Verteilungskampf ist schon im Gange

Man ziert sich noch ein wenig, man macht ein bißchen auf Linienkampf und findet die eigenen Skrupel attraktiv. Wie sähe es auch aus, wenn die neue Kraft ganz ohne herzzerreißende Szenen einen weiteren alten Weg einschlüge? Das Projekt einer grünen Parteistiftung ist für alternative Gepflogenheiten weit fortgeschritten: Es besitzt ein Büro, eine Bankverbindung und einen Namen, der die Altparteien immerhin vor Neid erblassen läßt: Heinrich-Böll-Stiftung. Die Familie des Kölner Schriftstellers und einige seiner namhaften Freunde sind mit Sympathie und Engagement dabei.

Grünen-üblich trat die Initiative zunächst auf eine der zahlreichen Tretminen, mit denen fürsorgliche Parteifreunde das Gelände abgesteckt hatten. Frühzeitig war den Bonner Öko-Führungsgremien klar geworden, daß die Stiftungsdiskussion kommen würde. Otto Schily hatte 1983 namens der frischgebackenen Bundestagsfraktion der Grünen Verfassungsklage gegen die Praxis erhoben, daß die Stiftungen der im Bundestag vertretenen Parteien pauschale Zuschüsse aus Haushaltsmitteln erhalten. Begründung: Es handele sich um eine verdeckte Form der Parteienfinanzierung.

Damals hatte der Flick-Skandal deutlich werden lassen, daß sich in der Bonner Herrenlandschaft jene Institutionen als besonders pflegeleicht empfahlen. Beim herrschenden Bedarf an gemeinnützigen Vereinen waren (und sind sicherlich nach wie vor) ihre Konten von Gebern und Nehmern gleichermaßen geschätzte Umschlagplätze, über die sich der Inhalt von Briefumschlägen ans Ziel bringen ließ: Natürlich stets ohne konkrete Absichten, jedenfalls ohne nachweisliche, wie jüngst zuende gegangene Prozesse fanden. Den Grünen fiel die Saubermanns-Pose in den Schoß.

Im letzten Sommer wiesen die Karlsruher Richter die Klage zurück. Ihrerseits recht prompt beschlossen die grünen Bundesvorständler, einen äußerst sorgfältigen, behutsamen und mehrstufigen Diskussionsprozeß über die »hochsensible« Stiftungsproblematik einzuleiten, um sich sogleich beleidigt zu zeigen, daß alles schneller ging, als man für anständig hielt.

Unterstützt von den Böll-Söhnen, von Robert Jungk, Carl Améry, Lew Kopelew u.a. legten die Bonn-Profis Schily, Lucas Beckmann und Christa Nickels konzeptionelle Vorstellungen vor und luden zu ersten Treffen ein, von denen mittlerweile drei stattgefunden haben. Für den 9./10. Mai ist in Köln ein Kongreß »Stiften gehen?« angesagt.

Es folgte das gewohnte »unschöne« Intermezzo, das alle Beteiligten angeblich gerade vermeiden wollten und doch mit süchtigem Politikerinstinkt immer wieder herbeiführen: Ausgrenzungsängste des linken Flügels kontra empörte Zurückweisung jedes Verdachts auf parteipolitischen Egoismus durch die Gemäßigten. Gleichwohl hat die »Initiative zur Gründung der Heinrich-Böll-Stiftung« ihre Arbeit aufgenommen – ein bißchen gekränkt, aber nicht gehemmt. Bestimmt wird sie sich auch bald abgewöhnen, die Heinrich-Böll-Gesamtschule als Tagungsort zu bevorzugen, den Heinrich-Böll-Platz zum Treffpunkt für Umweltaktivitäten zu wählen oder dem interessierten Publikum zu erklären, weshalb der große Tote keinesfalls vereinnahmt werden dürfe (sondern nur vereinnamt). Denn das ist unprofessionell.

Was die Initiative an konkreten Vorschlägen für zukünftiges Engagement inzwischen beisammen hat, ist nicht nur gut gemeint, sondern großenteils auch gut begründet und geeignet, die Skepsis zu erweichen: Unterstützung für Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt (auch wenn bereits die ersten Stimmen Gewaltfreiheit anmahnen), für Immigranten, Asylsuchende und Minoritäten in der BRD, Finanzierung ökologischer oder feministischer Forschungsansätze oder ein von Jungk eingebrachtes Projekt »Mehr Information«, das die Manipulationsmechanismen der Mediengesellschaft ins Bewußtsein rücken soll. Einzelne skurrile bis rechtslastige Vorstöße, im grünen Spektrum leider alte Bekannte, hindern einen nicht daran, Appetit zu bekommen.

An vernünftigen Betätigungsfeldern für die Stiftung fehlt es nicht, ebenso wenig an Ideen oder Menschen, die in der Lage wären, etwas davon zu realisieren. Und warum sollten Aufgaben, die in der Tagespolitik der Partei mit gewisser Zwangsläufigkeit zu kurz kommen, nicht von einer solchen Institution übernommen werden? Warum sollten die Grünen auf Mittel verzichten, die ihnen zustehen (einige Papiere sprechen schon von »unserem Geld«), zumal Enthaltsamkeit nur den Topf für Christ-, Sozial- und Freidemokraten vergrößert?

Die »HBS«-Initiative resümiert, nach dem Karlsruher Urteil könne es »keine rationalen« Einwände mehr geben, und gerät dennoch jedesmal ins Schlingern, wenn Grundsätzliches angesprochen wird. Des Pudels Kern kann oder mag niemand so recht definieren. Umso wortgewaltiger gestaltet sich die Flucht in die Phrase: Von Ideenproduktion ist die Rede, von schöpferischen Utopien, visonären Räumen, die sich interdisziplinär kristallisieren, von Erziehung zur Ästhetik und Ästhetik zur Erziehung (wenn auch – Freudscher Fehler? – das verdammte h gelegentlich falsch protokolliert wird, wenn man ganz auf Ethik eingestellt ist) und vor allem von Kultur.

Kultur und Unabhängigkeit. Diese beiden Begriffe stillen offenbar das Legitimationsbedürfnis des Unternehmens, und da sage noch einer, die Grünen seien mittlerweile realistisch und bescheiden geworden. An der Schnittstelle von Geld, Staat und Partei, also am schier aussichtslosen Punkt ausgerechnet Kultur und Unabhängigkeit zu postulieren, zeugt von kühnem Fundamentalismus, den man nur noch als urgrün charakterisieren kann.

Das Paradoxon kann, wenn überhaupt, nur mit Verdrängung erklärt werden. Die Grünen haben den Zwar-Aber-Spruch des Bundesverfassungsgerichts einfach zu wörtlich genommen. Einerseits, so Karlsruhe, sollen die Stiftungen den Zielen der Parteien nahestehen. Andererseits sollen sie von ihnen unabhängig sein. Schlußfolgerung von »HBS«: Anerkannte und integre Persönlichkeiten nehmen sich der Sprache an; Wirkung in der Alternativpartei: Ist mein Promi dabei? So tobt die Schlacht auf einem ebenso bedeutungslosen wie unerquicklichen Terrain. Denn das Abhängigkeitsverhältnis einer Stiftung zur entsprechenden Partei ist nicht halb so schlimm wie dasjenige, das sich zwischen beiden und dem Staat aufbaut.

Offenbar wird über ersteres deshalb so heftig gezankt, weil sich letzteres ganz und gar nicht wegdiskutieren läßt. Dabei spielt es keine Rolle, ob wir René Böll oder Robert Jungk soviel Zivilcourage zutrauen (und das sollten wir), sich den Sachzwängen des Systems zu widersetzen. Vielmehr vollzieht sich über die Stiftungsfinanzierung ein weiteres Stück Integration der Grünen in den Staat oder allgemeiner: ein Stück Verstaatlichung der Parteien und des politischen Lebens.

Geschenkt wird ja nichts. Die grüne Bundestagsfraktion müßte die pauschale Finanzierung einer Stiftung im entsprechenden Teil des Bundeshaushalts geltend machen. So überzeugend das Argument auch ist, den Alternativen stehe zu, was sich die anderen genehmigen: Letztlich muß eine Mehrheit der Abgeordneten zustimmen und das heißt, nicht nur Sozialdemokraten. Wie schlecht solche Selbstverständlichkeiten funktionieren, zeigt sich noch jedesmal bei der Besetzung des Bundestagspräsidiums oder der parlamentarischen Kontrollkommission. Bei einer Ablehnung wäre also wieder eine Schily-Klage fällig (pikanterweise dann nicht gegen, sondern für die Parteienfinanzierung). Diese Perspektive vor Augen gebietet schon die vorauseilende Juristenlogik, das Unternehmen den anderen Parteistiftungen möglichst stark anzugleichen.

Dem Einstiegshindernis folgen die Hürden im Detail, die durch Permanenz und Vielfalt wirken. So wird die Dritte-Welt-Arbeit der Stiftungen (ca. ein Drittel ihrer Mittel) aus dem Etat des Entwicklungshilfe-Ministeriums finanziert und muß dort Fall für Fall genehmigt werden. Dieser Kanal stand der Friedrich-Ebert-Stiftung logischerweise weit offen, als es in Spanien und Portugal nach dem Ende der Militärdiktaturen galt, den kontrollierten bürgerlichen Übergang zu bewerkstelligen. Ähnlich geringere Probleme dürfte die CSU mit ihrer bekannten Praxis haben, einen Geldregen über Rechtsradikale in allen Kontinenten auszubreiten.

Für emanzipatorische, gar antiimperialistische Initiativen führt dieser Umstand jedoch dazu, daß man beispielsweise bei einem Namibia-Projekt schon im allerersten Planungsstadium die ausdrückliche Zusammenarbeit mit der SWAPO meidet und lieber kirchliche Gruppen als Partner nennt, von denen man weiß, daß sie der Befreiungsbewegung nahestehen. Verständlich – aber wie -wird das Projekt am Ende, nach etlichen Verhandlungen und Kompromissen aussehn? Bis zu den 60 Millionen der Hanns-Seidel-Stiftung (CSU), die den grünen Stiftungsbefürwortern vorschweben, ist es nicht nur ein langer Weg, wie sie selbst sagen. Er dürfte auch reich an Dornen und Enttäuschungen sein.

Es ist komisch, wie wenig Bewußtsein ein Bestechungsskandal über die korrumpierenden Kräfte hinterlassen hat, auf denen westliche Politik aufbaut. Das System der Stiftungen definiert ursprüngliche Betätigungsfelder der Parteien als staatsbürgerliche Aufgaben. Und schon wandelt sich der Bürger zum reputierlichen Staatsmann, um seinen Dienst an der Allgemeinheit zu bezeugen, sprich finanzierungswürdig zu werden. Tatsächlich wird eine besondere Politikerkaste immer unabhängiger von ihrer gesellschaftlichen Basis, um sich, alternativ gesagt, immer stärker mit dem Staat zu vernetzen. Das haben wir eben auch unter staatlichem Gewaltmonopol zu verstehen. Dieses System muß sich nun erneut bestätigen, und das wird es zuallererst als Ideenkiller tun, weil jene ein solches Klima einfach nicht ertragen. Das ist nämlich auch eine Umweltfrage.

Schade, daß der Antipartei-Impuls aus grünen Gründerzeiten so schnell erloschen ist. Eine Antistiftung zu stiften, wäre immerhin attraktiv und modern. Sie könnte die Korruption ausdrücklich akzeptieren, um mit den Bestechungsgeldern die Bestecher zu bestechen: Politiker, Beamte, Manager. So könnte Transparenz verwirklicht werden. Wir hätten unseren Spaß und die anderen eine echt interdisziplinäre Konfusion. Nur so als soziales Experiment, wg. Kultur und Unabhängigkeit.

Konkret 04/87, S. 51

Ruben Scheller

Der Saatgut-Kolonialismus

Nutzpflanzen, die sich den Dünger selbst aus der Luft holen, maßgeschneiderte Getreidesorten, die auf trockenen und salzhaltigen Böden gedeihen und gegen Schädlinge resistent sind- die Gen-Technologen versprechen eine zweite Grüne Revolution. Schon die erste war eine von ganz weit oben, inszeniert und dirigiert aus den Konzernetagen der Agrar- und Chemie-Industrie. Mit bösen Folgen für die Dritte Welt

Als vor 30 Jahren die chemische Großindustrie in Europa und den USA mehr Kunstdünger und Pflanzenschutzmittel produzierte, als die landwirtschaftlichen Flächen dort fassen konnten, wurde die »Grüne Revolution« ausgerufen: Genug Nahrung für alle durch weltweite Chemisierung der Landwirtschaft.

Die Saatgutfirmen der entwickelten Welt kreuzten die verschiedensten Rassen der Nutzpflanzen aus aller, meist der Dritten Welt, um besonders ertragreiche Sorten zu erzielen. Diese Hochleistungssorten wurden dann zu günstigen Preisen auf dem Weltmarkt angeboten, Saatproben sogar an die Bauern der Dritten Welt als »Entwicklungshilfe« verschenkt. Da sich die Ernteergebnisse zunächst deutlich verbesserten, war das einheimische Saatgut bald verdrängt. Die überzüchteten und genetisch einheitlichen Hochertragssorten erwiesen sich jedoch als bodenzehrend und empfindlich gegen Schädlingsbefall. Sie benötigten wachsende Mengen von Mineraldünger und Pflanzenschutzmitteln, die für teure Devisen auf dem Weltmarkt eingekauft werden mußten. Und sie mußten schon nach wenigen Jahren durch widerstandsfähigere Neuzüchtungen ausgewechselt werden. Diese Form der Landwirtschaft hat ihren Preis, einen Weltmarktpreis, den die kapitalistischen Industrieländer diktieren und den in den Entwicklungsländern nur kapitalstarke Großgrund- und Plantagenbesitzer bezahlen können.

Ein Beispiel: In Mexiko gelang es zwischen 1950 und 1970, die Hektarerträge von Weizen zu verdreifachen. 80% dieser Ertragssteigerung kamen aber nur 4% der Bauern zugute. Mit ihrem neuen Reichtum kauften Großgrundbesitzer und Großbauern das Land der Kleinbauern auf, die mit der Technisierung der Landwirtschaft nicht schritthalten konnten und die nun entweder auf Böden auswichen, die sich für Landwirtschaft wenig eignen (Urwaldrodungen, Trockengebiete) oder zu Hunderttausenden in die Slums der Großstädte abwanderten. Dort begannen dann Hunger und Armut, denn die meisten blieben ohne Arbeit und konnten selbst die einheimischen Nahrungsmittel nicht mehr bezahlen. Um die für die Einfuhr von Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmitteln notwendigen Devisen zu erwirtschaften, mußte fleißig exportiert werden. So kommt es, daß die Nahrungsmittel der Armen zum Futter für das Vieh der Reichen werden. Gerade die an hochwertigen Eiweißen und ungesättigten Fettsäuren reichen Nichtgetreidefuttermittel der BRD stammen zu 43,4% aus Entwicklungsländern, darunter Indien und Sudan. Heute hungern mehr als 500 Millionen Menschen, während sich dank der Futtermittellieferungen aus der Dritten Welt der Prokopfverbrauch an Fleisch in der BRD von 1955 bis 1985 verdoppelt hat – bei sinkenden Preisen: Dies ist das eigentliche Ergebnis der Grünen Revolution.

Mit den steigenden Agrarexporten und der wachsenden Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Importen aus den entwickelten Ländern sinkt der Preis für Agrarprodukte auf dem Weltmarkt. Also werden die landwirtschaftlichen Anbauflächen für sogenannte »Geldpflanzen« weiter ausgedehnt, entweder auf Kosten des Pflanzenbaus für die heimische Ernährung oder durch Neuanpflanzungen auf weniger fruchtbaren Böden. Ersteres führt zur Ausbeutung und Verarmung der Bauern, letzteres zur Ausbeutung und Verarmung der natürlichen Lebensgrundlagen. Denn viele Böden der Subtropen und Tropen sind wesentlich störanfälliger gegen Nährstoffauslaugung und Erosion als die der gemäßigten Breiten. Sie werden von den nährstoffzehrenden Hochertragssorten bald erschöpft, Künstdüngergaben führen in Trockengebieten rasch zur Bodenversalzung. Zurück bleibt eine ökologische und soziale Einöde. Der Preisverfall von Agrarprodukten auf dem Weltmarkt beschleunigt sich nochmals, die Verschuldung wächst anstatt zu fallen. Im Sudan z.B. hat sich der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Baumwollkulturen fast versechsfacht, die Ernte ist jedoch rückläufig, die Baumwollpreise auf dem Weltmarkt sinken, das Land aber ist vom Export abhängiger denn je: 60% der Deviseneinnahmen stammen aus dem Baumwollhandel.

Hauptnutznießer dieses Geschäfts mit dem Hunger sind neben einigen Großgrundbesitzern und Staatsfürsten in der Dritten Welt die Saatgut-, Chemie- und Nahrungsmittelkonzerne, das agrochemische Kartell der reichen, kapitalistischen Länder. Während die Weltmarktpreise für Agrarrohstoffe fallen, steigen gleichzeitig die Preise für Fertigprodukte der Grünen Revolution. 1980 bis 1983 ist der Preis für zertifiziertes Saatgut um beinahe 100/to gestiegen. Laut »Business Week« nehmen die Gewinne der Saatgutindustrie mit einer Rate von 19% pro Jahr zu: »Nur wenige amerikanische Industrien haben Märkte in Aussicht, die so lohnend wären wie die der Saatgutindustrie.« Dieser Markt wird von 30 bedeutenden Konzernen beherrscht. Bei den nach amerikanischem Recht geschützten Sorten verfügen vier Konzerne über 79% der Bohnen und 44% der Baumwolle, sechs Konzerne über 66% des Kopfsalats, acht Konzerne über 42% der Sojabohnen und Erbsen bzw. 34% des Weizens.

Die Gewinninteressen des agrochemischen Kartells bestimmen die Züchtungsziele. Wer über das Saatgut verfügt, der bestimmt auch die Art und Weise der Landwirtschaft und der Ernährung. Vom Standpunkt privatunternehmerischer

Gewinnerwartungen aus lohnen solche Züchtungen die aufgebrachten Investitionen am meisten, die einen möglichst großen, d.h. weltweiten Markt schaffen und in hohem Maße von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln – am besten aus dem eigenen Hause – abhängig sind. Die gesamtgesellschaftlich und ökologisch sinnvollere Züchtung vielfältiger, an die lokalen Klima- und Bodenverhältnisse angepaßter Varianten einer Nutzpflanze ist diesen Interessen genau entgegengesetzt.

Mit den neuen Bio- und Gentechniken verfolgen die Konzerne die alten, überholten Züchtungsziele weiter und treiben die Monopolisierung der Landwirtschaft auf die Spitze. Statt die Ergebnisse der modernen Genetik und der Gentechnologie dazu zu nutzen, Pflanzen gegen Schädlinge unempfindlich zu machen, werden sie gegen Schädlingsbekämpfungsmittel unempfindlich gemacht. Während europäische Wissenschaftler und Politiker der Dritten Welt Pflanzen versprechen, die resistent sind gegen Dürre und Kälte, entwirft die europäische Industrie Pflanzen, die allenfalls gegen Unkrautvernichtungsmittel resistent sind. Aus Bakterien, die in den Abwässern der eigenen Herbizidproduktion leben, haben konzernabhängige Wissenschaftler die Gene von Unkrautvernichtungsmitteln wie Athrazin und Glyphosat u.a. in Kulturpflanzen übertragen. Bald wird man riesige landwirtschaftliche Nutzflächen der Erde mit sog. Totalherbiziden tränken, Mitteln, die man bisher nur dazu benutzte, Bahndämme unkrautfrei zu halten. Erst Gentechnologie macht die l00%ige Monokultur möglich. Freilich nur vorübergehend, denn einigen Unkräutern wird es immer wieder gelingen, Resistenzen zu erwerben. Biologen diskutieren sogar die Möglichkeit, daß die gentechnisch eingepflanzten Resistenzgene langfristig von bestimmten Viren oder Bakterien auf Unkräuter übertragen werden.

Den Konzernen kommt der Wettlauf zwischen Chemie- und Genprodukten gerade recht, sie hoffen auf neues Saatgut mit neuen Resistenzgenen gegen neue Herbizide. Ein Endlosgeschäft im doppelten Sinne: Denn viele der Herbizide, die sich künftig aufgrund der resistent gemachten Pflanzensorten in noch höherem Maße im Boden und über die Nahrungskette im Menschen anreichern werden, stehen auf der Liste krebsverdächtiger Stoffe. Und gerade im Kampf gegen den Krebs eröffnen sich der Chemieindustrie durch die Gentechnologie ungeahnte Chancen.

Vorbei sind die Geschäfte dagegen für die mittelständischen Saatgutunternehmen. Die neuen gentechnologischen und zellbiologischen Methoden des Pflanzenbaus lassen Versuchsfelder von Fußballplatz- auf Reagenzglasgröße zusammenschrumpfen. Wo bisher ein einfacher Pinsel den Pollen und damit die neuen Gene von einer Pflanze in die andere brachte, geschieht dies heute durch aufwendige gen- und zellbiologische Techniken. Wo bisher der Gärtner den Samen einer neuen Rasse zur Vermehrung einfach in die Erde steckte, klonieren heute Wissenschaftler: Sie können das Blatt einer einzigen Tomaten- oder Tabakpflanze in Tausende von einzelnen Zellen zerlegen und im Reaganzglas mit Hilfe geeigneter Nährlösungen aus jeder einzelnen Zelle wieder eine vollständige Tomatenpflanze regenerieren. So lassen sich von einer Neuzüchtung in kürzester Zeit Millionen von genetisch gleichen Kopien herstellen und in Windeseile bequem über die ganze Welt verbreiten. Mittelständische Saatgutunternehmen aber, die weder teure Gen-Labors noch weltweite Vertriebssysteme finanzieren können, werden von den Multis aufgekauft, sie sind jetzt billig zu haben. Der britische Nahrungsmittel- und Agrarchemiekonzern Rank Hovis McDull hat in einer einzigen Woche 84 regionale Saatgutfirmen geschluckt. Dutch/Shell verfügt schon über mehr als 30 Saatgutfirmen, BAYER sucht noch nach geeigneten Anlage-Objekten. Immer weniger Unternehmen verkaufen immer mehr Saatgut und immer teurere Düngemittel an immer weniger Bauern. Nach der Energieversorgung droht nun auch die Ernährung der westlichen Welt, der entwickelten wie der unterentwickelten, völlig in die Abhängigkeit eines multinationalen Konzernkartells zu geraten.

Und der Zusammenschluß mit der nahrungsmittelverarbeitenden Industrie, die ebenfalls ins große Gengeschäft einsteigen will, zeichnet sich schon ab. Die Brauereibesitzer bestimmen dann die Gerstentypen, Spaghetti- oder Brotfabrikanten schreiben die Weizensorten vor, Pommes-frites-Produzenten entscheiden darüber, was auf den Kartoffeläckern wächst. Gleichzeitig sammelt das Saatgutkartell die vom Aussterben bedrohten lokalen Unterrassen der Nutzpflanzen aus aller Welt in sogenannten Genbanken und sichert sich so das Privatmonopol über die genetischen Ressourcen künftiger Nahrungsmittelproduktion.

Die Gentechnologie bietet den entwickelten Ländern hervorragende Möglichkeiten, sich von den Rohstofflieferungen der Entwicklungsländer unabhängiger zu machen, wo das nicht geht, zumindest die Preise zu drücken: 1959 ergaben die Erlöse aus dem Verkauf von 24 Tonnen Zucker den Preis für eine 60-PS-Traktor. Ende 1982 benötigte man dafür 115 Tonnen. Die nahrungsmittelverarbeitende Industrie hat nun biotechnische Verfahren entwickelt, die Rübenzucker und Mais für die Zuckersirupproduktion erschließen. Plötzlich stehen die Produzenten von Rohrzucker in der Dritten Welt in Konkurrenz zu deutschen Rüben- und amerikanischen Maispflanzern. Ein »Zuckerpreiskreis« droht, von dem allein die Siruphersteller, der größte ist Coca Cola, profitieren. Andere Agrarprodukte aus der Dritten Welt könnten womöglich ganz durch Ersatzprodukte aus der Genküche verdrängt werden: Demnächst soll bei hiesigen Pflanzen das Verhältnis von Eiweiß- und Fettbestandteilen gentechnisch so verändert werden, daß sie gegenüber Agrarimporten konkurrenzfähig werden. Der Nahrungsmittelkonzern Unilever arbeitet an einem im Labor herstellbaren Kakaoersatz; für Fischmehl, Tapioka, Gemüseöl und Soja wird es in absehbarer Zeit ebenfalls Ersatz geben. Und es dauert nicht mehr lange, dann produzieren Bakterien und Zellkulturen in vollautomatisierten Labors Pflanzenwirkstoffe für Arzneimittel – unabhängig von Schwankungen des

Klimas, der Weltmarktpreise und der politischen Verhältnisse in den Entwicklungsländern. In den USA bauen Bakterien als unbezahlte Bergleute im Biobergbau bereits heute jährlich über 250 000 t Kupfer ab, und mit Hilfe gentechnischer Methoden sollen sie einmal Zink, Nickel, Eisen und Uran aus Abwässern und aus Mülldeponien wiedergewinnen. Und schließlich ist es ein erklärtes Ziel der entwickelten kapitalistischen Ländern, vom Erdöl unabhängiger zu werden. Prinzipiell ist es möglich, viele Produkte der organischen Chemie, von Lösungsmitteln über Kunststoffe bis hin zu Arzneimitteln, statt aus Erdöl biotechnisch aus nachwachsender Pflanzenmasse herzustellen. Die Produktausbeute ließe sich erhöhen und damit die biologische Stoffsynthese gegenüber der petrochemischen konkurrenzfähig machen. Schon heute liegen die Herstellungskosten für Bioalkohol, der sich als Treibstoff verwenden läßt, nur noch 30°10 über den Herstellungskosten von Benzin. Da die landwirtschaftlichen Nutzflächen der dichtbesiedelten Industrieländer zur Versorgung der Chemie- und Mineralölindustrie mit Industriepflanzen nicht ausreichen, haben die Zuckerrohrpflanzer der Dritten Welt vielleicht doch noch eine Chance – dann aber auf Kosten der Erdölproduzenten. Das Prinzip bleibt dasselbe: Teile und herrsche. In Brasilien werden die letzten Urwälder gerodet, um für wenige Jahre Zuckerrohr zur Treibstoffgewinnung anzupflanzen. Der internationale Weltwährungsfond hatte das Land durch Auflagen zur Schuldenreduzierung in dieses wahnwitzige biotechnische Projekt hineingetrieben.

Das hochverschuldete Ägypten könnte demnächst ebenfalls zu einem Testfeld für solche Bio-Strategien werden. Dort nämlich könnten Pflanzen heimisch gemacht werden, die auch bei zunehmender Bodenversalzung noch gedeihen – dringlichstes Problem des Nillandes, seit nach dem Bau des Assuan-Damms die Überschwemmungen ausbleiben, die fruchtbaren Schlamm auf die Felder spülten und damit für eine natürliche Düngung sorgten. Salztolerante Pflanzen könnten die durch Grundwassersenkung und Mineraldüngung verursachte Versalzung des Bodens aber nicht stoppen, sie würden den Kollaps des Ökosystems nur hinauszögern.

Auch von sogenannten trockentoleranten Pflanzen, die mit wenig Wasser auskommen, ist eine wirkliche Verbesserung der Situation der Dritten Welt nicht zu erwarten. Die Austrocknung und Ver-Wüstung weiterer Gebiete würde nicht aufgehalten, der heimische Pflanzenbau weiter zurückgedrängt. Überhaupt sind viele Trockenzonen erst durch Bodenübernutzung infolge der Grünen Revolution entstanden – für die Konzerne ein doppeltes Geschäft: Erst verdienen sie an der Zerstörung der Natur, dann an deren gentechnischer Wiederaufbereitung. Statt bessere Lebensbedingungen zu schaffen, wird das Leben an immer schlechtere Bedingungen angepaßt.

Für die Staaten der Dritten Welt fällt selten etwas ab. Im Gegenteil: Was sie haben, kann ihnen jederzeit wieder genommen werden. Zum Beispiel so: Die meisten Entwicklungsländer könnten ihre Schulden verringern, wenn sie weniger Düngermittel importieren müßten. Gentechnologen versuchen gegenwärtig, Pflanzen zu produzieren, die selbst oder mithilfe beigemischter Kleinstlebewesen den Luftstickstoff nutzen können. Sie forschen jedoch im Auftrag gerade jener Chemiekonzerne, die daran interessiert sind, sich die Weltmarktanteile zurückholen, die sie an die Schwellenländer verloren haben, die die energieaufwendige Stickstoffdüngerherstellung direkt an den Ölquellen und damit billiger betreiben. Mit einer geschickten Preispolitik hätten die Konzerne beides im Griff: die Düngemittelproduktion und die Produktion düngemittel-unabhängiger Pflanzen.

Vorerst bleiben das noch Aktionärsträume. Denn sowohl der Unabhängigkeit in der Stickstoffversorgung als auch der Toleranz gegenüber Trockenheit und Versalzung liegen komplexe Pflanzeneigenschaften zugrunde, die durch ein kompliziertes Zusammenspiel verschiedener Gene entstehen. Die Wissenschaftler sind heute weder in der Lage, solche Genbatterien zu übertragen, noch weiß man, wie tief überhaupt in die stoffliche Maschinerie einer Pflanze ohne Störungen eingegriffen werden kann. Denn eine Pflanze kann sich nur geordnet entwickeln, wenn die übertragenen Gene und deren Produkte mit ihrem eigenen Stoffwechsel geordnet zusammenwirken – ein Problem, an dem bislang alle Versuche gescheitert sind, Mischformen aus verschiedenen Arten, Kartoffel und Tomate etwa, herzustellen.

Wenig ist auch bekannt über die Folgen, die das in Umlaufbringen künstlicher Genkombinationen für Evolution und Ökologie haben. Aus diesem Grunde untersagen beispielsweise die in der BRD für den Umgang mit Gentechnologie geltenden Sicherheitsrichtlinien die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen weitgehend. In den meisten Entwicklungsländern gibt es solche Bestimmungen nicht. Nach den Versuchen mit Chemikalien und Atomwaffen in der Dritten Welt wollen die Konzerne die Entwicklungsländer nun auch zum Experimentierfeld für gentechnische Freisetzungsexperimente machen. Die französische Firma Transgen hat in Zusammenarbeit mit dem US-amerikanischen Wistar-Institut klammheimlich einen gentechnologisch produzierten Lebend-Impfstoff für Rinder auf einer argentinischen Farm getestet. Dagegen zeigte die Firma Genentech kein Interesse an einem Vorschlag der Weltgesundheitsorganisation WHO, einen Impfstoff gegen Malaria zu entwickeln, einer Krankheit, an der 500 Millionen Menschen leiden. Wer sollte ihn auch bezahlen, in den meisten Entwicklungsländern ist nicht einmal Geld für die einfachsten Gesundheitseinrichtungen vorhanden.

Hunger und Armut sind in erster Linie soziale und nicht technische Probleme. Die Mehrheit der Enquetekommission »Chancen und Risiken der Gentechnologie« des deutschen Bundestages, die doch ausdrücklich auch auf mögliche soziale Folgen der Gentechnologie hinweisen wollte, ist darüber in ihrem kürzlich vorgelegten Bericht schlicht hinweggegangen. Mit Recht stellt Heidemarie Dann für die Grünen im Sondervotum des Berichts fest: »Sowohl der Sachstandsbericht wie die Bewertungen und Empfehlungen der Kommission ignorieren den Beitrag der Ersten Welt zur Situation in der Dritten Welt, ignorieren die gewachsene historische Entwicklung, ignorieren die ungleichen Austauschbeziehungen, den technischen und kulturellen Imperialismus.«

Als US-Senator hat der spätere Vizepräsident der USA, Hubert Humphrey, einmal offen ausgesprochen, was sonst oft nur gedacht wird: »Ich habe gehört, daß Leute in der Ernährung von uns abhängig werden könnten. Einige meinen, das sei keine gute Nachricht. Für mich ist das eine gute Nachricht, denn ehe jemand irgend etwas tun kann, muß er zu essen haben. Auch wenn wir nach einem Weg suchen, wie man andere dazu bringen kann, sich an uns anzulehnen und in Zusammenarbeit mit uns in Abhängigkeit zu geraten, dann scheint mir, daß Abhängigkeit in der Ernährung eine großartige Sache wäre.«

Der Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Chancen und Risiken der Gentechnologie« ist erschienen im J. Schweitzer Verlag, 406 Seiten, DM 24,80

Konkret 04/87, S. 54

Gerd Fuchs

Der andere Entwurf der Menschlichkeit

Vor fünf Jahren starb Heinar Kipphardt - einer der wichtigsten, vor allem für die Linke dieses Landes wichtigsten Autoren. Die ersten Bände einer Werkausgabe sind jetzt erschienen

Ich habe nicht gedacht, daß es mir immer noch so schwer fällt, über Kipphardt zu schreiben. Ich blättere in der Biographie von Adolf Stock, die in der Reihe der Rowohlt Bildmonographien rechtzeitig zu seinem 65. Geburtstag am 8. März erschienen ist, und ich merke, daß ich es immer noch nicht hingenommen habe, daß er tot ist. Gewiß, das liegt auch an den vielen Bildern: sein Haus in Angelsbruck bei München, die kleine Mühle über dem Bach, in der er arbeitete, aber es liegt wohl daran, daß ich darin zu oft seinem Blick begegne. Ein aggressiver und gleichzeitig wehrloser Blick. Ein Blick, vor dem man erst einmal vergaß, was man sagen wollte, vergaß, was leicht zu sagen war. Ein Blick, der einem Zeit ließ, noch einmal nachzudenken.

Kipphardt hat selten den Versuch gemacht, Figuren zu entwerfen, die ihm biographisch ähnlich waren. Pfeiffer in »Der Hund des Generals« ist so eine und vor allem Rudat in »Der Mann des Tages«, beides Erzählungen, die das Beste sind, was von deutscher Seite über den Krieg in der Sowjetunion geschrieben wurde.

Bei einem Einsatz gegen sowjetische Partisanen trägt der Gefreite Rudat unfreiwillig zu deren Entdeckung bei. Unter dem Eindruck des darauf folgenden Massakers erschießt er drei seiner Vorgesetzten. In stuporähnlichem Zustand wird er in die Psychiatrie eingeliefert. Er weigert sich, auf irgendetwas noch zu reagieren. Er weigert sich zu leben.

Auf vielen Fotos in Adolf Stocks Biographie sehen mich Rudats Augen an. Wie sehr sich Kipphardt auch verändert haben mag in den Jahren, er hat diesen Blick nie verloren, den Blick dessen, der gerade noch davon gekommen ist, der aber nie vergessen wird.

Ich weiß nicht, wann Kipphardt diese Erzählung schrieb, veröffentlicht hat er sie (unter dem Titel »Die Ganovenfresse«) 1964, in dem Jahr, als »In der Sache J. Robert Oppenheimer«, als »Die Geschichte von Joel Brand« und »Der Hund des Generals« als Fernsehspiele gesendet wurden, als er mit Preisen überhäuft wurde, als seine Karriere endgültig gesichert schien.

Es war seine zweite. 1933 wurde Kipphardts Vater, überzeugter Sozialdemokrat und Marxist, in ein KZ verschleppt, wurde kurz nach seiner Entlassung ein zweites Mal verhaftet, kam nach Buchenwald und erhielt, als man ihn 1937 freiließ, Berufsverbot (er war Zahnarzt) und die Auflage, Schlesien zu verlassen. Die Familie emigriert nach Duisburg, läßt sich dann in Krefeld nieder.

Kipphardt studiert nach dem Abitur Medizin, wird an die Ostfront eingezogen, desertiert, beendet nach dem Krieg sein Studium, übersiedelt 1949 angesichts der zügig einsetzenden Restauration der alten Machtverhältnisse in die DDR. Er arbeitet zunächst in der Psychiatrie der Charité, ist jedoch bereits ein Jahr später Dramaturg am Deutschen Theater und 1953 nach der Uraufführung von »Shakespeare dringend gesucht«, seinem zweiten Stück, ein allseits gefeierter Autor, Nationalpreisträger und eine große Hoffnung. Doch die Schwierigkeiten mit der Kulturbürokratie wachsen, und 1959 kehrt Kipphardt von einem Arbeitsaufenthalt am Düsseldorfer Schauspielhaus nicht mehr in die DDR zurück. Er ist ein drittes Mal emigriert.

»In der Sache J. Robert Oppenheimer« wird ein Welterfolg; und 1970 übernimmt Kipphardt die Dramaturgie der Münchner Kammerspiele. Doch man läßt ihm das Stück Macht und Gestaltungsmöglichkeit gerade ein Jahr. Kipphardt hatte Biermanns »Dra-Dra« (nach »Der Drache« des sowjetischen Autors Jewgenij Schwarz) zur Uraufführung angenommen. Das Programmheft sollte zwei Dutzend westdeutsche Drachen aus Wirtschaft und Politik abbilden, eine Idee, die noch nicht einmal von Kipphardt selbst stammte. Obwohl das ausgedruckte Programmheft stattdessen zwei leere Seiten enthielt, nahm man dies in einer beispiellosen Kampagne, in der auch Günter Grass eine denkwürdige Rolle spielte, zum Anlaß, Kipphardts Vertrag nicht mehr zu erneuern. Kipphardt emigrierte abermal, diesmal in die Einsamkeit Angelsbrucks.

Man hatte wohl sehr schnell gemerkt, daß man mit ihm an den Falschen geraten war. Daß mit ihm kein Staatstheater und kein Staat zu machen war, jedenfalls nicht dieser, daß er nicht bereit war, die Grunderfahrung des Gefreiten Rudat zu vergessen. Diese Wunde schloß sich nicht, nicht im Aufbau-Pathos der DDR und nicht im Wirtschaftswunder-Trubel der BRD, sie schloß sich bis zu seinem Ende nicht. Wie Peter Weiss und Alfred Andersch, so kehrte auch Kipphardt mit seinem letzten großen Werk siebenunddreißig Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs – und das muß etwas über den Zustand dieser Gesellschaft ausssagen – zu jenen geschichtlichen Ereignissen zurück, die seine Jugend prägten und die auch unser Leben immer noch mehr bestimmen, als wir zuzugeben wagen.

Geht es in Anderschs Roman »Winterspelt« um die Bedingung der Möglichkeit des Widerstands gegen den Faschismus, so in Peter Weiss' »Ästhetik des Widerstands« um den antifaschistischen Kampf selbst. In Heinar Kipphardts »Bruder Eichmann« ist von Widerstand scheinbar nicht die Rede. Doch ist das Stück selbst ein Akt des Widerstands. Widerstand durch Verstehen. Es ist der Versuch, das Irrationalste und dennoch Konsequenteste, das Grausigste am deutschen Faschismus zu verstehen, was sich Erklärungen am hartnäckigsten verweigert und was den Kern der Verstörung des Gefreiten Rudat ausmacht.

Seine ersten Erfolge hatte Kipphardt mit Komödien und Satiren: »Shakespeare dringend gesucht« (1953), »Der Aufstieg des Alois Piontek« (1956), »Die Stühle des Herrn Szmil« (1961), »Die Nacht, in der der Chef geschlachtet wurde« (1967). Zwar sind ihre Helden wenn nicht verhinderte Eichmanns, so doch ziemlich nahe Verwandte von ihm, doch sind die Ausdrucksmöglichkeiten von Komödie und Satire gleichwohl nicht derart, daß sie die Grunderfahrung des Gefreiten Rudat hätten fassen können, die sich, wenn schon nicht im Griff nach dem Maschinengewehr oder im Versinken im Schweigen, allenfalls in einem endlosen Schrei hätte ausdrücken lassen.

Kipphardt ging den andern Weg. Statt Menschen ließ er die Widersprüche schreien. Auschwitz und Hiroshima, bis dahin menschlicher Sprache als unerreichbar geltend, begannen in »Joel Brand. Die Geschichte eines Geschäfts«, so der Titel des Bühnenstücks (Eichmann bietet eine Million Juden gegen hunderttausend Lastkraftwagen), und »In der Sache J. Robert Oppenheimer« dank der enormen Kraft, mit der Kipphardt den Schrei des Gefreiten Rudat zurückdrängte, wenigstens in jenen Bereich zu rücken, wo hinschauen möglich wird.

Daß einem, der solche Widersprüche auszuhalten wagt, die Gefahr der Persönlichkeitsspaltung, des Persönlichkeitszerfalls, die Reaktion des Gefreiten Rudat, immer nahe ist, war Kipphardt bewußt. Erst recht in der Einsamkeit seines Angelsbrucker Exils, in das er ausgegrenzt worden war.

In diesen wohl bittersten Jahren seines Lebens machte Kipphardt Erfahrungen mit sich selbst, deren zerstörerische Gewalt wohl nur erahnbar ist. Umso beeindruckender, wie es ihm gelang, ihrer künstlerisch Herr zu werden. Mit dem »März«-Stoff, ausgeformt als Fernseh- und Bühnenstück und schließlich als Roman, nähert er sich jener Grenzsituation, wo Persönlichkeit und Identitätsbewußtsein unter dem Druck der Unmenschlichkeit sogenannter Normalität zu zerfallen beginnen. März, das ist der Kranke und der krank Gemachte, das Opfer und der Produktive, der Schizo und der Dichter, eine Grundfigur menschlichen Leidens, in der dennoch etwas von dem aufblitzt, was Kipphardt »den anderen Entwurf von Menschlichkeit« nannte.

In diesen Wochen wird der »März«-Roman neu erscheinen und nun endlich, wie es sich gehört, mit einem ausführlichen Anhang aus Briefen, Aufsätzen und Gesprächen Kipphardts sowie einem ausgezeichneten Nachwort von Uwe Naumann. Der Band ist der dritte einer auf zehn Bände angelegten Gesamtausgabe, die unter Mitarbeit von Pia Kipphardt von Uwe Naumann betreut wird und im Rowohlt Taschenbuchverlag erscheint, eine, wie man jetzt schon sagen kann, hervorragende herausgeberische und interpretatorische Leistung.

Als zweiter Band waren »Traumprotokolle« erschienen. Kipphardt hatte sie nach dem »März« geschrieben, weiterverfolgend die in dieser Form neue Tendenz der Erkundung von Subjektivität. Balancierend zwischen Traum und Reflexion, entwickelt Kipphardt hier eine ganz einzigartige Methode, sich selbst zum Gegenstand der Erforschung zu machen, indem er dort ansetzt, wo der einzelne sich als Fremder gegenübertritt und doch am nächsten bei sich ist, der Traum-Dialektik folgend zwischen Selbstinszenierung und Selbstdemaskierung.

Begonnen hatten Pia Kipphardt und Uwe Naumann die Gesamtausgabe mit »Bruder Eichmann«, Kipphardts letzter Arbeit, mit der er am Ende seines Lebens wieder ins Zentrum der Schrecken zurückgekehrt war. Doch ist das Wort Rückkehr ungenau. Kipphardt arbeitete an »Bruder Eichmann« mehr als zehn Jahre, und man muß sich alles, was in dieser Zeit entstand (u. a. »Angelsbrucker Notizen«), auch Heiteres, vor dem Hintergrund dieses Stoffs entstanden denken, um das Ausmaß der Spannung zu erfassen, in der Kipphardt lebte.

»Bruder Eichmann« ist der Versuch, über die bisherigen Deutungsklischees hinauszukommen, mit denen wir es uns bequem gemacht haben. Denn weder das Monstrum Eichmann noch die deterministisch an unseren Erklärungsfäden zappelnde Puppe Eichmann haben mit der Wirklichkeit etwas zu tun. Denn – so wie Dostojewski mit seiner Raskolnikow-Figur darauf bestand, daß der Mensch beim Mörder nicht aufhört und deshalb nicht ausgegrenzt werden darf aus der Gemeinschaft der Menschen, den Bereich des Humanen damit erweiternd statt verengend – so Kipphardt mit der Eichmann-Figur.

Ein ungeheuerlicher Gedanke, ein widerwärtiger Gedanke, den Ausgrenzer vor dem Ausgegrenzt-werden in Schutz zu nehmen. Und Kipphardt tut nichts, uns seine Widerwärtigkeit zu ersparen. Er führt vor, was er die Eichmann-Haltung nannte: das hündisch gute Gewissen dessen, der pariert hat. Seine Lust am Parieren. Sein Handwerkerstolz, wenn er seine Sache gut gemacht hat. Sein atemberaubendes Unverständnis für den Gedanken, daß das Machbare, nur weil es machbar

ist, nicht deshalb auch gemacht werden darf.

Und er zeigt die Eichmann-Haltung als eine, die nicht nur zu Auschwitz führte, sondern auch zu Hiroshima, zu My Lai, die in das Inferno des Atomkrieges führen könnte. Er stellt Verbindungslinien her zwischen Auschwitz und Stammheim, Auschwitz und US-amerikanischen Atomkriegsplanern, zwischen Auschwitz und den Folterkellern Südamerikas, zwischen Eichmann und italienischen Vernehmungsspezialisten, ja sogar Mitgliedern israelischer Kommandos, die das Land von Palästinensern »säubern«. Er zeigt die ständige Aktualität der Eichmann-Haltung.

Jeder, der Kipphardts Werk und Leben nachzeichnen will – und den Biographen von Alfred Andersch und Peter Weiss wird es nicht anders gehen – wird nicht umhin können, die letzten fünfzig Jahre deutscher Geschichte mitzuschreiben. Kipphardt stand nicht über den Konflikten, die Konflikte kämpften in ihm. In die Auseinandersetzung seiner Epoche brachte er nicht nur seinen Kopf, sondern seine gesamte Existenz ein. Er war nicht sicher, welche Seite in diesem Konflikt gewinnt, aber er war sicher, auf welcher Seite er stand. Auf der Seite derer, die keine Knechte mehr sein wollen, aber auch keine Herren. Leben und Werk fielen ihm nicht auseinander. Beides war Arbeit an dem, was er »den anderen Entwurf von Menschlichkeit« nannte.

Adolf Stock: Heinar Kipphardt, Rowohlt Monographie 364, 160 Seiten, DM 9,8O –

März, 309 Seiten, DM 7,80 –

Traumprotokolle, 144 Seiten, DM 6,80 –

Bruder Eichmann, 230 Seiten, DM 7,80

Alle Bände sind erschienen im Rowohlt Taschenbuch Verlag

Konkret 04/87, S. 56

Peter O. Chotjewitz

Wir sind ein Club

Wenn PEN zu einer Jahresversammlung lädt, dann weiß man schon vorher: Passieren wird nichts, aber der Vorstand muß wieder gewählt werden. Diesmal war Darmstadt dran, und Peter O. Chotjewitz ist trotzdem hingereist. Sein Bericht ist Garantie dafür, daß er beim nächsten Mal bestimmt nicht Schriftführer oder Protokollwart oder wie das auch immer heißen mag, werden kann.

P.E.N. – Jahresversammlungen geben vorwiegend eine Anregung: Über Ästhetik der Langeweile nachzudenken. Was Politikergenerationen nicht gelingen will, kritische Intellektuelle maulfaul zu machen, schafft die westdeutsche Sektion des Vereins mit der »weltweit verdoppelten Interpretation seiner Versalien« (Zitat Schatzmeister Hoffmann) durch Tagesordnungen und Regularien, einlullende Vorstandsberichte, hingestümperte öffentliche Veranstaltungen und die freundschaftliche Art, in der sich die Mitglieder des Präsidiums gegenseitig und selbst über den grünen Klee loben, um auch ja wiedergewählt zu werden.

Es war einmal. Die zwei Dutzend Linken, die sich Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in den Club wählen ließen, um das Oberhaus des westdeutschen Literaturbetriebs ein wenig zu entlüften, haben sich längst in Karteileichen verwandelt. Zwerenz scheint Recht gehabt zu haben, als er vor einigen Jahren behauptete, er sehne sich zurück nach den Zeiten, in denen im PEN noch die Realkonservativen das Sagen hatten. Zu mehr hat es offenbar nicht gelangt, als den unpragmatischen Kern des Häufleins konserventiefer Leviathane aus dem Verein zu grätzen.

Wer heute zum PEN fährt, triR bestenfalls ein paar alte Freunde von damals, mit denen es sich lohnt, ein paar Abende durchzusaufen und ab ein Uhr nachts vor den verschlossenen Türen des einzigen Künstleretablissements am Ort zu randalieren – dem Künstlerkeller, wo der auswärtige Poet nur mit Monatskarte reinkommt. So ist das in Darmstadt. Und sollte einem wirklich einmal ein Rühmkorf über den Weg laufen, so ist er garantiert zu einer gutbezahlten Sonderveranstaltung geladen und fährt schnell wieder ab.

Seinem Auftreten nach ist diese noch immer renommierteste Filiale des Literaturbetriebs eine Wanderbühne mit reisendem Hofstaat. Beim letztjährigen Kongreß in Hamburg mußte das vielköpfige Präsidium im verschnörkelten Atlantik-Hotel untergebracht werden. Das ist Vorschrift bei internationalen Kongressen dieser urenglischen Vereinigung und obendrein, wie der Schatzmeister betont, auch billiger, als die Pension um die Ecke. Wegen Mengenrabatt. Für die Jahrestagungen des BRD-Zentrums werden reihum die kulturhungrigen Städte abgegrast. Der Verein kommt nur selten in die gleiche Stadt, weil seine öffentlichen Veranstaltungen nicht so leicht in Vergessenheit geraten.

Mit Darmstadt ist der westdeutsche PEN besonders verbunden. Hier residierte der Großherzog, der Georg Büchner ins Exil trieb und seinen Genossen Pfarrer Weidig im Knast zu Tode schinden ließ. Hier steht seit eh und je rechts von der regierenden SPD nur eine Wand. Hier hat der PEN sein Büro, seit er sich 1951 von seinen Kolleginnen und Kollegen in der DDR lossagte. Vor den steinernen werden immer die geistigen Mauern errichtet. Hier stellte sein einstiger Generalsekretär Heinz Winfried Sabais, zuletzt Darmstädter Oberbürgermeister, Anfang der 70er Jahre den Antrag, Mitglieder der DKP aus dem PEN auszuschließen.

In diesem Jahr hieß das Thema »Büchner«. Der wurde nicht nur in der Gegend von Darmstadt geboren, sondern am Verunstaltungsabend auf den Tag auch 150 Jahre tot, kann sich also nicht mehr dagegen wehren, als Aufhänger für Hüte jeglicher Couleur gebraucht zu werden. Wie doch ein Terrorist und Staatsfeind binnen nur 150 Jahre zum Vorbild einer Republik werden kann, die ihre Terroristen blutig verrotten läßt und kein PEN kräht danach. War er nun resigniert zum Schluß dieser Büchner von wegen »Dantons Tod« obwohl seine Entwürfe zum hessichen Landboten ja wohl aus der Zeit danach stammen?

Wie üblich stotternd teilt der Generalsekretär mit, wer alles zu- und dann abgesagt hat und ruft stattdessen drei Herren auf die Bühne, deren Nämlichkeitsnachweis darin besteht, daß sie von Büchner nicht viel Ahnung haben. Auch sie sind allerdings dafür, daß Büchner bis zum Schluß nicht resigniert war. Schon, weil heutzutage alles so niederschmetternd ist. Das ist Karsunkes Stichwort. Büchners politische Vorstellungen seien bis heute nicht verwirklicht, ist seine zentrale These. Geschickt integriert er die aktuellen Schlagzeilen in den bekannten, aufmüpfigen Gestus seiner Rede, vermischt alles gut mit Büchnerzitaten, und sein schauspielerisches Berlinisch, verleiht ihm so etwas wie Volkes Stimme. Das hört man gern, während Klaus Staeck die vor allem bei Jugendlichen weitverbreitete Resignation in politischen Dingen doch wieder nur am letzten Wahlergebnis der SPD ablesen kann.

Aber woran und worin zeigt sich nun das echt büchnerisch Oppositionelle des garantiert toleranten und menschenrechtlichen Intellektuellen in diesen Tagen nach Tschernobyl, vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Risse im Weißen Haus und dem einsamen Aufklärer im Kreml, wenn man bedenkt, daß Strauß die Goetheinstitute, Bangemann die Montanmitbestimmung und Gauweiler den Analverkehr abschaffen will, vor allem wo beim Südwestfunk oder wo schon wieder ein Redakteur versetzt werden soll? Wie wäre es mit etwas mehr parteipolitischem Engagement bei der nächsten

Wahl? Die Frage schwebt drei Tage lang mehrfach im Raum, kommt aber nicht richtig runter, weil sich ein paar Intellektuelle an ihr schon öfter die Finger verbrannt haben.

Verstörung allenthalben. Die Riege des VS-Vorstandes – teils geladen, teils in Personalunion anwesend – sitzt auf dem Darmstädter Kongreß mit dem Rücken zur Wand, Schulter an Schulter, und hat sprachliche Schwierigkeiten damit, daß einige von ihnen auf dem Moskauer Friedensforum waren und darüber berichten sollen. War Moskau nicht eben noch Igittigitt? Max von der Grün behandelt die Reise erst mal als Verschlußsache und gibt lediglich preis, wer alles dabei war, vergißt aber Frieder Hitzer, was ihm als Verdrängung ausgelegt werden muß. Überhaupt sollte man nach Moskau nur Leute mit klarem Klassenstandpunkt schicken. Da wird der Erlanger Kulturdezernent und kraft lyrischer Neigung auch VS-Vorständler Schnetz schon detaillierter. Hatte doch in Moskau, das kann er bezeugen, einer sein Namensschildchen vergessen und kam trotzdem ungehindert in den Kreml, wo Gorbi auf Schnetz auch sofort einen immens glaubwürdigen Eindruck machte. Heilige Einfalt!

Wo der PEN politisch steht, zeigte Carola Stern gleich auf dem ersten Büchnerabend und wurde daraufhin prompt zur neuen Vizepräsidentin gewählt. Nach einem hier nicht verständlichen Seitenhieb gegen revolutionäre Heimwerker, konstatierte sie süffisant, daß jedes revolutionäre Engagement der Schreiberzunft seit 1968 ja wohl nur zwei Fluchtpunkte gehabt habe: den Katzenjammer oder die Datscha in der Toskana oder beides. Betretene Heiterkeit der Altlinken. Es war zwar erst der dritte Diskussionsbeitrag und eine Debatte hatte bislang nicht stattgefunden. Dennoch jubelte der moderat moderierende Generalsekretär, das sei ein gelungenes Schlußwort, sprach's, überließ die düpierte Zuhörerschaft ihrem Frust und die Literatenschaft dem kalten Bufett, das der Oberbürgermeister schon im Saal der Orangerie zu so abendlicher Stunde angerichtet hatte.

Ich sage nur eins: Die Reden deutscher Oberbürgermeister auf Schriftstellerkongressen, denn vor die kalten Platten hatte auch hier die Kaltmamsell eine Ansprache gesetzt. Um das zu verzeihen, muß das Buffett schon was hergeben. Übertroffen wurde der Bürgermeister dieses Jahr nur von der Kultusministerin. Sie schildert den angereisten Literaten ihr Hessenland als einen Naturpark für Geistesgrößen männlichen Geschlechts, in dem diese nicht nur Artenschutz genießen, sondern das Sagen haben. Man braucht als Ministerin so kurz vor den Landtagswahlen ja nicht gerade zu erwähnen, daß der »Volk ohne Raum«-Grimm für Hessen typischer ist, als seine Namensvettern, daß der reaktionäre Muff selbst in der Grimm'schen Familie nistete und daß der erste antisemitische Reichstagsabgeordnete ebenso ein Hesse war, wie der Arolser Anführer einer nazistischen Verbrecherbande. Aber man darf weiß Gott nicht nur die raren Schmuckstücke, die überdies nur selten in Hessen wirken durften, auf dem kalten Büffet servieren und den ganzen reaktionären Schmuddelkram unterschlagen.

Was ich dem PEN vorhalten möchte, sind nicht nur seine Wohlerzogenheiten, mit denen er solche Schmonzetten über sich ergehen läßt, und nicht einmal die unsäglichen Totenehrungen mit Aufstehn und Schweigeminute. Das ist Trauerarbeit für die Katz. Was mich ödet, ist die organisatorische Tüchtigkeit, mit der dieser Verband unsere politische Misere in Podiumsdiskussionen, Resolutionen, Vorstandsbeschlüssen und Presseverlautbarungen entsorgt. Ich entsinne mich nicht, wann das letzte Mal ein Vorstandsbericht eine Debatte ausgelöst hätte. Wenn 80 oder 100 Literaten zusammenkommen und sich so wenig Gegensätzliches zu sagen haben, wie hier, muß etwas faul sein; wahrscheinlich sind es die Köpfe. »Wir sind ein Club von Freunden«, pflegt der Präsident auszurufen, wenn es mal schwierig werden könnte. Die Einigkeit, in der dieser Verband vor sich hindämmert, hat seinen Mitgliedern die Sprache verschlagen. Die politischen Feinde und Gegner sind immer die anderen. Es ist für alles gesorgt: Hier hunderttausend Mark für die Jahresbilanz, dort eine satte Million für einen internationalen Kongreß und für das politische Gewissen sorgt die Kollegin, die alljährlich bekannt gibt, wieviele Schriftsteller in der vergangenen Amtszeit weltweit in den Gefängnissen saßen. Hier einer mehr, da zwei weniger. Geradeso, als wäre auch das ein Kassenbericht. Ein Spiel mit Zahlen. Mehr wäre zuviel verlangt. Die politische Resignation, die hier beklagt wird, ist die eigene. Sie resultiert aus der Unwilligkeit, sich eine politische Alternative vorzustellen, die nicht wieder auf Willy Schmidts Eintopf hinausläuft, von Oskar angerührt, vielleicht mit einer Prise Schily drin.

Nur hinter den Kulissen gärt es noch manchmal. Wenn der Schatzmeister wieder einmal zum Generalsekretär befördert werden will, und dieser nun noch einmal kandidieren muß, um das zu verhindern, und deshalb auch der Präsident seine Ankündigung nicht wahrmachen kann, nicht mehr zu kandidieren. Erst wenn gewählt wird, kommt Bewegung in den Saal. Gewählt werden wollen sie alle. Nun endlich zeigt sich, warum man im PEN ist: Es ist eine Ehre und Präsidium ist natürlich besonders ehrenvoll. Jetzt endlich begreift man, warum ein Verein, der so wenig zu tun hat, ein 15- bis 20-köpfiges Präsidium braucht. Wenn es so weiter geht, werden bald nur noch die Leute hinkommen, die es nötig haben. Dann kriegt die erste Versalie weltweit eine dreifache Interpretation: Pöstchenjäger.

Konkret 04/87, S. 58

Corinne Schelbert

Amerikanischer Tagtraum

Die US-amerikanische Kleinstadt ist wiedererwacht. Das ländliche Hinterland, »Reagans America«, ist zwar immer noch provinziell beengend und voller Korruption, doch die Filmemacher werfen einen durchaus liebenswürdigen, von Sehnsucht nach heiler Welt erfüllten Blick auf Smalltown. Ob nostalgisch wie in Coppolas »Peggy Sue Got Married«, ob bizarr wie in David Byrnes »True Stories« oder alptraumhaft wie in David Lynchs »Blue Velvet« - mit der Ironie der Aufgeklärtheit wird die »City of Dreams« (Byrne) rehabilitiert

In den letzten Jahren wurde man oft von einer solch starken Abneigung gegen die Vereinigten Staaten und ihren reinstallierten, dummen Patriotismus gepackt, daß man dem Land nicht einmal mehr gute Kunst und schon gar keine raffinierten, unkonventionellen Filme gönnen mochte. Doch nun kommen drei der erstaunlichsten Kinofilme von dort, sind bewußt in der Provinz angesiedelt, thematisieren deren Mythen und kratzen mit der ganzen Ambivalenz der urbanen Aufgeklärtheit an der Oberfläche einer unheilvoll-heilen Welt, nur um dem verlachten Hinterland neuen Charme abzugewinnen. Der relativ große Erfolg dieser »Aussenseiterfilme« (will heißen Nicht-Hollywood-Produktionen) in den amerikanischen Großstädten indiziert Genugtuung darüber, daß »Reagans country« nebst Fundamentalisten, Vulgärpatrioten und Hinterwäldlern auch noch filmreife groteske Erscheinungen und lustvolle Geheimnisse birgt.

Jim Jarmusch hat sich in »Down by law« an den Gefängnisausbruchsfilmen der 50er Jahre orientiert und sich über deren Naturalismus lustiggemacht, indem er ein sumpfiges Mississippi wie aus Pappkarton hinstellte, von seinem brechtianisch verödeten New Orleans, wo außer Huren und Hunden niemand zu hausen scheint, gar nicht zu reden. Und der gebürtige Schotte David Byrne, von dem die »Talking Heads«-Fans allenfalls etwas Rebellisches und Sarkastisches über die Provinz erwarteten, hat einfach seine an Robert Wilson inspirierte Downtown-Ästhetik auf die High-Tech-Region eines »corporate state« übertragen und die fiktive texanische Kleinstadt Virgil, wo ein Großteil der Bewohner für den Industriekomplex Varicorp arbeitet, zu einer »city of dreams« umfunktioniert, in der das triste Ödland gleich hinter den letzten Häusern zu einer attraktiven Weltbühne wird. Die Einwohner, die zwischen Bildschirm und Einkaufsstraßen ihre bescheidenen Vergnügen suchen, erscheinen nicht so sehr zurückgeblieben-bieder, sondern exzentrisch und ausgeflippt. »We don't want freedom, we don't want justice, we just want someone to love«, singen die »Talking Heads« und legitimieren somit den ohne auch nur einen Blick auf die übrige Welt emsig verfolgten Anspruch auf Liebe der Bewohner von Virgil, denen die strenge ökonomische Kontrolle des Elektronikkonzerns nicht mehr viel beläßt.

David Lynch funktioniert in »Blue Velvet« nicht um, er verfremdet und ironisiert mit der ihm eigenen Zweideutigkeit die Kleinstadtidylle, indem er geradezu eine visuelle Orgie mit ihren traditionellen Insignien veranstaltet. Die blutroten, übersaturierten Kodachrome-Rosen am blendendweißen Staketenzaun in einem der ersten Bilder verheißen nichts Gutes, denn wie die hyperrealistischen Maler der 70er Jahre verleiht Lynch mit einem Schuß zuviel an Farbe und Detailtreue der Gemütlichkeit eine ominöse Note. In seinem ebenfalls fiktiven Lumberton, einem properen Städtchen irgendwo in einem der Holzfällerstaaten Oregon oder Washington, fahren die Feuerwehrsleute winkend an der Kamera vorbei, und verkünden der Sprecher der Radiostation WOOD (!) die Zeit spassig mit den Worten »At the sound of the falling tree«.

Bleibt Byrne bei ehrfurchtgebietenden Totalansichten eines »global village«, so kündigt Lynch gleich zu Anfang in einer irren Sequenz an, daß er buchstäblich die Nase in die friedfertige Oberfläche zu stecken gedenkt: Jeffreys Vater wird beim Rasenspritzen von einem Anfall gepackt und zu Boden geworfen, ein Hund versucht kläffend den Strahl des verwaisten Schlauchs zu erhaschen, während die Kamera dem Gras sich nähert, dessen Halme nun groß wie Baumstämme werden, und die Erdunterfläche aufspürt, wobei man das Gekrabbel und Getöse der gesamten Fauna des Universums hört. Später findet Jeffrey ein abgeschnittenes Ohr, und während er das gruselige, behaarte Ding inspiziert, hört man wieder ein ozeanisches Getöse, gerade so, wie wenn man sich eine Muschel ans Ohr hält und sein eigenes Blut rauschen hört.

Von Lynch hatten wir vor zehn Jahren den Mitternachtsklassiker »Eraserhead« und wußten, daß dieser authentische Surrealist, wenn man ihm nur die Chance gäbe und nicht ein sentimentales Drehbuch (»The Elephant Man«) oder eine Großproduktionsmaschine (»Dune«) vorsetzte, noch Außergewöhnliches bieten würde. Das erstaunliche an »Blue Velvet« ist, daß Produzent De Laurentiis den Freak Lynch machen ließ, man munkelt, aus schlechtem Gewissen wegen des »Dune«-Flops.

In den Vorführungen von »Blue Velvet«, wo immerhin eines Autors innerste, unzensurierte Phantasien zum Ausdruck kommen, wird viel gelacht. Vergegenwärtigt man sich die Aussagen Lynchs zu seinem Film, ist man nicht so sicher, ob alle Lacher intendiert sind. Denn Lynch, der bildgewaltige Visionär einer kafkaesken Unordnung hinter der polierten Fassade kleinbürgerlicher Rechtschaffenheit, meint es ernst mit seiner parabelhaften Polarisation von Gut und Böse, offen und versteckt, gesund und pervers, hell und dunkel (der blonde, engelhafte Teenager Sandy und die fremdländische, korrumpierte, dunkellockige Dorothy). Wenn Sandy ihrem Freund und Komplizen Jeffrey, der in der Geschichte sowohl als Voyeur wie als Detektiv fungiert, ihren Traum erzählt, wo ein Schwarm Rotkehlchen das »blendende Licht der Liebe« auf die Erde bringt, dann ist das nicht ironisch gemeint, auch wenn Lynch den Kitsch abschwächt, indem er zum Ende ein

(mechanisches) Rotkehlchen auf dem Fenstersims des trauten Heims landen läßt, das ein heftig strampelndes Ungeziefer im Schnabel hält.

Wie Byrne hat Lynch einen liebenswürdigen, keine Spur herablassenden Zugang zu seinen Protagonisten und Protagonistinnen. Da gibt es keine Hypokrisie, keine Lebenslüge aufzudecken. Jeffrey Beaumont, Lynchs »alter ego«, fördert, dank seiner Neugier (zu der ihn notabene Sandy gedrängt hat – »It sounds like a good daydream«, kommentiert sie seine skandalösen Entdeckungen), eine böse Unterwelt wie aus dem Bilderbuch zutage, er beobachtet, wie der Maniac Frank Dorothy schändet und demütigt, er kostet gar selber von der destruktiven Erotik und schlägt Dorothy auf ihr Drängen (und weint später über die Tat), doch bleibt er am Ende merkwürdig unberührt von den Dingen, nichts hat das Weltbild dieses einnehmenden, lakonischen jungen Mannes erschüttert. Er ist heil davongekommen, wird Sandy heiraten und wohl das Geschäft seines Vaters weiterführen – Dorothy und die Unterwelt mit ihren grotesken Kienholz-Toten im Finale war nur ein böser Traum. Das abgeschnittene Ohr, das ihn auf die Spur des Bösen, auf die Spur einer ungleich komplexeren Wirklichkeit führte, hätte eine »Eintrittskarte in eine andere Welt« (Lynch) sein können, doch der Held bleibt der archetypische »small town boy«, den nichts vom richtigen Pfad abbringen kann. »Hurt me«, fleht die geschändete, gedemütigte, erpresste Dorothy bei ihrer ersten Begegnung, und unser aufrechter Kleinstädter antwortet: »No, I want to help you« (daß er ihr »helfen« kann, wenn er ihr weh tut, kommt unserem Biedermann gar nicht in den Sinn und macht ihn selber zum Sadisten – das deutet der schlaue Lynch an).

So ist »Blue Velvet« bei aller tollkühnen Visualisierung weder aufrührerisch noch subversiv, wir und die Protagonisten bleiben als Voyeure draußen. Lynch zeigt zwar großzügig die »dunkle« Seite der Sexualität, er zeigt Nacktheit ungeschützt, obszön beinahe, so wie man sie kaum je in einem Film sah – eines der schönsten Bilder: Isabella Rossellini steht mit ihrem weißen Leib, verletzt und schreiend vor Jeffreys hübschem Reihenhäuschen, den Blicken der guten Nachbarn und Sandys tumben College-Freunden preisgegeben – und mokiert sich später über die mißbilligenden Eltern Sandys, die erst spät auf die Idee kommen, der sich an Jeffrey klammernden Dorothy einen Mantel überzuwerfen.

Doch setzt er bei der Gegenüberstellung zweier Welten auf Grand Guignol und läßt das Publikum am Ende befreit aufatmen. Zwar liegen Tote und Zerstörte zuhauf herum, aber da er sie mit der grotesken Szenerie ins Reich der Comics verweist, entläßt er uns mit Augenzwinkern aus dem Alptraum. »Normal people are the strangest people«, sagt einmal jemand im Film, und wie in »True Stories« erscheinen die Kleinstädter als harmlose, liebenswerte Leute mit kleinen Mucken, keine aufgehetzten Reaganauten und intoleranten Bürger, sondern Freaks wie du und ich, die sich in »Blue Velvet« nicht zufällig in einem an die 50er Jahre gemahnenden Dekor bewegen.

»Wir wollen nicht Freiheit, wir wollen nicht Gerechtigkeit, wir wollen nur jemanden lieben«. Auch Jeffrey hat seine Liebe zur blanken, saubergeputzten Sandy gefunden. Das dunkel lockende, fremdländische Weib war bloß Versuchung. Und er hat ihr wie ein richtiger kleiner Gary Cooper widerstanden. Der Kleinstadtheld wurde in einem Kultfilm wiedergeboren.

Konkret 04/87, S. 64

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Als Kleinschriftsteller, der sowohl Kranken- und Altersversorgung selber zahlt, wie er für seine Urlaubsrückstellungen allein aufkommen muß, hat man's nicht so dick, daß einen nicht jedes unverhoffte Zubrot zu den kärglichen Zeilenkalorien am liebsten an ein höheres Wesen glauben lassen möchte. Herragotta! Ich fühlte mich wie erster Wohnsitz Freudenstadt, zwoter Wohnsitz Glücksburg, als ich des zitierten literarischen Preisausschreibens angesichtig wurde. Fünfhundert Mark!!! Das wäre endlich der dringend fällige neue Theaterpremierenanzug. Ohne Verzug machte ich mich an die Arbeit. Zunächst war über das Song-Subjekt zu sinnen: Alle IGM-Kollegen? Der IGM-Kollege an sich? Nein. Was ganz besonderes sollte es werden: Ein Kampflied für die Kollegen Metaller in der Rüstungsindustrie, über die und über deren unpopulären Job für gewöhnlich kein Schwein auch nur ein Wort verliert. Selber ein einfältiger Pazifist, der nicht weiß, wo Mars wohnt, den aber immer wieder in Tagesschau und Kriegskino verblüfft, wie diese Dinger konzentriert ihr Ziel suchen, nach dem Einschlag aber irgendwie recht zerstreut wirken, telefonierte ich im Bundesverteidigungsministerium an: Sagen Sie mal, was für eine deutsche Firma stellt Granaten her? Aber der Herr Oberstleutnant Jaeschke beim Informations- und Pressestab hatte keine Ahnung, denn er spricht nur für die Waffen in der Luft, und er wollte mich mit dem Sprecher vom Heer verbinden, die hätten vielleicht Ahnung von Bodenkrepierern, aber der war grad in der Kantine, und sein Stellvertreter war auch irgendwie verreist und natürlich wußten die Damen in der »Vermittlung« überhaupt nix von Granaten u.ä. und so telefonierte ich bei der Lobby durch, bei der »Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik« und schon wußte ich, rrrumms, Bescheid: Rheinmetall Düsseldorf und Diehl Nürnberg, da erblicken die deutschen Wertarbeitsgranaten das Licht der Welt.

Nun konnte ich mit dem »35-Stunden-Lied der Rheinmetall- und Diehl/Nürnberg-Kollegen« beginnen. Nach gewiß nicht weniger als 35 Stunden verschärften Reimens war es in der fünften Nacht (der Ascher bog sich vor Hugos, das «dritte? nein:» vierte Zwanziger-Tragl barg nicht eine unentkorkte Flasche Bieres mehr) soweit: Den Rücken krumm vom Brüten über Plot, Strofenführung und Leih-Partitur, die Arme lahm vom Hacken in die Maschine, den Kopf leer wie ein Halloween-Kürbis, einfach fix und fertich, freilich entstreßt auch, ja: kindlich glücklich, tat ich den letzten Anschlag: »GeNug!« Nun wollte das Werk, das first den Forderungsgeist der Rheinmetall/Dichl-Kollegen stärken, und erst last not least den Meister, der es gedichtet, loben sollte, in die IGM-Liederwerkstatt gebracht werden: »Taxi, bitte!« Nach langer Fahrt in den grauenden läg kamen wir an das Tor eines großen Werkes. »Halten Sie, und eine Quittung bitte«. Nachdem dies getan, passierte ich (»hier ist mein Ausweis«) den Pförtner. »Du läßt linkerhand die Hallen 1,3,5,7 und 9 und rechterhand die Hallen 2,4,6,8 und 10 hinter Dir, dann überquerst du, Vorsicht (!) nicht stolpern (!) die Geleise, dann gehts zehn Minuten am Kanal längs und dann siehst du die Liederwerkstatt schon«, hatte mir Kurt (»Kutte«) Kumpl, der Werkstattleiter der IGM-Liederwerkstatt eingeschärft. Ich hielt mich dran. Und da sah ich sie: Am Rande des unbebauten, von Krüppelbirken und Bärenklau, verwesendem Metallkram und zerbeulten Altölfässern gesäumten Werksgeländes, die IGM-Liederwerkstatt, untergebracht in einem ausrangierten Geleisbauarbeiterwaggon, der, grellrot lackiert, dem aufgehenden Heliumball Parole bot. Wie im Prolog zu Brechts »Herr Puntila und sein Knecht Matti« stieg, aus dem von einem lustigen Blechhütlein bedeckten Ofenrohr, der Rauch grau vom Schindeldach. Ich klopfte. Einmal. Zweimal. Kein »Herein«. Ich trat ein. »Kutte« war nicht da. Das Kanonenöfchen bullerte. Auf dem Schreibtisch mit der Linoleum-Intarsie (aus der KPD-Verbotszeit) Kuttes alte »Continental«, drin ein Bogen, drauf die schlichte Nachricht: »Mußte dringend weg, leg Deinen Beitrag auf den Tisch, guten Appetit'« Kutte, der Kumpl. Neben der Schreibmaschine eine noch dampfende Fünfminutenterrine. Ich ließ mirs schmecken. Dann sah ich auf die Uhr. Herrje! Um elf mußte ich in der Redaktion sein!! Das Kampfgedicht gegen den allen Klassen- und Friedenskampf leugnenden und wie eine Kopfseuche grassierenden Esoterismus abgeben! Nun aber die Beine in die Hand genommen...

Das 35-Stunden-sind-genug-Lied

der »Rheinmetall« und

»Diehl/Nürnberg«-Kollegen -

Melodie: Moorsoldaten

Tag für Tag stehn wir an der Drehbank

Drehn Granaten früh bis spät

Wir sind vom Granatendrehen

Bald schon richtig durchgedreht

Ihr Bosse, hört, Ihr Kunden
Fünfunddreißig Stunden
Sind gnug!

Unsere Bosse wollen daß wir
Bis in d'Nacht Granaten drehn
Dazu können wir nur sagen:
Könnt uns mal im Mondschein b'sehn
Nein, Rosse, nein, nein, Kunden
Fünfunddreißig Stunden
Sind gnug!

Unsre Frauen unsre Kinder
Haben von dem Vati nix
Dauernd müssen wir Granaten
Im Akkord drehn flexofix
O, Bosse, njet, o, Kunden
Fündunddreißig Stunden
Sind gnug!

Wir tun unsere Arbeit gerne
Aber Mensch will Mensch auch sein
Surfen, Bowlen, Schifahrn, Vögeln
Und ein Glas beim Dämmerschein
Drum, Bosse, und, drum, Kunden
Sind fünfunddreißig Stunden
Ge Nug!

Die Granaten wo wir drehen
Sind in aller Welt begehrt
Wenn sie mit rawumsti platzen
Ist so mancher sehr versehrt
Hört, Leutln an die Luntn
Fünfunddreißig Stunden
sind gnug!

Kommt einmal eine Extra-Order
Für Granaten zu uns rein
Müssen wir in drei Schichten schuften
Und das interessiert kein Schwein
Nein, Bosse, nein, nein, Kunden
Fünfunddreißig Stunden
Sind gnug!

Wir sind folgsam, wir sind fleißig
Und wir machen Wertarbeit
Doch wir möchten auch ein bisserl
Von der Arbeit freie Zeit
Ihr Bosse und Ihr Kunden
Fünfunddreißig Stunden
Sind gnug!

Dafür haben unsere Väter
Nicht gelitten noch gekämpft
Daß man unsere Forderungen
Wie die Pellkartoffeln dämpft
Nein, Bosse, und, nein, Kunden
Fünfunddreißig Stunden
Sind gnug!

Vom Erlöse der Granaten
Leben Boss und Kunde gut
Doch uns armen Granatendrehern
Bleicht's vor Schweiß und Streß das Blut
Schluss, Bosse~ Schluss, Ihr, Kunden
Fünfunddreißig Stunden
Sind gnug!

Wer denn soll die Granaten drehen
Wenn nicht du und ich = WIR
Du, I, G und M-Kollege
Frollein, bittschön, noch ein Bier
Auf Bosse und auf Kunden
Denn fünfunddreißig Stunden
Sind gnug!

Konkret 04/87, S. 66

Wolfgang Pohrt

Die Kranken und die Grünen

Bayern hat einen aidskranken Mann eingesperrt, der nach eigener Aussage nicht zölibatär lebt. Ein Vorgriff auf jene Gesundheitserziehungsdiktatur, auf die grüne Lebensschützer lange genug hingearbeitet haben

Am 5. Februar dieses Jahres hatte die AIDS-Mobilisierungsoffensive von Medien und Regierung ihren ersten greifbaren Erfolg erzielt. Vollstreckungsbeamte, die auf Beschluß des Nürnberger Amtsgerichts hin tätig wurden, schalteten in aller Stille einen Infektionsherd aus. Zwei Wochen später berichtete die Presse von dem aidskranken Mann, der nach eigenen Angaben trotz seines Leidens das Menschenrecht auf Sexualität für sich in Anspruch genommen hatte und deshalb in die Untersuchungshaftanstalt eingeliefert worden war. Während der todkranke Mensch nun in der Zelle die ihm noch verbleibenden Tage zählen und sich dabei ganz aufs Sterben konzentrieren kann, darf die seit 1937 auf die strafrechtliche Wertung der Kopulation spezialisierte deutsche Justiz sich rühmen, daß sie am traditionsreichen Ort wieder einen wegweisenden Sieg im Kampf für die Volksgesundheit errungen hat. Denn mit der Zwischenlagerung eines HIV-Emittenden im Untersuchungsgefängnis ist ein Präzedenzfall für den Umgang mit der einzigen endlösbaren Entsorgungsproblematik überhaupt geschaffen, das unangenehm assoziativ belastete Wort von der Endlagerung, welches lange Zeit sinnlos erschienen war, weil die angeblich gemeinten Isotope ewig strahlen und die Ewigkeit kein Ende hat, hat plötzlich eine präzise, durch die Lebenserwartung Aidskranker definierte Bedeutung bekommen.

In einem der überraschenden Überholmanöver, die für die deutsche Geschichte charakteristisch sind, hatten also Medien, Regierung und Justiz sich an die Spitze jener ehedem von ihnen befehdeten Bewegung für Lebensschutz und gegen die Käfighaltung von Legehennen gesetzt, welche in den vergangenen Jahren weit über ihre Anhängerschaft hinaus das Meinungsklima in der BRD geprägt hat, und welche das Erkennen von Krankheiten bei Bäumen, Tieren, Menschen sowie die Fahndung nach möglichen Verursachern zu einem Breitensport werden ließ, der bald beliebter wurde als die organisierte Jagd auf mutmaßliche RAF-Terroristen, deren Fotos in der »Bild-Zeitung« inzwischen durch solche von AIDS-Infizierten ersetzt sind. Die Kriminalisierung der Kranken, mit welcher die deutsche Justiz jetzt unter dem Beifall der Öffentlichkeit an offiziell noch verpönte Traditionen anknüpfen kann, ist nur eine logische Konsequenz aus der strafsüchtigen Idee, der Mensch sei von Natur aus kerngesund und unsterblich, und jede Unpäßlichkeit sowie der Tod generell seien deshalb auf einen schuldhaft handelnden Verursacher zurückzuführen, als welcher im Zweifelsfall der Kranke selber zu identifizieren ist, der durch unvernünftige Ernährung oder ausschweifenden Lebenswandel zu einer Last für die Gemeinschaft wurde. Dem unausgesprochenen Grundsatz folgend, daß Gesundheit Pflicht sei und Krankheit ein eigen- oder fremdverschuldetes Vergehen, beantragte schon im April 1983 die damals frischgebackene Fraktion der Grünen, »daß im Bundestagsrestaurant sowie in den beiden Kantinen an einem Tage in der Woche nur Mahlzeiten angeboten werden, die unter Verzicht auf tierisches Eiweiß und Fett zubereitet worden sind«, weil nämlich der »von den Abgeordneten an einem Tag in der Woche geübte Verzicht auf tierisches Eiweiß und Fett« nicht nur für deren eigene Gesundheit erforderlich sei, sondern weil »die Einführung von Vollwertkost in den Bundestag« ferner als Beginn einer Kampagne gegen falsche Ernährung verstanden werden müsse, gegen einen der Hauptverursacher von »schweren Krankheiten« und »Krankheitskosten in Milliardenhöhe«. Zwei Jahre später, im August 1985, drohte Jutta Ditfurth, damals Stadtverordnete im Frankfurter Kommunalparlament, und seither auf die Rolle der verfolgenden Unschuld abonniert, dem Stadtverordnetenvorsteher mit einer Strafanzeige wegen Körperverletzung, falls jener nicht kraft Amtes das von den Grünen gewünschte Rauchverbot durchsetzen würde, welches im Parlament keine Mehrheit fand. Es liege nämlich, referierte die FR damals Ditfurths Begründung, »längst der Nachweis vor, daß durch das 'Passivrauchen' eine Gesundheitsgefährdung für Nichtraucher gegeben sei. Denn von den im Tabakrauch enthaltenen Giftstoffen würden zwei Drittel nicht vom Raucher selbst aufgenommen, sondern an die Umgebung abgegeben. Da die Stadtverordneten verpflichtet seien, an allen Arbeitssitzungen des Parlaments teilzunehmen, erwarten die Grünen deshalb, daß ihrem Verlangen nach körperlicher Unversehrtheit auch Rechnung getragen wird . « So hatten die alternativen Gesundheitserziehungsdiktaturen mit der auffälligen Schwäche für trieb- und kostendämpfende Keuschheitskost, die basisdemokratischen Verzichtsethiker mit der psychologisch signifikanten Eiweiß-Phobie und einer Vorliebe für den dekretierten Speisezettel in geduldiger Kleinarbeit jene Denkmuster zusammengewebt, welche das Nürnberger Amtsgericht als herrschende Meinung bereits vorfinden mußte, um unbehelligt von massiven öffentlichen Protesten Anklage wegen Körperverletzung erheben und Untersuchungshaft verhängen zu können gegen einen Mann, dem keine gegen geltendes Recht verstoßende Tat vorgeworfen werden kann, sondern dessen Verschulden allein darin besteht, daß er als Mensch existiert, also schwitzt, riecht, ißt, hustet, niest, kopuliert – und krank ist. Was lange Zeit als Possenspiel erschien, als machthungriges Gehabe harmloser Gesundheitsapostel, die heute im Pentagon den ersehnten nikotinfreien Arbeitsplatz finden würden, und in deren ramponiertem Gefühlshaushalt das tierische Eiweiß ungefähr die Rolle spielt, welche der Alkohol in den Zwangsvorstellungen khomeinisierter Massen und Pornographie oder Drogen in den Kreuzzugsvisionen eines Reagan übernehmen müssen, entpuppt sich nunmehr als ideologische Einstimmung auf den Ernstfall.

Der Ernstfall tritt ein, wenn eine Regierung ihrer immanenten Dynamik folgt und versucht, unter mehr oder minder plausiblen Vorwänden den erklärten oder nicht erklärten Ausnahmezustand zu verhängen. Unter Berufung auf die dem Gemeinwesen drohende Gefahr, in der Regel auf den inneren oder äußeren Feind, setzen sich die Behörden dann über geltende Gesetze hinweg, um die Rechte von diskriminierten einzelnen oder Gruppen einzuschränken. Weil der Erfolg der Maßnahmen abhängig ist von der Kooperationsbereitschaft einer opfer- und verzichtwilligen Bevölkerung, muß die Regierung an Vorstellungsinhalte anknüpfen können, die sich entweder ohne ihr Zutun gebildet haben, oder die andernfalls von langer Hand planvoll herbeigeführt worden sind. Schon die Beschwörung einer dem Gemeinwesen drohenden Gefahr setzt Leute voraus, die gelernt haben, den in der Regel abwegigen Gedanken nicht mehr abwegig zu finden. In diesem Sinn dürfen die Behörden sich bei den Grünen bedanken, deren politische Arbeit in den letzten Jahren vornehmlich darin bestanden hat, jene Kette von apokalyptischen Visionen nicht abreißen zu lassen, in welche sich die Gauweiler-Vision nun ganz zwanglos einfügt. Nicht minder gründlich hatten die Grünen die Ächtung der Sexualität vorbereitet, deren Diskriminierungsgrad sich stets zuverlässig an der Intensität exzessiver Strafwünsche gegen Sittenstrolche ablesen läßt und an der Bereitschaft, dem eigenen erotischen Unvermögen den Rang einer für alle verbindlichen Norm zu geben. »Daß es für dieses Verbrechen keine angemessene Strafe gibt, nichts, was das seelische Leid des mißbrauchten kleinen Mädchens aufwiegen könnte«, war der »taz«-Kommentar zu einem Gerichtsurteil, welches Wilhelm Dreisvogt, ein Mitglied der Grünen, für acht Jahre hinter Gitter brachte, weil er sich wie der sprichwörtliche gute Onkel benommen hatte. »Acht Jahre sind angemessen bei der Schwere der Schuld«, meinte Antje Vollmer, die Theologin, und ließ vorübergehend die Bergpredigt sein. »Eine wirkliche Wende wäre es, wenn hier oben zum Beispiel ein Kanzler stehen würde und die Menschen darauf hinweisen würde, daß es Formen des Liebesspiels gibt, die sehr lustvoll sind und die Möglichkeit einer Schwangerschaft gänzlich ausschließen«, erklärte Waltraud Schoppe, Abgeordnete der Grünen, im Bundestag, und für den perversen Wunsch, ausgerechnet vom Regierungschef höchstselbst in die Geheimnisse des Liebeslebens eingeweiht zu werden, was ungefähr auf die Reinstitutionalisierung eines modifizierten jus primae noctis hinausliefe, spendeten sich als antiautoritär mißverstehende Gesinnungsfreunde herzlichen Beifall. »Aids – die andere sexuelle Revolution: Abschied vom koitalen Mann. So provozierend es klingt: Die Seuche könnte eine Chance für ein freieres und weniger gewaltsames Liebesleben zwischen Frauen und Männern sein«, titelt jetzt frohlockend das »Zeit«-Feuilleton, wie wenn der potenzmittelvertilgende bundesrepublikanischen Durchschnittsmann noch eigens zum Verzicht auf den Gebrauch seiner im Alltagsstreß verkümmerten Geschlechtswerkzeuge angespornt werden müßte, zu jener Enthaltsamkeit auf unfreiwilliger Basis also, unter welcher die Durchschnittsfrau mehr zu leiden hat als unter zudringlichen Eroberungsversuchen stürmischer Liebhaber im ehelichen Schlafgemach, und welche der wahre Grund für die sexualfeindlichen Ressentiments alternativer und konventioneller Spießer ist, die jetzt in AIDS einen Vorwand gefunden haben, unter Strafandrohung anderen zu mißgönnen, was sie selbst nicht können, mit dem Effekt, daß das eunuchenhafte Verhältnis zwischen kastriertem Schmeichelkater und sterilisierter Schmeichelkatze als »weniger gewaltsame« Form des Liebenslebens zwischen Menschen vom Gewaltapparat des Staates durchgesetzt wird.

Wenngleich das wiedererstarkte gesunde Volksempfinden, welches in Nürnberg und danach in Frankfurt rechtskräftig geworden ist, in den Grünen stets einen engagierten Förderer hatte, heißt dies noch nicht, daß sich die Grünen in der Entscheidungssituation wie die Partei des gesunden Volksempfindens verhalten müssen, zumal die Übernahme eigener falscher Denkmuster durch rivalisierende Kräfte auch die Chance zur Distanzierung bietet. Mit umso größerem Interesse durfte deshalb die Reaktion der Grünen und ihnen nahestehender Presseorgane auf einen Fall erwartet werden, der über den Erfolg oder Mißerfolg der Kriminalisierung von Kranken entscheidet, und der alle Elemente eines Justizskandals enthält: Während Krankheit sonst Haftunfähigkeit begründet, ist sie in Nürnberg der eigentliche Haftgrund. Während die Verhängung von Untersuchungshaft sonst an zwei Bedingungen gebunden ist, an nicht nur hinreichenden, sondern dringenden Tatverdacht, und an das Vorliegen eines Haftgrunds wie Flucht- oder Verdunkelungsgefahr, bei Kapitalverbrechen auch Wiederholungsgefahr, wird in Nürnberg ein Mann auf Grund ausschließlich eigener Angaben festgehalten, die kein Beweismittel sind, sondern nur unbewiesene Behauptungen. Während die Anklage sich sonst auf einen beweisbaren Schuldvorwurf stützen muß, werden dem Nürnberger Untersuchungshäftling Taten zur Last gelegt, die sich bekanntermaßen niemals und grundsätzlich nicht werden beweisen lassen, weil kein Virus sich den Wohnsitz seiner Vorfahren merken kann und Infizierte, die mit dem Häftling Kontakt hatten, sich die Infektion auch anderswo zugezogen haben könnten. Während die Mindestvoraussetzung für Untersuchungshaft sonst ein Straftatbestand ist, ein Verstoß gegen geltende Strafgesetze, wird in Nürnberg ein Mann unter dem Vorwurf der schweren Körperverletzung inhaftiert, der nur aidskrank war und nach eigenen Angaben sexuelle Beziehungen hatte, obgleich weder das eine noch das andere noch beides zusammen gesetzlich verboten ist.

Dazu meint Seuchenexperte Kuno Kruse in seinem »taz«-Kommentar unter dem Titel »Zur strafrechtlichen Verfolgung einer Körperverletzung durch Beischlaf«: Gesellschaftlicher Verantwortungskodex manifestiert sich auch in juristischen Regeln und Gesetzen. Warum soll AIDS da herausfallen? Die Bereitschaft zur Infektion eines Ahnungslosen mit einem Virus, von dem heute niemand sagen kann, ob er nicht immer tödlich enden wird, ist kein Kavaliersdelikt. Selbstverständlich trägt der Gesunde einen erheblichen Teil an der Verantwortung, wenn er sich nicht schützt. Aber wollen

wir nur noch eine Gesellschaft im Kettenhemd, in der jeder dem anderen mißtrauen muß? Sollen Kondome Offenheit ersetzen? Wird Sexualität grundsätzlich angstbesetzt mit Restrisikobereitschaft? Selbstverständlich hat derjenige, der *um eine Infektion weiß* (Hervorhebung W. P.), die moralische Pflicht, den anderen davon in Kenntnis zu setzen, auch wenn er dadurch Liebesentzug fürchten muß. (...) Auch Sexualität muß vor Gerichten verhandelt werden können, wie z. B. Vergewaltigung in der Ehe.«

Wir schlagen das Bändchen »Aus dem Wörterbuch des Unmenschen« auf, Stichwort »wissen um«, und lesen: »Die nichts Bestimmtes und nichts auf bestimmte Weise wissen, machen uns doch vor, sie seien nur um so tiefer eingeweiht. Sie sind nicht Unmenschen von der gewaltsam tätigen, sondern eher von einer um jeden Preis untätigen, lasterhaft geschämigen, zugleich verblasen hochmütigen und hochmütig verblasenen Art. Das Darumherumwissen drückt jene nichtsnutzige Sentimentalität aus, die sich nicht selten und nicht ungern mit der ehrfurchtslosesten Brutalität zu paaren vermag.«

Konkret 04/87, S. 72

Peggy Parnass

Mord für Mord

Ein Callgirl, das erdrosselt aufgefunden wird. Ein Ehemann, der im Alleingang den Mörder sucht. Eine untätige Polizei. Und ein Freier, der am Ende zerstückelt im Wald liegt: Die Geschichte einer Besessenheit

26.2.87. Strafjustizgebäude Hamburg. Warten, Ungeduld. Schon um 8.30 Uhr da, um nichts zu verpassen. Große Foto- und Filmsession vorm Saal. Um 9.00 Uhr soll es losgehen, um 9.50 Uhr sitzt endlich der Angeklagte Harald Ruthenberg, an einen Beamten gefesselt, auf der Anklagebank. Sehen aus, so nebeneinander, wie ein scheues Liebespaar. Ruthenberg, der an der Verhandlung nicht teilnehmen will, ist unausgeschlafen, unrasiert, blaß. Hat dichtes, dunkles Haar, Schnurrbart, T-Shirt, Jeans. Und Turnschuhe wie die Grünen im Parlament.

Der Vorsitzende Jürgen Schenck: »Versprechen Sie, sich wie ein gesitteter Mensch zu verhalten? Dann sind Sie die lästigen Dinger gleich los.«

Erst als die Fotografen draußen sind, wird auch der 37jährige Mitangeklagte Wolfgang Lübbe, Ruthenbergs Freund, reingeführt. Blond, tätowierte Hände, Jeans und Cowboystiefel. Sagt: »Da ich mit der Sache nichts zu tun hab, sollen auch keine Fotos von mir in die Zeitung.« Und verweigert die Aussage. Lübbe war nach der Ausbildung zum Blechschlosser lange als Ingenieursassi auf großer Fahrt, wollte sich weiterbilden. Zwei Jahre Wartezeit setzten einen Riegel davor. Hat aus zwei Ehen insgesamt vier Kinder. Das jüngste wurde geboren, während er auf der Flucht in Brasilien war. Seine junge, hübsche Frau ist da und wirft ihm sehnsüchtige Blicke zu.

Mit welcher Sache will Lübbe nichts zu tun haben? Mit dem sehr gründlichen Mord an dem angesehenen Bankkaufmann Jürgen Frahm, 42, am 22. Februar 1985, im Wald bei Tostedt. Der verheiratete Mann war, wie manch anderer verheiratete Mann, Kunde bei einem Callgirl. Was das mit der Sache zu tun hat? Auch sie wurde ermordet, und der Mord an ihr war der Auslöser für den zweiten Mord. Denn ihr Mann, der jetzt angeklagte Harald Ruthenberg, hielt Frahm für den Täter. Monika Ruthenberg, früher Verkäuferin bei Peek & Cloppenburg, seit neun Jahren als »Nina Sanders« in ihrem neuen Beruf tätig, wurde am 1. November 1984 nackt, erdrosselt an den Türdrücker in ihrem Rahlstedter Arbeitsappartement gehängt, von ihrem Mann aufgefunden. »Ich hab sie abgehängt.«

Kripobeamter: »Herr Ruthenberg war sehr aufgeregt, total aufgelöst, weinte, hat praktisch unsere Arbeit am Tatort behindert. Er stammelte und wimmerte nur noch: 'Dieses Schwein, diese Sau, wer war das, den bring ich um!'« – Danach wurde er Dauergast der Mordkommission, am Telefon und in Person, und nervte die Beamten.

Ruthenberg: »Ich war sehr aufgeregt, fast kopflos. Wurde der Kripo lästig. Ging immer wieder hin.« Er vermutete den Mörder seiner Frau bei der Konkurrenz aus dem Milieu oder unter den Freiern. »Niemand nahm mich ernst. Die gingen meinen Hinweisen nicht nach. Ich fühlte mich sehr alleingelassen.« Das war er auch. Denn die Polizei hielt ihn, ohne daß er es wußte, für den Mörder.

Ein Mord war geschehen, den zweiten hätte man sicher verhindern können. Wenn man Harald Ruthenberg auch nur einmal ernst genommen hätte.

Die Geschichte ist nicht neu. Mir fallen Filme ein. Tausend Krimis leben davon, daß der Held, von der Polizei im Stich gelassen, im Alleingang den wahren Täter sucht. Doch was dem Angeklagten hier zur Last gelegt wird, ist schauriger als in den meisten Filmen.

Staatsanwalt Reitzenstein zählt auf: Opfer betäubt, entführt, geschlagen, beide Ohrmuscheln ab, beide Arme fast ganz abgehackt, Penis abgeschnitten, die Gliedmaßen mit Paketband abgebunden, um ein Verbluten zu verhindern, mit Rasierklingen gefoltert. Wollte aus Rache ganz langsames, qualvolles Sterben.

Vorsitzender: »Ihnen wird eine Tat vorgeworfen, die für einen normalen Menschen schwer begreiflich ist.«

Ruthenberg: »Der Mord an meiner Frau ist für mich auch schwer begreiflich. Sie werden sicher verstehen, daß ich ausgeschlossen werden möchte. Da ich doch nicht aussage, was soll ich hier? Seit 28 Monaten spiele ich den Mörder meiner Frau. Da sind meine Nerven nicht die besten.« Er versucht mühsam, sich zu beherrschen, kann vor Aufregung kaum sprechen.

Vorsitzender: »Das ist so nicht möglich. Ein Ausschluß ist laut Gesetz nur durch Störung des Angeklagten zu erzwingen. Wie in manchen Terroristenprozessen . «

Ruthenberg stört aber nicht, erzählt: »Abgebrochene Lehre, wir Kinder wollten alle schnell aus dem Haus und Geld verdienen. Hab mir später Wissen angeeignet, als Kfz-Mechaniker, Drucker usw. Meine Frau verstand sich mit jedem. Meine Frau hatte einen guten Charakter. Wollen Sie alles hören? Ich hab 64 Seiten als Gedächtnisstütze geschrieben. Am 31. 10.84 waren meine Frau und ich im Appartement. Und als es klingelte, ging ich durch die Kellertür. Wartete im Wagen auf unser Zeichen, daß sie allein war. Sah zwei Herren, hielt sie für Vertreter. Der eine, klein und bärtig, hockte sich vor

dem Terrassenfenster meiner Frau hin und versuchte reinzugucken. Ich verscheuchte ihn. Einen Teil der Nummer vom Mercedes konnte ich erkennen. Das erzählte ich auch der Mordkommission, als meine Frau tot war. Diesem Hinweis gingen die nicht nach. Ich fand den Inhaber auf eigene Faust. Es war Udo L., und der sagte: 'Wir waren bei der Negerin.' Frahm hätte sie gebumst, er hätte nur gewartet. Er gab mir Frahms Adresse. Der sagte, Udo L. hätte die Negerin gebumst, und er hätte nur zugesehen. Zur Tatzeit wäre er mit einer Kollegin essen gewesen. Und am Tag davor mit Udo L. im Restaurant und in der Bücherhalle. Warum ich das wissen wollte? – 'Weil ich den Mörder meiner Frau suche. ' Und weil ich da noch nie ne Negerin gesehn hab, fragte ich: 'Wie sah denn die Negerin aus?' – 'Dicker Kopf, dicke Nase, dicker Hintern.' Frahm log ständig, wenn ich Auskünfte verlangte. Ich überprüfte alles. Bücherhalle? Die war doch am Mittwoch geschlossen. Das Restaurant auch. Habe mich viele Male mit Herrn Hesse von der Mordkommission unterhalten, ging immer wieder hin. Sagte: 'Merkwürdig, daß ein Filialleiter sich in seiner Freizeit als Spanner betätigt.' Hesse: 'Lassen Sie den Mann in Ruhe, sonst nehmen wir Sie in Haft. Frahm hat ein Alibi.«

Woher Hesse das so sicher wissen konnte, ist mir nicht klar. Denn Frahms Alibi wurde erst nach dessen Tod überprüft. Hieb- und stichfest ist es immer noch nicht. Man hatte ihn nie erkennungsdienstlich behandelt. Begründung: Frahm sei doch ein seriöser, nicht vorbestrafter Bankkaufmann. Erst von der Leiche wurden Fingerabdrücke gemacht. Dabei stellte man fest, daß der einzige vorhandene Abdruck auf einem Glas nicht von Frahm war. Verteidiger Bossi: »Wie schnell man als Tatverdächtiger aussscheiden kann, wenn man Bankkaufmann ist, ist erstaunlich. Wenn ich mich in Ruthenbergs Lage versetze, der überengagiert ist, weil er seine Frau verloren hat...«

Bei der Mordkommission wurde Ruthenberg ein Phantombild gezeigt von einem schmächtigen Mann mit Vollbart und Brille, der viele Callgirls überfallen und mißhandelt haben soll. Ruthenberg ließ Frahm eine zeitlang in Ruhe und jagte dem Phantom nach.

Bald glaubte er, den Verdächtigen gefunden zu haben, einen bärtigen Studenten namens Bollmann. Ruthenberg verletzte ihn durch eine Kugel am Kopf, verfolgte ihn ein andermal mit dem Wagen schwer bewaffnet durch die ganze Stadt. Als die Polizei Ruthenberg anhielt, rief er: »Nehmen Sie diesen Mann fest, das ist der Mörder meiner Frau.« Die Polizei stellte Waffen bei Ruthenberg fest. Zwei Pistolen, einen Baseballschläger, ein Beil, Handschellen und zwei Tränengassprühdosen. Unternahm aber immer noch nichts.

Zur Tat befragt, sagt Harald Ruthenberg nur: »Ich war nicht allein, ein Bekannter war dabei. Ich möchte lieber, daß Dr. Maisch erzählt, ihm hab ich alles gesagt.«

Erst sagen aber noch einige andere aus.

1. Eine Hausfrau, die am 22.2.85 frühmorgens im Dunkeln laute Hilfeschreie hörte, in der Nähe ihres Tostedter Reihenhauses einen schnellen Kastenwagen vorbeifahren sah, und im Freien eine Tasche mit Butterbroten und drei Wollmützen mit Sehschlitzen fand.

2. Frahms Freund Udo L., Kaufmann, Wirtschaftsberater, der sich in Widersprüche verwickelt. Bossi: »Wenn Sie's in der Öffentlichkeit nicht sagen mögen (das mit der Negerin)...« Vorsitzender: »Wir sind ja hier kein Betverein. Wir kennen das eh.« Udo L. will nie mit Frahm über den Tod Monika Ruthenbergs gesprochen haben, obwohl der einen Tag nach dem gemeinsamen Besuch dort geschah, will auch nie bei einem Callgirl gewesen sein. Als er genug gemurmelt hat, sagt Bossi: »Wir verzichten auf Vereidigung, da die Aussage dadurch auch nicht an Wahrheitsgehalt gewinnt.« Ruthenberg aber verlangt eine Vereidigung.

3. Zwei Straßenwärter: »Wir fanden den Mann. Er lag so auf dem Bauch, Hände nach hinten gefesselt, die Füße auch. Die Arme waren ab, hingen nur noch an einem Faden. Und die Ohren waren nicht mehr dran. Ich deckte ihn mit meiner Jacke zu und legte was unter seinen Kopf. Er sagte: 'Oh, meine Arme.' Und daß er überfallen wurde und daß er aus Hamburg war. Wenn man da ist, ist man aufgeregt. Ich bitte um Verzeihung. Er war noch ungefähr 40 Meter gerobbt. Das konnte man sehen.«

Wie ist es möglich, daß ein Mensch das alles erträgt? Gellend um Hilfe schreit, nicht mal das Glück hat, ohnmächtig zu werden. Nach all dem immer noch am Leben ist und in der Lage, Auskunft zu geben?

4. Ein Rettungssanitäter, der danach kam: »Er hat gerade noch geatmet, stöhnte. Die Extremitäten waren abgeschnürt mit Paketband. Auch der Penis. Wir hatten sowas noch nie gesehen.«

5. Der Gerichtsmediziner Dr. Hildebrand. Der Vorsitzende fragte ihn: »Hätte er gerettet werden können, wenn er, sagen wir mal, es waren ja ländliche Verhältnisse, nach 40 Minuten auf den Operationstisch gekommen wäre?« – »Es ist möglich. Er war ja ein recht kräftiger, völlig gesunder Mann. Ein reiner, klassischer Fall von Ausbluten«.

6. Zeugin Antje, eine selbstbewußte, junge Friseuse, hat, als sie aussagt, ihr hübsches Baby auf dem Schoß. Sie war Monikas beste Freundin und direkte Nachbarin. »Die Ehe war gut. Trennung? Nein, das hätte Monika mir erzählt. Sein Verhältnis zu der anderen Frau war ja schon vorbei, das war gegessen. Die Zeit nach dem Mord waren wir mit Ruthenberg zusammen, weil wir alle sehr traurig waren. Er war richtig fertig. Mochte nicht in seine Wohnung, weil ihn da alles an sie

erinnerte. Darum machte ich die Wohnungsauflösung. Er hatte schon 'nen Haß, sagte immer wieder: 'Wer hat das bloß getan, wenn ich den erwische!' Monika und er hatten ein festes Ziel vor Augen. Sie wollten in ein, zwei Jahren ein Häuschen in Spanien kaufen. Sie war eher der Typ, wenn Harald Feierabend sagte, dann sagte sie, nee, den nehm ich schnell noch mit. Er ist nachts viel durch die Wohnung gegeistert. Wir entwarfen ein Plakat für die Hauswände und den Aldimarkt: 'Wer hat was gesehen? Telefonnummer und Belohnung. ' Ruthenberg wollte 50.000 Mark zahlen, die ganze Lebensversicherung seiner Frau, ging aber auf 20.000 runter, weil die Polizei ihm dazu riet: »Sonst melden sich viele nur der hohen Summe wegen und stören die Ermittlungen.«

Ruthenberg: »Ich bekomm' gar nichts mehr mit. Hab jetzt zwei Nächte nicht geschlafen, nichts gegessen. Magenkrämpfe. Ich bin nervlich am Ende. Ich könnte noch in der Sonne in Brasilien sitzen, mit den 50.000 Mark Lebensversicherung meiner Frau. Aber ich will den Mord an meiner Frau klären.«

Vorsitzender: »Wir machen jetzt 1 1/2 Stunden Pause. Hauen Sie sich solange hin.«

In der Gerichtskantine sagen mehrere Juristen, daß Ruthenberg 500.000 DM von Monikas Lebensversicherung geerbt habe und lassen es sich nicht ausreden . Das sei sein Motiv gewesen. Doch erstens waren es in Wirklichkeit nur 50.000 DM und nicht eine halbe Million, zweitens sind die Ermittlungen gegen ihn längst eingestellt. Er ist ja nicht deswegen gleich nach dem Mord an Frahm nach Brasilien geflohen.

Die restliche Zeit verbringe ich mit Ruthenbergs Schwester und ihrem Mann. Beide sind sehr aufgeregt. »In der BILD steht, er trägt eine protzige Uhr, als wäre es eine Zuhälter-Rolex. Dabei haben wir sie ihm geschenkt. Für 69 Mark in der Metro gekauft. Er war nie Zuhälter, sondern Hausmann. Er kochte, machte sauber, wusch, baute Schränke, renovierte. Und er nahm als einziger von uns sechs Geschwistern unsere rechtsseitig gelähmte Mutter zu sich. Er pflegte sie und brachte ihr unter großen Mühen das Gehen an der Krücke wieder bei. Er sagte zu ihr, solange ich lebe, kommst du nicht ins Pflegeheim. Vor unserem betrunkenen Vater sind Mutter und wir Kinder oft aufs Dach geflüchtet. Wenn meine Mutter heut noch leben würde, ich hätt sie in'n Gerichtssaal reingefahren. Wenn Monika noch leben würde, die würde um ihn kämpfen. Unsere Mutter starb, als er in Brasilien war. Sie war sein ein und alles. Wir wollen unser Haus verkaufen. Werden verfolgt, bedroht, belästigt, noch heute, nach zwei Jahren. Auch meine Mutter mochte das Haus nicht mehr verlassen, weil Leute von der Presse uns dauernd auflauerten. Mein Bruder sagte, ich will meinen Prozeß, und er selber wollte nach Deutschland zurück, und er ging sogar in den Hungerstreik, um das durchzusetzen, weil er erst in brasilianischer Haft erfuhr, daß er seine Frau umgebracht haben soll.«

Seine Schwester ist von Anfang bis Ende jeden Verhandlungstag im Gericht, obwohl sie als künftige Zeugin nicht in den Saal darf. Sie sagt: »Ich halt es zu Hause nicht aus.« Und: »Bossi kostet Geld, das bezahlen wir. Denn mein Bruder hat keinen Pfennig.« Sie und ihr Mann, einfache Leute, die erst nach Monikas Tod von deren Beruf erfuhren, geben für den Bruder alles her, was sie haben. Dessen Geld ist für die Suche nach dem Mörder seiner Frau zum großen Teil draufgegangen.

Herr Heier von der Kripo kommt als Zeuge auf den Mord an Monika zu sprechen: »Es liegt ja nahe, in Herrn Ruthenberg den Täter zu sehen.« Ruthenberg: »Und welches Motiv, Herr Heier?« Vorsitzender: »Der Mord an der Frau gehört nicht hierher.« Gehört natürlich doch hierher. Die Tragödie Frahms ist ja untrennbar damit verknüpft. Heier: »Er litt ja an Verfolgungswahn.« Harald Ruthenberg gibt wieder Beispiele für die miserable, wie er sagt »saumäßige« Ermittlung an. Seine Stimme überschlägt sich: »Hesse hat doch gesagt, ich schließe als Täter aus. Sie haben mich doch nur belogen. Und auch Frahm und Udo L. haben Sie doch nur durch meine Hinweise gefunden.«

Bossi: »Es macht zumindest eines klar: daß die Polizei Herrn Ruthenberg für einen Verrückten hielt, den man nicht ernst nehmen muß, über dessen viele Hinweise man nur lachen kann. Der verzweifelt, auf sich gestellt, sucht und sucht.« Ruthenbergs Beine zucken schon den ganzen Tag.

Danach erzählt Dr. Herbert Maisch, renommierter psychologischer Gutachter, von seinem Gespräch mit Ruthenberg. Ihm schilderte der Angeklagte aus seiner Sicht, wie er Frahm frühmorgens in einem Kastenwagen entführte, um ihn zum Reden zu bringen, wie das Opfer sich wehrte und schrie, wie Ruthenberg den vermeintlichen Mörder seiner Frau, gegen Acht bei Tostedt ins Wäldchen schleifte, ihn mit einem Rasiermesser bedrohte, ein Geständnis hören wollte. »Ich sah, daß ich so nicht weiterkam.« Wie er Frahm eine nicht geladene Pistole in den Mund steckte und abdrückte. Wie er, als dann der arme Mann endlich zwei sich widersprechende Geständnisse ablegte, das Motiv wissen wollte. Wie er mit dem Geständnis nicht zufrieden war. Wie er dachte, daß er Frahm 'härter anpacken' müsse. Wie er, um das zu können, eine halbe Tablette LSD nahm, aber angeblich keine Wirkung verspürte.

Die muß aber doch reichlich da gewesen sein. Denn er schlug sein Opfer wie rasend mit dem Kopf gegen einen Baum, bis Frahm die Tat auf seinen Freund Udo L. schob und Ruthenberg 50.000 Mark anbot, um freizukommen.

Ruthenberg: »Da gingen mir sämtliche Bilder von meiner Frau durch den Kopf. Da hat die Kripo noch Frahm und L. in Schutz genommen, und der bot mir 50.000 DM. Er hätte mir Millionen bieten können. Sie hing da, war ja so wehrlos!« – Die Qualen beider Männer müssen, wenn auch verschieden, ungeheuerlich gewesen sein.

Ruthenberg dreht durch und verstümmelt, völlig entfesselt, sein Opfer: schneidet Frahm die Ohren ab, schlägt mit dem Beil auf ihn ein. Als Frahm ein Motiv für den angeblichen Mord an Monika nennt (»Wir wollten Perversionen, sie machte nicht mit . «) und behauptet, er selber habe ihr nur die Hände festgehalten – Ruthenberg: »Da rastete ich völlig aus, schnitt Frahm den Pimmel ab«. Und zuletzt: Wie er noch einmal in das Wäldchen zurückging und auch den zweiten Arm abhackte. »Ich wollte Frahm nicht umbringen. Er sollte leben. Was nützt mir ein toter Frahm?«

Danach die Flucht über Amsterdam nach Brasilien.

3. UND 4. TAG: Noch viele Zeugen kommen. Es fängt wieder mit dem Todestag Monika Ruthenbergs an.

Kripomann Heinz Hesse wird befragt. Sehr adrett, überkorrekt aussehend, ein Mann grau in grau. »Ich habe Ruthenberg mehrfach gesagt, er solle sich etwas mehr zurückhalten. Er hat mir ganz klar zu erkennen gegeben, daß er den Täter umbringen würde. Das hat er mehrmals gesagt. Er kam immer wieder mit was anderem. Das Phantombild der Sitte wurde ihm gleich am ersten Tag gezeigt. Und am nächsten Tag nochmal.« Die Kripo fand sein Auftauchen nicht nur lästig, sondern völlig blödsinnig. »Wir haben uns nicht gerade freundschaftlich unterhalten, ich habe mich da nicht zurückgehalten.«

Ruthenberg: »Wenn die Polizei mir Glauben geschenkt hätte, wäre die ganze Sache Frahm in 48 Stunden aufgeklärt gewesen.« Aufgeklärt – so oder so. Auf jeden Fall würde der Mann heute noch leben.

Schulfreund Holger: »Er war total aufgelöst. Es wurde immer schlimmer. Wir hingen früher zusammen wie die Kletten. Wenn die Polizei nicht weiterkommt oder schlampt, muß man doch auf eigene Faust suchen. Hätt' ich auch gemacht. Er war in der Schule sehr, sehr gut. Hat mir oft geholfen. Er war draußen hart, innen ganz weich. Der Süden, das waren keine Träume, sondern feste Pläne. Sie wollten sich selbständig machen.«

Ilona, Friseuse, ehemalige Geliebte: »Unser Verhältnis dauerte ein Jahr und war ein halbes Jahr vor Monikas Tod zuende. Davor rief Monika mich an, hat geschimpft. Als wir uns trafen, hatten wir ein ganz ruhiges Gespräch, und dann haben wir beide geheult zum Schluß.« Ruthenberg ist hochrot. Was fühlt er? Die weiche Stimme weiter: »Nach ihrem Tod rief Ruthenberg mich an, hat fürchterlich geweint.« Vorsitzender: »Hat er wieder Anschluß bei Ihnen gesucht?« – »Nee, überhaupt nicht.«

Ruthenberg war auch bei mehreren Wahrsagerinnen gewesen, in seiner Verzweiflung. Was wollte er von ihnen wissen? Zeugin Clarissa »Klärchen« Svensson, 62, Handleserin, alles andere als mystisch, sagt aus: »Ich sollte herausfinden, wer der Mörder seiner Frau war, Bollmann oder Frahm. Vor mir saß ein psychisches Wrack. Er hätte keinen Wahrsager, sondern eine Therapie gebraucht. Ein weicher, labiler Mensch. Sagte ihm, daß sich spontane Reaktionen nicht lohnen. Ein paar Nächte vor der Tat wollt er mich dringend sprechen. Mein Mann wimmelte ihn ab. Er war wohl in ziemlicher Not. Ich rechne es mir als Schuld an, ihn nicht gleich angehört zu haben. Er muß bei der Tat nicht bei sich gewesen sein.« Bossi: »Ich kann die Frau nur bewundern. Was sie alles erkannt hat. Das Gericht verhandelt seit Tagen und ist weit davon entfernt. Wie wir gehört haben, hat das Gericht hohe Ziele.«

Die Gutachter sind dran. Der Toxikologe Prof. Schmoldt sagt: »Es war nicht LSD, sondern 'DOB'!« – eine neue Designerdroge aus dem Labor. Darüber kann er nicht viel sagen, weil das Mittel nicht ausreichend untersucht wurde.

Gutachter Dr. Herbert Maisch geht einfühlsam auf Ruthenberg und seine schwere Kindheit mit dem rabiaten Vater ein. Auch auf seine gute Ehe. Auf den erstaunlichen IQ von 129. 97% aller liegen drunter. Hochschulniveau. Und auf die Fehler der Polizei. Und seinen Zusammenbruch. Erklärt ihn dann doch für schuldfähig. Sagt: »Die Laienvorstellung, das tut kein normaler Mensch... Wenn es so wäre, dann gäbe es kaum eine monströse, absonderliche Tat.«

Zu den erwarteten Plädoyers kommt es nicht mehr. Bossi erklärt die drei Richter für befangen. Das Gericht vernehme die Zeugen voreingenommen, ohne Lust und Interesse. Die Kammer lehnt seinen Antrag auf formalen Gründen ab.

Das Urteil: lebenslänglich für Ruthenberg, sechs Jahre für den Mitangeklagten Wolfgang Lübbe. Die Verteidigung hat Revision angekündigt.

Ganz kurz kann ich Ruthenberg sprechen. »Ist es nicht schrecklich für dich zu wissen, daß du den falschen Mann umgebracht hast?« Ruthenberg verblüfft: »Wieso den falschen? Er war es doch!« Selbst wenn – auch darauf hätte nicht die Todesstrafe gestanden.

Konkret 04/87, S. 77

Michael Kunitzsch

Sex im Safe

Über eine Verkehrsregelungsdebatte. Nach Karl Kraus

Ich sah die geheimnisvollen Lettern eher zufällig eines abends auf dem Bildschirm. A-I-D-S. *So und nicht anders muß Belsazar zumute gewesen sein, als ein Finger an der Wand zu schreiben begann. Aber diese rätselhafte Inschrift zu deuten, hätte sich selbst ein Daniel vergebens bemüht.* Etwas stand mir bevor. Beklommen starrte ich auf die Mattscheibe. Da sah ich, daß der zweite Buchstabe, das »I« vorsichtig an das »A« heranrückte, um es zu besteigen. Es krümmte sich plötzlich und begann das hingespreizte »A« zu ficken. Bei Gott. Das »I« fickte das »A«. Ich tastete nach der Fernbedienung. Kein Ton. Ein tierisches Grunzen, selbst ein hingestöhntes »Ia« hätte ausgereicht, mich zu beruhigen. Stattdessen die etwas zu schrille Stimme aus dem off, die es mit Rücksicht auf die öffentliche Gesundheit nötig fand, mir und den übrigen Sündern der Welt zuzurufen: A-I-D-S! Ununterbrochen rief sie es. *In die Paläste der Reichen drang ihr Ruf und in die Hütten der Armen, und wo zwei Übelberatene daran waren, der Stimme der Natur zu folgen, war der Ruf stärker als die Stimme. A-I-D-S!*

Erst später wurde mir klar, daß es um nichts Geringeres ging als den Start einer Initiative mit dem Namen »Abstinenz Ist Das Sicherste«. Ich hatte es nicht sogleich erraten, weil sich mir beim Anblick der vorsichtigen Chiffre, die sich diese Kampfgemeinschaft gegeben hatte, zunächst eine »Ausgesprochen Idiotisch Dargestellte Sauerei« aufgedrängt hatte, und ich war nun im Zweifel, ob es sich nicht auch um »Achtung Ich Duze Sozialdemokraten« handeln könne. Als ich aber erfuhr, daß man eine »Aufklärung In Dringender Sache« vorhabe, verlor ich diese Spur und dachte noch an »Auflagen-Impuls Durch Sex«. Und siehe, auch diese Deutung brachte mich dem wahren Sinn der Inschrift näher.

Es handelte sich also um eine Initiative, *deren Mitglieder statutengemäß verpflichtet waren, keine Geschlechtskrankheit aufkommen zu lassen*. Ich sympathisierte im Verlauf der nun folgenden Fernsehdiskussion umso mehr mit den Bestrebungen des Vereins, als von anwesender wissenschaftlicher Seite nicht bestritten, vielmehr sogar durch empirische Studien belegt wurde, daß die Ursache der Geschlechtskrankheiten im Geschlechtsverkehr zu suchen sei. Und nichts schien mir logischer und unanfechtbarer als *die Ansicht, daß man ihnen durch Enthaltsamkeit und tadellosen Lebenswandel ein sicheres Ende bereiten könne.*

Nur Prüderie und falsche Scham hätten den Verein davon abhalten können, der Welt das einzig unfehlbare Mittel gegen Ansteckung zu verraten. Freilich, so sehr man die Gesinnung anerkennen mochte, die diese Aktion ins Leben rief, so mußte man doch die Schwierigkeiten bedenken, die sich ihr in den Weg stellten, und sich sagen, daß die Welt leider noch nicht auf der Höhe einer solchen Wahrheit stehe.

Aber A-I-D-S ließ sich so schnell nicht entmutigen, und um weitesten Kreisen die Zweckdienlichkeit der Methode zu beweisen, entschloß man sich, zu einer öffentlichen Kampagne, *in der die tüchtigsten und fachlich geschultesten Vertreter der Sittlichkeit dem Publikum eindringlich zureden sollten, den Geschlechtskrankheiten das Feld zu räumen, da ja doch an ein nachgiebiges zurückweichen der Geschlechtskrankheiten nicht zu denken sei.*

Bislang ließ sich nur die Geistlichkeit für die Abstinenz gewinnen, zumindest durch unterstützende, wenn auch nicht durch ausübende Mitgliedschaft. Umso größer war meine Genugtuung, als ich sah, daß sich auch Vertreter der Lehrerverbände und Presseleute einsichtig zeigten und versprachen, das Thema im Rahmen der »Sexuellen Aufklärung« anzusprechen. Ich bin ein Freund der Aufklärung und kann nur betonen, für wie dringend *geboten ich es halte, daß die Kinder endlich die Eltern in die Geheimnisse des Geschlechtslebens einführen. Denn dunkel und verschlungen sind die Pfade, auf die es führt und wie oft strauchelt ein Erwachsener!*

Hatte man nach der stillosen Einführung in die Runde erwarten können, daß die Moderatoren nun Zurückhaltung übten und für die ohnedies hinreichend verbreiteten geheimen Sexualpraktiken nicht auch noch in einer das Schamgefühl der Zuschauer verletzenden Weise Reklame machen würden, sah man sich getäuscht. Wo bislang *Diskretion Ehrensache, ja mehr als das, Hauptsache war*, wurde nun geplaudert, was das Zeug hielt. Was bis dahin totgeschwiegen wurde, fand man nun mit staunenswerter Detailkenntnis ausgebreitet. Es schien fast so, als wollte man es durch »Besprechung« bannen. Ein kalifornischer Sexualforscher mochte sich besonders angeregt fühlen, denn er klagte, man habe lange genug heimlich kondomiert, um jetzt im vollen Licht der Öffentlichkeit präservieren zu dürfen. Was Gott verhüten möge, denn man kann es nicht billigen, daß *Spezialärzte von journalistischem Ehrgeiz befallen werden und gegen Geschlechtskrankheiten jene Schmierkuren anwenden, die an und für sich schon mit der ärztlichen Schweigepflicht kollidieren*.

Dann aber kam man auf jenes Thema zu sprechen, bei der nach der *landläufigen Ansicht der eine Teil immer der Not gehorcht und nur der andere dem eignen Trieb* – nämlich die Prostitution. Und während ein junger Mann, der lange geschwiegen hatte, die ausdrückliche Versicherung abgab, daß ihm solche Schönheit nichts anhaben könne, selbst wenn sie nichts anhabe, und sich daraufhin aufatmend in die Studio-Couch zurückfallen ließ, hob ein langanhaltender Streit darüber

an, ob man eher den der Not gehorchenden Teil zur Liebesdienstverweigerung bewegen könne, oder ob der durch den Trieb gedrängte – etwa mithilfe einer Treueprämie – eher an das häuslich gespendete Glück zurückgewöhnt werden könne. Schließlich einigten sich die Vertreter von Regierung und Opposition darauf, ihrer Sorge so unmißverständlich Ausdruck zu geben, wie sie an ihrer Unentschlossenheit keinen Zweifel ließen.

So wurde man zeitweise sogar wieder über den Sinn der Initialen in die Irre geführt. Manchmal klang es wie »Auch Ich Darf Schweinigeln«, ein andermal hielt einem das traurige Zeichen, in dem A-I-D-S zu siegen schien, jener Finger an der Wand, die Mahnung gegenwärtig: »Ansteckungsverdächtige In Die Sonderabteilung«.

Schließlich kam ich zu der Überzeugung, daß nur eine radikale Methode zur Ausrottung des Übels führen könne und als die radikalste erschien mir die der Enthaltsamkeit: *Denn wenn es beim Dach hereinregnet, so wird diesem Mißstand durch eine Demolierung des Hauses eher ein Ende bereitet, als durch die Vertuschung des Naßwerdens. Wenn man aber vorsichtshalber auch die Bewohner des Hauses aussterben läßt, so ist die Behebung der Fatalität mit ziemlicher Sicherheit gewährleistet. Der Vorsatz nun, der Lust-Seuche nicht etwa durch eine Bekämpfung der Seuche, sondern durch Schutzmaßregeln gegen die Lust den Garaus zu machen, hätte mich keineswegs abgeschreckt, an der Initiative teilzunehmen, deren Plan mir im Gegenteil schon deshalb sympathisch war, weil ein Aussterben der Menschheit notwendigerweise auch ein Aussterben der Dummheit nach sich zöge und in weiterer Folge dann auch jede weitere Initiative zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Keime erstickt würde.*

Zitate (kursiv) Karl Kraus, Ö.G.Z.B.G, in Weltgericht, Kösel-Verlag 1961

Konkret 04/87, S. 78

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Niemandem widmeten die amerikanischen Umerzieher einst größere pädagogische Bemühungen als den frisch verdorbenen Schülern der nationalsozialistischen Eliteanstalten, und so durfte auch Theo, Eleve der »Napola« von Sonthofen, zur Entwöhnung vom Führerglauben und zur Buße hundertmal schreiben:

Man muß die Amerikaner bewundern. Auch wir.

Das muß er so gut gemacht haben, daß der Officer ihm ein *peanut butter sandwich* strich und ihn hinfort *Teddy* rief. Aus dem kleinen Teddy wurde ein großer Ted, und wenn er mit diesem Namen auch nicht vors Publikum trat, so bewahrte er ihn doch in jenem Herzen, das noch heute hüpft, wenn die Rede auf *peanuts* kommt:

Man muß die Amerikaner bewundern. Auf gnadenlose Weise legen sie die eigene Seele bloß, wann immer es um die Grundsätze ihrer 200 Jahre alten Verfassung geht... Dadurch, daß sie Missetäter an den Pranger stellen, und seien es amtierende Präsidenten, stellen sie die Lebendigkeit ihrer Demokratie unter Beweis. Von ihrem Verfassungspatriotismus können sich viele andere Völker eine Scheibe abschneiden. Wir auch.

Andere, Vietnamesen, Chilenen, Libyer und sogar das kleine Volk von Grenada, haben sich manch' dicke Scheibe Verfassungspatriotismus abgeschnitten respektive gnadenlos abschneiden lassen, auch wenn es ihnen nicht immer gelang, damit die Lebendigkeit ihrer Demokratie unter Beweis zu stellen. Allende beispielsweise, obwohl doch amtierender Präsident und damit zum Kronzeugen Theos geradezu prädestiniert, erwies sich in dieser Beziehung als ausgesprochener Versager. Nur das Bloßlegen der eigenen Seele soll er einigermaßen hingekriegt haben.

Die Illustrierte »Stern« hat »prominente Künstler« gefragt, was sie von dem Verlangen der CSU hielten, bei den Goethe-Instituten einen Kurswechsel herbeizuführen. Das war aber einmal eine pfiffige Idee! Trug schon die Mitteilung, daß es sich bei Frau Anna Jonas sowie den Herren Achim Reichel und Hans Christoph Buch um »prominente deutsche Künstler« handle, den Charakter einer aufwühlenden Enthüllung, blieb bei den Antworten der Prominenten vollends kein Auge trocken. Herr Härtling etwa drohte Deutschland und dem Rest der Welt sowie der Lufthansa:

Bei einem Kurswechsel würde ich nicht mehr für die Goethe-Institute reisen.

Dezenter, weil auf Auslandsspesen nicht so sehr angewiesen, Herr Enzensberger:

Ich würde dann nicht mehr zur Verfügung stehen.

Herr Wenders, um nichts auf der Welt gewillt, die daraufhin zwischen Paris und Texas aufbrechende Verzweiflung zu lindern, fügte eiskalt hinzu:

Dann hätte ich kein Interesse mehr.

Herr Buch hielt eine solche Entwicklung für »eine mittlere Katastrophe«, Tschernobyl durch zwei, Herr Wenders, kein Freund halber Sachen, sagt »die eigentliche, wirkliche Katastrophe« voraus, die bei Frau Jonas auch sofort eintritt:

Vielleicht müssen wir eines Tages unsere Kinder und Kindeskinder ins Ausland an diese Institute schicken, damit sie sich dort über kulturelle Bewegungen der jeweiligen deutschen Gegenwart informieren. Weil sie dies, in diesem unserem Lande, im Sinne einer immanenten und kritischen Kulturtheorie und -praxis nicht mehr können.

Im Sinne einer immanenten und kritischen Sprachtheorie hätte ich diese prominente deutsche Künstlerin praktisch für eine auf Sozialarbeit verwiesene Spitzenklöpplerin gehalten, doch der »Stern« dementiert und sagt, Frau Jonas sei »Vorsitzende des Berliner Verbandes der Schriftsteller«. Wenn sich das bloß nicht als eine Neuauflage der Hitler-Tagebücher erweist!

Raddatz besucht einen Bildhauer:

Seine Arbeiten führen eine hochentwickelte Formensprache vor... Lehmbruck und Hrdlicka haben aber die figürliche Konfiguration nie verlassen. .. Ich sitze zwischen den vom Steinstaub überschlierten Ungetümen... Bei der ersten Bewegung sind Hose und Jacke übermehlt... Als ich mit den Knöcheln an einen mächtigen Marmor schlug, klang der wirklich. Grollte er gar? ... Ich interveniere, lehne die »Spiegel«-Funktion ab, fordere zwar keine Antworten auf die Welt – aber ein utopisches Hinter-ihren-Horizont-Greifen... Der Bildhauer, allmählich sich zu einer Skulptur verschattend, steht bewegungslos.

Vielleicht hat ihn der Schlagfluß getroffen, als er zwischen überschlierten konfigurierten Figurationen vom intervenierenden Träger einer übermehlten Hose unter dem Grollen des Marmors in hochentwickelter Formensprache zum

Hinter-ihren-Horizont-Greifen gedrängt wurde?

Betriebsnudelauflauf. Der »Spiegel«-Redakteur Wieser hat den Dramatiker B. Strauß niedergemacht. Daraufhin macht der »FR«-Redakteur P. Iden den »Spiegel«-Redakteur Wieser nieder:

Botho Strauß ist kein »leichter Autor«... Das muß den Widerstand aller Jetzt-und-Hier-Menschen hervorrufen, von denen Wieser sicher ein besonders überzeugter ist. Indes bewegen sich die Sprachfähigkeit und die Genauigkeit der Beobachtung von Strauß als Erzähler auf einem hohen Niveau, das, wie ebenso die Qualität seiner Reflexion, dem Kritiker einige Anstrengung und Sorgfalt abverlangt. Vor diesem Anspruch hat der »Spiegel«-Schreiber sich auf eine Verunglimpfung zurückgezogen, der Skrupel und Bedenken ganz fremd sind. Nur Verachtung ist hier noch am Werk, offenbar genährt aus der Erfahrung eigenen Nicht-Genügens, besser: eigenen Unverstands.

Wen doch die Erfahrung eigenen Unverstands nähren könnte, wie ebenso der Rückzug vom Anspruch auf die Verunglimpfung oder die Sorgfalt, die Sprachfähigkeit und die Genauigkeit der Beobachtung von Strauß als Erzähler auf einem hohen Niveau abverlangen! Das ist die Sprachgewalt der Literaturkritik: Neandertaler beim Gemetzel am Linotronic Fotosatzcomputer. Jetzt fehlt noch, daß der Greiner den Iden niedermacht. Und dann fahren sie alle ans Meer.

Ist es nicht schön, daß den Theos, den Frommes und Kremps jetzt täglich gezeigt wird, daß es auch ganz anders geht? Wer von ihnen verfügte über die frische Frechheit, einen Leitartikel mit dem Satz zu beginnen:

In Hamburg sind die Würfel erwartungsgemäß gefallen.

Und mit dem Gedanken zu beenden:

Ironie der Geschichte: sein Waterloo hatte der Bürgermeister bereits mit der Wahl vom 9. November.

Waterloo am Rubikon. Und was ist mit Valmy?

Der deutsche Mann spricht:

Eines Tages, wenn die Männer die Herausforderung wirklich ernst nähmen und alle Courtoisie und Rücksichtnahme gegenüber dem nun nicht mehr geheimnisvollen Weibe ablegten, müßten die Frauen furchtbar unterliegen. Viele Feministinnen fürchten insgeheim diese Stunde der Wahrheit. Deshalb auch ihr so krampfhaftes wie vergebliches Bemühen, Politik zu »verweiblichen«. Sie spüren instinktiv, daß sie ihr wichtigstes Teil preisgeben, wenn sie einfach Politik machen...

Mir wird ja schon vor garnix schlecht, aber dabeizusein, wenn der G. Zehm sich instinktiv vorstellt, wie Frauen ihr wichtigstes Teil preisgeben – das traue ich mir denn doch nicht zu.

Der »Welt«-Redakteur Graf Brockdorff hat den Nato-General Rogers nach seiner Meinung gefragt, nämlich tatsächlich nach der des Grafen Brockdorff:

General, wenn es zur Null-Lösung kommt, die Sowjets aber ihre Überlegenheit bei Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite behalten und zudem eine erdrückende Überlegenheit bei den konventionellen Streitkräften besitzen, wie sehen Sie dann die Lage?

Ich bitte um Vergebung für meine Kritik an den Parolen der Anti-AKW-Demonstranten. Brockdorff hätte nie und nimmer in Betrieb gehen dürfen.